

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

173 · März 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	193
Essay	
ANDREAS HEYER Utopische Profile	195
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
JOACHIM BISCHOFF Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie	200
VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT Kein Haushalt ist geschlechtsneutral. Geschlechtergerechte Haushaltsführung als Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft	212
Antisemitismus	
MARIO KESSLER Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik	223
PETER ULLRICH Antisemitismus etc. Bedingungen und Grenzen der (linken) Solidarität mit Palästina/Israel	233
15 Jahre PDS	
KLAUS HÖPCKE Drei Programme – eine Partei?	243
FLORIAN WEIS Die PDS in den westlichen Bundesländern. Anmerkungen zu keiner Erfolgsgeschichte	257
Konferenzen & Veranstaltungen	
JURI HÄLKER, CLAUDIUS VELLAY Wirtschaftsdemokratie in schwerer See.	266

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	270
---	-----

Bücher & Zeitschriften

Joachim Becker, Andrea Komlosy (Hrsg.): Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich. (STEFAN BOLLINGER)	272
--	-----

Ingrid und Gerhard Zwerenz: Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West (MANFRED BEHREND)	274
---	-----

J. Magnus Ryner: Capitalist Restructuring, Globalisation and the Third Way. Lessons from the Swedish Model (Kapitalistische Umstrukturierung, Globalisierung und der Dritte Weg. Lehren aus dem schwedischen Modell) (RAIMUND FELD)	275
--	-----

Jan Hoff: Kritik der klassischen politischen Ökonomie. Zur Rezeption der werttheoretischen Ansätze ökonomischer Klassiker durch Karl Marx (INGO ELBE)	278
---	-----

Cris Mögelin: Die Transformation von Unrechtsstaaten in demokratische Rechtsstaaten. Rechtlicher und politischer Wandel in Mittel- und Osteuropa am Beispiel Russlands (ULRICH BUSCH)	279
--	-----

Eberhard Fromm: Meister der deutschen Sprache – Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts. Die deutschsprachigen Literaturnobelpreisträger von Mommsen bis Grass (Studien zur Anatomie des deutschen Intellektuellen) (ALFRED LOESDAU)	281
---	-----

Summaries	284
-----------	-----

An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	286
---	-----

VorSatz

Wir sollen positiv denken, sagen uns die deutschen Eliten, und die selbsternannten Meinungsmacher verbreiten die Botschaft allerorten. Die Positiv-Denker bilden in Deutschland eine große Gemeinde, verbreitet ist die Bereitschaft, die bestehenden Verhältnisse und vor allem ihre Perspektiven schön zu sehen und zu reden. Natürlich – so sagt der Zeitgeist – gibt es gegenwärtig hier und da Probleme, aber es muß, es kann ja nur besser werden. Damit dies passiert, sind Reformen von Nöten. Nun sind Reformen nicht etwa das, was sich so Krethie und Plethie darunter vorstellen, etwa daß es für Benachteiligte in der Gesellschaft ein bißchen besser wird, daß also gegen soziale und gesundheitliche Risiken effektiver vorgesorgt wird oder so. Reformen – sagt selbiger Zeitgeist – haben der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu dienen, sic! Die Deutschen sollen sich von ihrem Anspruchsdenken verabschieden und wieder auf die nationalen Tugenden Fleiß und Leistung rückbesinnen. Dann wird alles besser, dann entstehen neue Arbeitsplätze, und die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden steigen wieder, und die sozialen Sicherungssysteme werden saniert.

Wenn das stimmt, was der Zeitgeist da so herumfaselt, dann ist in Deutschland der Durchbruch geschafft, Milch und Honig können fließen! Der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft haben die Reformen offenbar genutzt, denn im Jahr 2004 sind die Gewinne der großen Unternehmen kräftig gestiegen. In diesem Jahr haben die 30 größten Unternehmen in Deutschland (die Dax-Konzerne) ihre Gewinne gegenüber dem Vorjahr gewaltig gesteigert, auf 62 Milliarden € und damit auf Rekordhöhe. Das bedeutet für diese Unternehmen eine Steigerung um 112 Prozent, d. h. mehr als eine Verdoppelung. Besonders hohe Gewinnzuwächse kann DaimlerChrysler mit 677 Prozent vermelden, gefolgt von D-Telekom mit 238 Prozent und der Münchner Rückversicherung mit 136 Prozent. Da können sich die Arbeitslosen aber freuen und die öffentlichen Haushalte gleich mit!

Weit gefehlt! Die Zahl der Arbeitsplätze hat sich im Jahr 2004 nicht vergrößert, es gibt jetzt 337 Tausend abhängig Beschäftigte weniger in Deutschland als vor einem Jahr. Bei den Löhnen wird insgesamt eine effektive Steigerung um 0,5 Prozent ausgewiesen, das liegt deutlich unter der Inflationsrate und bedeutet damit Reallohnverringerung. Und das hat in sich seine Logik: Wenn die Gewinnsteigerung erheblich über der Produktivitätsentwicklung und der Umsatzentwicklung liegt, dann bleiben als Quellen vor allem Arbeitsplatzvernichtung und Lohndumping.

Mit großem Gedöns war von der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition Hartz IV, die Einführung des Arbeitslosengeldes II, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe als »Jahrhundertreform« angekündigt worden. Damit sollte die Arbeitslosigkeit entschieden bekämpft und entscheidend verringert werden. Seit Jahresbeginn sind die neuen Regelungen in Kraft, nun liegen die Arbeitslosenzahlen für Januar 2005 vor. Daß die vorgelegten Fakten ernüchternd seien, wäre eine glatte Schönfärberei, es handelt sich um eine Katastrophe. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich gegenüber dem Vormonat um 573 Tausend erhöht, die Zahl der Arbeitslosen ist damit erstmalig seit Ende des Zweiten Weltkrieges auf über 5 Millionen (auf 5,037 Millionen) gestiegen. Das ist eine Steigerung um etwa ein Achtel. Man kann sich das so vorstellen: Zu acht Arbeitslosen, die dies im Dezember schon waren, ist nun noch ein Neunter dazu gekommen. Die Arbeitslosenquote ist damit insgesamt auf 12,1 Prozent gestiegen (9,9 Prozent im Westen und 20,5 Prozent im Osten).

Bemerkenswert sind auch die begleitenden Argumentationen. Es handele sich um eine »jahreszeitliche Zunahme der Arbeitslosigkeit im üblichen Rahmen«. Dazu kämen statistische Effekte durch die Einbeziehung ehemaliger Sozialhilfebezieher in die Arbeitslosenstatistik. Die Arbeitslosigkeit sei damit nicht größer geworden, sie sei lediglich »umfassender abgebildet und transparenter geworden«, so der oberste Arbeitslosenverwalter, Frank-J. Weise. Bei diesem Gerede fällt mir jener Mann ein, der beim Schwarzfahren erwischt wird und so lange schwadroniert und lügt, bis er sich schließlich selbst denunziert, er habe eben eine Bank ausgeraubt und außerdem einer alten Frau das Portemonnaie geklaut. Natürlich ist an der Arbeitslosenstatistik nichts transparenter und nichts ehrlicher geworden. Es gibt keine Angaben darüber, wie viele der Anspruchsberechtigten keine Anträge auf ALG II gestellt haben und wie viele der Anträge abgelehnt wurden. Diese Zahlen dürften gleichfalls erheblich sein, so daß zu vermuten ist, daß die »Stille Reserve« unverändert groß ist.

Mit den realen Ergebnissen der aktuellen »Arbeitsmarktreform« bei gleichzeitiger Explosion von Unternehmensgewinnen sind auch alle bisherigen neoliberalen Deutungsmuster als das entlarvt, was sie eben sind – bloße Ideologie. Und flugs werden neue aus dem Hut gezaubert. Dieser Tage bezeichnete Franz Müntefering Deutschland als »Republik der Gartenzwerge«. Gartenzwerge sind nicht gerade für Mobilität und Flexibilität bekannt, sie stehen eher für freundliche Gemütlichkeit. Darin sieht Müntefering der Reformbedarf in Deutschland begründet. Das Klischee von der Republik der Gartenzwerge ist nicht weniger denunziatorisch als das Klischee von den Deutschen, die in der sozialen Hängematte lümmeln. Die Wählerinnen und Wähler werden es der SPD danken – wenn sie denn am Wahltag noch daran denken.

DIETMAR WITTICH

ANDREAS HEYER

Utopische Profile

Seit Mitte der 80er Jahre hat sich der an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wirkende Politikwissenschaftler Richard Saage mit den politischen Utopien von der Antike und bis zur Neuzeit sowie mit verschiedenen angrenzenden Gebieten beschäftigt. Die Forschungen zu den politischen Utopien waren für ihn aber immer nur ein Teil seines wissenschaftlichen Lebens, stets hat er sich dagegen gewehrt, einseitig als Utopieforscher wahrgenommen zu werden oder gar als Utopist. 1991 legte er mit »Politische Utopien der Neuzeit« seine erste größere Arbeit über dieses Gebiet vor.¹ Das Werk war noch stark schematisch orientiert und ermöglichte einen Überblick über die einzelnen Epochen der neuzeitlichen Utopie. Zahlreiche weitere Arbeiten und Bücher ergänzten daher folgerichtig den ersten Abriss in den nächsten Jahren um die verschiedensten Aspekte.² Allein in der Zeitschrift »UTOPIE kreativ« erschienen 18 Artikel zu einzelnen Utopien und ihren Autoren.

In dieser Zeit wurde deutlich, dass Saage an einem Werk arbeitete, das nicht nur seinen eigenen ersten Ansatz ausbauen sollte, sondern den utopischen Diskurs von einer Seite thematisierte, die so noch nie angegangen worden war: Die vollständige und detaillierte Aufarbeitung des utopischen Denkens als wichtigem Teil der europäischen Geistes- und Kulturgeschichte. Saage hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass die politischen Utopien für ihn neben den vertragstheoretischen Ansätzen der Staatsbegründung (Hobbes, Locke, Rousseau) die zweite Möglichkeit darstellen, über das Wesen des Staates zu urteilen, auf abstrakter Ebene ebenso wie mit Blick auf die Gegenwart, die von den meisten Utopisten kritisch hinterfragt wurde und wird.³ 2001 veröffentlichte er den 1. Band seines Werkes »Utopische Profile« unter dem Titel »Renaissance und Reformation«, 2002 folgten Band 2 (»Aufklärung und Absolutismus«) und 3 (»Industrielle Revolution und Technischer Staat im 19. Jahrhundert«). Nun liegt seit diesem Jahr der abschließende 4. Band (»Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts«) vor. In das Werk sind seine Vorstudien eingegangen, deutlich wird aber auch, dass Saage seine ursprüngliche Konzeption verändert und ausgebaut hat, nicht nur was die bearbeiteten Textmassen angeht, sondern auch Betreffs der Neuakzentuierungen gerade im 4. Band.

Was Saages Beschäftigung mit den Utopien immer geprägt hat, ist sein Utopiebegriff, den er bereits in seinen ersten Publikationen entwickelte und der dazu beitragen sollte, die Utopien explizit als politische Utopien zu begreifen. Er geht davon aus, dass sich alle po-

Andreas Heyer – Jg. 1974, Dr. phil., Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Plädoyer für politische Utopien, Heft 168 (Oktober 2004)

1 Richard Saage (1991): Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

2 Richard Saage (1999): Innenansichten Utopias. Wirkungen, Entwürfe und Chancen des utopischen Denkens, Berlin; Ders. (1995): Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien, Darmstadt; Ders. (1997): Utopieforschung. Eine Bilanz, Darmstadt. Daneben erschienen zahl-

reiche weitere Aufsätze sowie mehrere von Saage und anderen herausgegebene Sammelbände. Ein ausführliches Publikationsverzeichnis der Arbeiten Saages findet sich in dem Band: Martin Kühnel u. a. (2001): *Modell und Wirklichkeit. Festschrift für Richard Saage zum 60. Geburtstag*, Halle, S. 268-284.

3 »Tatsächlich geht es auch diesem Band um das gleiche Ziel wie seinen Vorgängern: ein Stück europäisches Selbstverständnis freizulegen, zu dem nicht nur der nutzenmaximierende Egoismus, sondern seit der Antike auch jene vom utopischen Denken propagierte Solidargemeinschaft gehört, die den »Krieg aller gegen alle« (Hobbes) in seine Schranken zu weisen sucht. Wer immer das utopische Denken ausgrenzen zu können meint, sollte wissen, dass er damit aufgibt, was die europäische Zivilisation einst groß gemacht hat: nämlich die Fähigkeit, in Alternativen zu denken und dadurch aus Fehlern zu lernen. Es mag sein, dass ein Werk wie das vorliegende erst geschrieben werden konnte, nachdem sein Gegenstand unzweifelhaft und unwiderruflich zu Geschichte geronnen ist. Dann wäre es gleichsam als Nekrolog auf das utopische Denken zu lesen. Es könnte aber auch sein, dass das Vermächtnis und das sich neu anzueignende Erbe dieses Denkens entscheidend zu den Überlebensbedingungen Europas, wenn nicht der Menschheit bei-tragen kann.« Saage: *Utopische Profile*, Bd. 4, S. 1.

litischen Utopien an dem »klassischen« Text des Genres messen lassen müssen: der »Utopia« von Tomas Morus, erschienen 1516. Aus dieser Perspektive gelingt es Saage, Funktionsbedingungen, Merkmale und charakteristische Eigenschaften der Utopien zu bestimmen. Dadurch bekommt er ein wesentliches Element in den Fokus seiner Untersuchungen: Die Kritik- und Entwicklungsfähigkeit des utopischen Diskurses, d. h., die Utopien sind im Laufe der letzten 500 Jahre zwar insofern gleich geblieben, als sie z. B. fast alle zu bestimmten Fragen und Problemen Stellung beziehen (Eigentum, Herrschaft, Sexualität etc.); dadurch aber, dass sie von einer Kritik ihrer jeweiligen Herkunftsgesellschaft ausgehen, verändern sich die Lösungsangebote ebenso wie frühere Utopien in die neuen Entwürfe eingehen.

In den ersten drei Bänden der »Utopischen Profile« hat Saage den Utopiediskurs von der Antike bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts vermessen. Der nun vorliegende vierte Band beschäftigt sich mit dem 20. Jahrhundert, wobei Saage seine bisherige Einteilung des Materials beibehalten hat. Auf der Ebene der »Klassiker« des utopischen Denkens behandelt er unter anderem die so genannten »schwarzen Utopien« oder Dystopien, also jene Werke bzw. Romane, in denen Utopia nicht mehr als Wunschbild erscheint, sondern als Schreckensszenario. Samjatin's »Wir«, Huxleys »Schöne neue Welt« und Orwells »1984« werden von Saage ausführlich untersucht. Wichtig ist dabei für ihn, dass er mit diesen Romanen nicht das Ende der Utopien ansetzt, sondern vielmehr die Verlängerung der negativen Trends der Gegenwart in die Zukunft als dystopische Perspektive begreift und als Versuch der Selbstkritik bzw. -korrektur des utopischen Denkens analysiert. Daher ist es ihm dann möglich, auch nach den Dystopien positive Utopien zu orten, deren Existenz von Konservativen und anderen immer bestritten wird. Doch Saage geht noch weiter und führt aus, dass gerade die wichtigen Problemstellungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich auch im utopischen Diskurs wiederfinden. Mit Callenbachs »Ökoptopia« bediente sich die ökologische Frage des utopischen Rahmens; Piercys »Frau am Abgrund der Zeit« erbringt den Nachweis, dass auch die Thematisierung der Gleichberechtigung der Frau ihren genuin utopischen Ausdruck fand. Dadurch wird deutlich, dass auch nach den totalitären Systemen das utopische Denken Teil jener emanzipatorischen Bewegung ist, die nicht müde wird zu betonen, dass der Mensch als aktiv handelndes und selbstbestimmtes Wesen seine Zukunft selbst gestalten kann und dass die entscheidende Forderung an die Zukunft sein muss, dass sie besser werde als die Gegenwart.

Diese Trends setzen sich nach Saage unterhalb der »Klassiker-ebene« in weiteren Romanen ebenso fort wie in verschiedenen philosophischen und sozialwissenschaftlichen Abhandlungen. Vor allem den feministischen Texten lässt Saage eine intensive Beachtung zuteil werden. Die Frauenfrage ist, auch durch ihre Autorinnen, zu einem der wichtigsten Aspekte der neueren Utopiediskussion geworden. Saage kann mit seinen Ausführungen als einer der ersten gelten, der die Bandbreite des feministischen Diskurses aus wissenschaftlich-neutraler Perspektive geschildert und analysiert hat. Dabei ist das Verhältnis zwischen Frau und Utopie ein doppeltes. Einerseits

entwickeln die Utopistinnen die Tradition des utopischen Genres weiter. Sie stellen ihre Texte oftmals bewusst in die von Morus ausgehende Tradition. Andererseits sind sie aber sehr innovativ. Denn die modernen Frauenutopien verarbeiten die Erfahrungen der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts ebenso wie das statische Potenzial der archaischen Utopien. So gelingen ihnen Texte, in denen Utopia sich radikal gewandelt hat. Dezentrale Strukturen, der Ausgleich mit der Natur und ein kritisches Hinterfragen des Standes der Zivilisation zeichnen sie aus. Darüber hinaus ist von zentraler Bedeutung, dass die modernen Frauenutopien keinen Endzustand mehr schildern, sondern vielmehr Prozesse, Entwicklungen und Fehler aufzeigen. Die Handlung und damit die menschliche Geschichte bleibt offen.

Nach diesen Abhandlungen beschäftigt sich Saage mit dem kontroversesten Thema der Utopiediskussion des 20. Jahrhunderts, den totalitären Regimen in Deutschland und Russland. Saage lässt keinen Zweifel daran, dass der nationalsozialistische Staat unter Hitler für ihn kein utopisches Experiment ist und auch keinen überschießenden utopischen Gehalt besitzt, wie etwa Joachim Fest kürzlich behauptete. Die Rückwärtsgerichtetheit von Hitlers Geschichtsdanken sei ebenso antiutopisch wie seine Rassenideologie oder seine Kriegsbegeisterung. Es ist als direkte Auseinandersetzung Saages mit Popper, Dahrendorf und anderen zu werten, dass er im Gegensatz zum Nationalsozialismus der sowjetrussischen Entwicklung unter Lenin und Stalin nicht nur utopisches Potenzial attestiert, sondern genau hierin auch ein wichtiges Abgrenzungsmerkmal zwischen beiden sieht.⁴ Zwar definierte sich die Sowjetunion selbst immer als anti-utopisch, ganz im Sinne der Doktrin von Marx und vor allem Engels, andererseits gelingt Saage aber dennoch der Nachweis, dass sowohl Lenin als auch Stalin sich zum Erbe der archaischen und teilweise auch der anarchistischen Utopietradition bekannten.⁵ Besonders der Versuch einer Schaffung des »neuen Menschen« evidiert die Nähe zwischen politischen Utopien und der Sowjetunion. Nun bedeutet diese Forderung nach einem »neuen Menschen« nach Saage aber nicht zwangsläufig, dass die Sowjetunion ein repressiver und gewaltsamer Staat hätte sein müssen, es geht ihm vielmehr um die Tatsache, dass, auch in der heutigen Zeit, das Sein das Bewusstsein bestimmt. Indem in der Sowjetunion der in dieser Dimension noch nie da gewesene Versuch einer kompletten Umstrukturierung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse unternommen wurde, sei damit auch der Versuch gemacht worden, das Sein zu ändern. Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch der bekannte französische Historiker François Furet in seinem einflussreichen Werk »Das Ende der Illusion«, in dem er die französische und die russische Revolution miteinander verglich. Entscheidend ist vor allem, dass nicht nur die Totalitarismusthese zurückgewiesen wird, die Nationalsozialismus und Staatssozialismus unter Verkürzung vor allem ihrer jeweiligen Ansprüche in eins setzt, sondern dass darüber hinaus (und auch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks) an jene emphatische Aufbruchstimmung erinnert wird, die 1917 genauso wie 1949 zahlreiche Menschen motivierte, mit der Errichtung einer »anderen« Gesellschaft zu beginnen. Es war Martin

4 »Ich wähle daher im folgenden den klassischen Utopiebegriff als Folie, um die utopischen Gehalte der stalinistischen Sowjetunion zu verdeutlichen. Diese Option ist durch die Tatsache motiviert worden, dass die Sowjetunion sich nicht – wie der Faschismus – als Erbe der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verstand, deren Struktur sie durch vermehrte Staatsintervention erhalten wollte. Vielmehr waren sich die Gründer der Sowjetunion einig, dass die neue Gesellschaft nur auf den Trümmern der alten errichtet werden konnte.« Saage: Utopische Profile, Bd. 4, S. 528.

5 »Selbstverständlich ist diese Utopieabstinz nicht zufällig. Sie resultiert aus der bolschewistischen Überzeugung, dass sich der kommunistische Endzustand nicht aus einem statischen utopischen Ziel, sondern aus der welthistorischen Dynamik eines notwendigen Verlaufs der Geschichte legitimiert, deren Logik »wissenschaftlich« gesichert ist. Doch diese ideologisch motivierte Utopiefeindlichkeit täuscht. Abgesehen davon, dass Lenin seinen politischen Weggefährten Bogdanow ermutigt haben soll, den 1912 erschienenen Roman »Ingenieur Menni« zu schreiben, sind in den politischen Schriften führender Bolschewiki der zwanziger Jahre zumindest Elemente auszumachen, die sich bruchlos in die klassische Utopietradition einordnen lassen. Und Lenin und Stalin selbst konnten nicht umhin, das Marx-Engelsche Utopieverdikt wenigstens punktuell zu durchbrechen. So sah sich Lenin

kurz vor dem Umsturz des zaristischen Regimes gezwungen, in ›Staat und Revolution‹ den Massen und den eigenen Genossen vor Augen zu führen, an welcher Zielvorstellung sich die Revolution ausrichtete. Auch Stalin selbst vermochte nicht durch den Hinweis auf die zeitliche Ferne des kommunistischen Endziels, dauerhaft dieses Problem zu umgehen.«
Saage: Utopische Profile, Bd. 4, S. 529 f.

6 Folgende größere Werke Blochs sind mit Blick auf dessen Utopieverständnis von Bedeutung: Geist der Utopie, 1918; Geist der Utopie. Zweite Fassung, 1923; Thomas Münzer als Theologe der Revolution, 1921; Freiheit und Ordnung. Abriss der Sozialutopien, 1946; Das Prinzip Hoffnung, 3 Bd., 1954-1959.

Buber, der, im Rahmen einer Analyse des politischen Denkens von Proudhon, Kropotkin und Landauer, jene Entwicklungen einfindet und die Fehlentwicklungen des Staatssozialismus nicht mit der Alternative der »rationaleren oder vernünftigeren« liberalen (und kapitalistischen) Gesellschaft konfrontierte, sondern mit einem demokratischen Sozialismus.

Es ist abschließend noch die Frage zu klären, wie sich das Werk von Saage zu jenen Ansätzen verhält, die Ernst Bloch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorgelegt hat.⁶ Saage selbst hat Bloch immer als Vertreter des »intentionalen Utopieverständnisses« bezeichnet. Bloch stehe in der Tradition Landauers und Mannheims, die die politische Utopie an individuelle Handlungsmotivationen gekoppelt hätten. Dagegen vertrete er (dem Selbstanspruch nach) eine Konzeption, die er als »klassischen Utopiebegriff« bezeichnet hat. Diese biete, alle utopischen Texte an dem Urmuster der Gattung messend, der »Utopia« des Thomas Morus (1516), den Vorteil, dass das Material selektiert und eingegrenzt werden könne. In der Tat ist dies der entscheidende Unterschied zwischen Bloch und Saage. Während Saage mit einem engen Utopiebegriff operiert und daher in der Lage ist, den utopischen Diskurs zu strukturieren, ist bei Bloch so ziemlich alles utopisch, was irgendwie als Tagtraum oder »noch nicht Bewusstes« nach »vorne« weist. Chiliasmen und Eschatologien nennt er ebenso wie Märchen, Schlaraffiaden und die Träume des »kleinen Mannes« nach einem wie auch immer geartetem besser, das sich selbst in Hollywood-Filmen einmal ausgedrückt habe. Saage dagegen hat alle diese Erscheinungen aus dem Bereich des utopischen Denkens ausgegrenzt und ist dadurch zum harten politischen Kern der Utopien vorgestoßen. Thomas Münzer etwa, für Bloch, aber auch für Mannheim und die späteren Konservativen, einer der herausragendsten Utopisten der frühen Neuzeit, spielt in Saages Konzeption keine Rolle. Die zweite, hier exemplarisch benannte Differenz zwischen Bloch und Saage ist darin zu sehen, dass Bloch seine Konzeption nutzte, um eine eigene Utopie theoretisch abzufedern und zu legitimieren: den Marxismus. Bloch geht so weit, dass er ausführt, dass die Atomenergie in kapitalistischen Systemen eine weitere Geißel der Menschheit sei, in entwickelten kommunistischen Systemen aber zur großen Beglückerin der Menschen werde. Und auch das Gewalt- und Repressionspotenzial des Stalinismus hat er nicht gesehen oder zumindest nicht thematisiert. Gegen Bloch stand meines Erachtens immer Martin Buber, der in seiner fast zeitgleich erschienenen Analyse »Pfade in Utopia« ausgeführt hat, dass man, um den Sozialismus als Idee und als soziale Wirklichkeit zu retten, den demokratischen Sozialismus vom Staatssozialismus trennen muss. Saage seinerseits hat keine Forderungen dieser Art in seine Konzeption eingebaut. Es war ihm ein Anliegen, die Utopieforschung aus jenen ideologischen Grabenkämpfen zu befreien, in denen sie, von Bloch und Popper bis hin zu Dahrendorf oder Fest, stagnierend verhaftet war. Die Beschäftigung und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Utopia und mit dem harten politischen Kern utopischen Denkens stand für Saage immer im Vordergrund, er ist den Verlockungen eigener utopischer Konzeptionen nicht erlegen. Eines aber verdeutlichen seine Bücher: Für ihn sind die Ideen

der Gleichheit, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit (im tatsächlichen Sinn des Wortes) jene Katalysatoren, die seine Beschäftigung mit dem utopischen Diskurs immer wieder aufs Neue motivierten. Dieses allerdings trifft, unter anderem Vorzeichen, auch auf Bloch zu. Welche der beiden Richtungen man bevorzugt, vermag der Autor dieser Zeilen für sich selbst zu entscheiden, nicht aber für den Leser.

Saages Werk ist nur dann richtig einzuordnen, wenn man die Stoßrichtung seiner Argumentation nachvollzieht: Er wendet sich gegen die Diskreditierung Utopias durch die Konservativen ebenso wie gegen jene Versuche, die Utopie und Gewalt kausal miteinander verbinden.⁷ Er hat nicht nur der Sowjetunion und den Theorien der sozialistischen Staaten ein gewisses utopisches Potenzial bescheinigt, er hat darüber hinaus mit den ökologischen und den feministischen Utopieansätzen jene beiden Entwicklungen benannt, die den Utopiediskurs seit den 70er Jahren in der Bundesrepublik und darüber hinaus auch europaweit neu stimuliert haben. Saage lässt keinen Zweifel daran, dass auch die liberale und kapitalistische Gesellschaft utopischer Alternativen normierender Funktion bedarf, um ihre eigenen Defizite zu erkennen. Auch wenn er, anders als Bloch, seine eigenen Forschungsleistungen nie selbst utopisch aufgeladen hat bzw. als Vorstufe einer eigenen Utopie benutzt, so lässt doch sein weiteres wissenschaftliches Werk erkennen, dass er in den Prinzipien der attischen Demokratie eines der zumindest denkbaren Gegenbilder zu unserer Gesellschaft sieht.

Richard Saage: Utopische Profile Band IV. Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts, Münster u. a.: LIT-Verlag 2004. 30,90 €.

7 Vgl. z. B. Karl Raimund Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 6. Auflage, Tübingen 1980, der Utopie und Gewalt als direkt miteinander verbunden ansieht. Daneben sei mit Blick auf das konservative Verdikt Utopias durch die Konservativen verwiesen auf Joachim Fest: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991.

JOACHIM BISCHOFF

Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie

Die kapitaldominierte Marktwirtschaft besticht auf den ersten Blick durch ihre Effizienz. Im Allgemeinen zeichnet sie sich durch Flexibilität und Dynamik aus, sie fordert die Eigeninitiative der Subjekte und erreicht über die Motivation der Unternehmer eine beeindruckende Vielfalt in der Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen. Allerdings können die Mängel dieser Wirtschaftsordnung auch von ihren entschiedensten Verfechtern nicht geleugnet werden: Die kapitalistische Marktwirtschaft ist seit der großen Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre durch mehr oder minder weitreichende sozialstaatliche Absicherungen ergänzt worden. Diese Regulierungen wurden in den letzten Jahrzehnten in allen kapitalistischen Hauptländern wieder aufgehoben. Die wichtigsten Konsequenzen dieser Entfesselung des Kapitalismus sind die relative Verselbständigung der Finanzmärkte, die Verschiebung der Machtbalance zwischen Lohnarbeit und Kapital in den Unternehmen und der Gesellschaft, eine wachsende Zerstörung der Lohnarbeitsgesellschaft sowie die Rückkehr von Massenarbeitslosigkeit und heftigen Finanzkrisen. Durch diese Entwicklung werden zwei Fragen in das Zentrum der politischen Debatte gerückt: Wie konnte es zu dieser folgenreichen Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital kommen und mit welcher wirtschaftspolitischen Reformkonzeption kann ein umfassender Politikwechsel angestrebt und durchgesetzt werden?

Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft

Die entfesselte kapitalistische Marktwirtschaft ist gegenwärtig nicht in der Lage, die arbeitssuchenden Menschen und die unausgelasteten Produktionskapazitäten so zu kombinieren, dass diese Menschen durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft eigenständig und unter Achtung ihrer Würde ihre Existenz gestalten können. Seit Ende der 1970er Jahre erleben vor allem die europäischen Hauptländer des Kapitals eine beständig radikalisierte Politik der »Zumutungen« im Kampf gegen ein unzureichendes Wirtschaftswachstum, Massenarbeitslosigkeit und eine um sich greifende Auswucherung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Seit dieser Zeit wird die Politik der Konjunktur- und Globalsteuerung durch Stimulierung der Massenkaufkraft und öffentliche Investitionen mehr und mehr stigmatisiert, stattdessen beherrscht das neoliberale Paradigma der Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenhanges. Seit dieser Zeit dominiert die

Joachim Bischoff – Jg. 1944, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Memorandum; Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*. Zahlreiche Publikationen zur politischen Ökonomie des Kapitalismus, unter anderem: *Entfesselter Kapitalismus*, Hamburg 2003. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Hat der Linksozialismus eine Zukunft? Heft 148 (Februar 2003).

Überarbeitetes Referat auf der Konferenz über Wirtschaftsdemokratie, veranstaltet von GUE/NGL, Transform, Eured im Dezember 2004 in Brüssel.

Politik der »Verbesserung der Angebotsseite«: Die Unternehmenssteuern wurden mehrfach abgesenkt und die Spitzensteuersätze drastisch reduziert. Vom Ladenschluss über die Arbeitszeiten bis zum Kündigungsschutz blieb kaum eine gesellschaftliche Regulierung unverändert. Die Reallöhne und damit die Masseneinkommen blieben – wie von den neoliberalen Vordenkern und Politikstrategen gefordert – deutlich hinter der Entwicklung der Produktivität zurück. Vor allem der öffentliche Sektor und der Sozialstaat wurden dereguliert und privatisiert. Eine Trendwende im Wirtschaftswachstum und der Arbeitslosigkeit hat sich gleichwohl nicht eingestellt. Die politische Antwort: »Es sei noch nicht genug reformiert worden, sagen die Verfechter der seit zwanzig Jahren tonangebenden Richtung. Deutschland sei erstarrt und verkrustet, es gäbe ein hartnäckiges Strukturproblem, kein Konjunkturproblem. Weiter reformieren und entstaatlichen, den Arbeitsmarkt flexibler machen, die sozialen Sicherungssysteme weiter privatisieren, die gesamte Reformagenda konsequent abarbeiten.«¹ Es ist immer noch keine Ende dieses kollektiven Marsches in die gesellschaftspolitische Sackgasse absehbar. Ohne Zweifel hat diese Politik Effekte hervorgebracht: Die soziale Sicherung ist in vielfacher Weise durchlöchert worden. Zwar überwiegt, wenn man den Bestand der Beschäftigungsverhältnisse betrachtet, immer noch das auf geringerem Niveau geschützte Lohnarbeitsverhältnis, doch unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit und der politisch gewollten Deregulierung nehmen die unregelmäßigen, atypischen und prekären Arbeitsverhältnisse massiv zu. Diese Entwicklung markiert zusammen mit den vielfältigen Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung und einer enormen Verunsicherung und Verängstigung eines Großteils der Bevölkerung die Herausforderung des 21. Jahrhunderts.²

Der Sozial- oder Wohlfahrtsstaat war kein sozialistisches Projekt. Er war der Höhepunkt eines langen Prozesses, in dessen Verlauf der Kapitalismus zivilisiert und zu einem gewissen Maß mit der Demokratie versöhnt wurde. »Marxistisch gesprochen handelt es sich beim ›Wohlfahrtsstaat‹ um einen asymmetrischen Klassenkompromiss und eine Teilintegration der Arbeiterbewegung in die kapitalistische Gesellschaft. ›Asymmetrisch‹, weil die gesellschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse strukturell überlegen ist; ›Teilintegration‹, weil die Arbeiterbewegung selbst unter einer betont nicht ›revolutionären‹ ideellen Führung dennoch immer auch über die kapitalistische Gesellschaft hinausstrebt.«³ Der institutionalisierte Klassenkompromiss stütze sich auf eine »mixed economy«, mehr oder minder bewusst praktizierte Globalsteuerung (Fiskal- und Geldpolitik) und kollektive Sicherungssysteme mit begrenzten Umverteilungseffekten. Er brachte eine asymmetrische Machtverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital in den Unternehmen und in gesamtgesellschaftlichen Steuerungsinstitutionen. Dieses je nach national-historischen Besonderheiten moderierte »System des regulierten Kapitalismus« schlug sich in einer Erweiterung von sozialen Rechten und der Einrichtung eines sozialen Eigentums (Sicherungssysteme mit Ansprüchen) nieder; eine Außerkräftsetzung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik und der Verteilungsprozeduren war damit nicht verbunden.⁴ Während bis Anfang der 1970er Jahre

1 Heiner Flassbeck, Albrecht Müller: Ein babylonisches Missverständnis, in: FAZ, 23. 2. 2002.

2 »Wir haben es mit einer Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft zu tun, die wie eine Druckwelle vom Zentrum ausgehend die ganze Gesellschaft erfasst, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen.« Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Bourdieu, P 2002, Liber Jahrbuch 3, Der Lohn der Angst, Konstanz 2001, S. 17.

3 Peter von Oertzen: Für einen neuen Reformismus, Hamburg 1984, S. 20 f.

4 Vgl. Thomas Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen, Frankfurt a. M. 1992.

in wechselnden gesellschaftlichen Konstellationen Versuche unternommen wurden, die bis dahin fixierte Machtverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten der subalternen Schichten zu verändern, setzte sich Mitte der 1970er Jahre international wie in den Hauptländern des Kapitals ein neoliberales Rollback durch.

Der Neoliberalismus ist die herrschende Ideologie des entfesselten Kapitalismus. Neoliberale Politik zielt auf eine politisch gewollte Veränderung der Einkommensverteilung. Mit jedem Schritt dieser Einkommensverteilung verstärkt sich der Verdrängungswettbewerb des Kapitals, der Versuch der Behauptung und Erweiterung des individuellen Raumanteils. Durch die einsetzende Abwärtsspirale radikalieren sich die Vertreter neoliberaler Politik. Gleichzeitig wird die Hegemonie brüchig: Faktisch verharren große Teile der Bevölkerung in Resignation bei wachsendem Vertrauensverlust in die gesellschaftlichen Institutionen und Formen demokratischer Willensbildung.

Die Formen dieser Zerstörung und des Zerfalls der Lohnarbeitsgesellschaft sind hinreichend bekannt. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse haben sich so verschoben, dass die ökonomischen und politischen Eliten alle Elemente des Statuts der Lohnarbeit (Einkommen, Arbeitszeit, tarifvertragliche Regelungen, soziale Sicherheit) zur Disposition stellen. In den letzten 25 Jahren wurde der von den Beschäftigten maßgeblich miterarbeitete Produktivitätsfortschritt zum größten Teil den Unternehmen überlassen in der Hoffnung, dass dadurch Arbeitsplätze entstehen.

Übergang zum finanzgetriebenen Kapitalismus

Selbstverständlich hat sich in der Folge dieser Politik die Gewinn-situation für die Unternehmen, die den gnadenlosen Konkurrenzkampf überleben, deutlich verbessert. Aber der Aufstieg der Macht der Finanzmärkte und die neue Ära der Profitabilität sollte eben nicht dazu führen, den tief greifenden Strukturwandel und die Krisen in den modernen kapitalistischen Unternehmen zu ignorieren. »The rise to power of market finance since the mid-1970s has radically altered the characteristic traits of contemporary capitalism ... Market finance's rise to power not only overturned the business environment, it also transformed firms' internal structures and objectives. The balance of power of the corporate hierarchy of the ›Fordist‹ era was destroyed, while the figure of the shareholder was vaulted to the pinnacle of the firm by the doctrine of shareholder sovereignty and the demands of profitability.«⁵

Das im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts entstandene Akkumulationsmodell des Kapitals basiert darauf, aus dem eingesetzten Kapital eine maximale Rentabilität herauszuholen, was unbeschadet der kurzzeitigen Erfolge auf eine Ablösung der Unternehmermentalität durch die Dominanz der Finanzansprüche hinausläuft. In der Logik dieses Modells gewinnt der Blick auf die Wertzuwächse des Portefeuille das Übergewicht gegenüber einer Revolutionierung von Produkt und Produktionsprozess. Gleichwohl werden darüber durch-aus Produktivitätspotenziale und Verwertungsspielräume erschlossen. Das Übergewicht der institutionellen Kapitalanlage (Fonds, Versicherungsgesellschaften, Rentenfonds etc.) führt unternehmens-

5 Michel Aglietta, Antoine Reberious: *From Financial Capitalism to a Renewal of Social Democracy*, Paris 2004, pp. 1 ff.

spezifisch zu einer Steigerung der Kernkompetenzen, dem Abstoßen von Geschäftsfeldern mit geringeren Verwertungsaussichten. Die Reduktion der Innovationspotenziale soll durch Aufkauf und Eingliederung von kleineren Unternehmen kompensiert werden. Auf makroökonomischer Ebene führt die Hegemonie der Finanzmärkte zur Verstärkung von spekulativen Bewegungen (irrationellem Überschwang), was sich in Finanzblasen und entsprechenden Krisenreaktionen niederschlägt.

Die unzureichende Regulierung des Kapitalismus eröffnete im Verlauf der 1970er Jahre den gegenläufigen Prozess. Eine wachsende Entdemokratisierung führt zur Rückverlagerung der Macht auf die Seite der Kapitaleigner. Die Distribution der gesellschaftlichen Ergebnisse der kapitaldominierten Marktwirtschaft wurde immer stärker in Richtung der leistungslosen Vermögenseinkommen verschoben. Jetzt treiben wir nach langem Rollback auf einen historischen Tiefpunkt zu, wo die wirtschaftliche Macht ungeniert in politische Hebel zur Zerstörung des Sozialstaates umgesetzt wird.

Das Bedrohungspotenzial liegt zum einen in der Möglichkeit von gewaltigen Finanzkrisen, die nationale Ökonomien in kürzester Zeit vor immense Herausforderung stellen können. Zum anderen sind über die Politik der Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung die Wachstumspotenziale in den reifen kapitalistischen Gesellschaften nicht zu aktivieren. In der Konsequenz stellen Massenarbeitslosigkeit, andere Formen der sozialen Ausgrenzung und Spaltung alle Qualitäten der entwickelten Zivilgesellschaft in Frage. Es droht die Gefahr, dass der Prozess der Entdemokratisierung erneut in eine Zerstörung der demokratischen Grundlagen der Gesellschaft umschlägt: »There is no doubt that if there is not a profound change in governance, financial disturbances will continue to erupt, misappropriation of funds to prosper, social inequalities to increase and democracy to decline. The poor control of collective risks and the disengagement of citizens are two evils undermining democracy; the only way to lessen their impact is to further implicate democracy in the collective entity at the heart of contemporary societies: the firm.«⁶

Demokratisierung des Shareholder value Kapitalismus?

Schon Joan Robinson hatte darauf hingewiesen, dass der Managerkapitalismus sich in ein höchst eigenartiges Wirtschaftssystem transformiert, in dem die Rentiers und die leistungslosen Einkommen die Akkumulation mehr und mehr prägen.⁷

Die neoliberalen Eliten setzten eine radikale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik durch: Substanziell wurden eine Reihe von gesellschaftlichen Regulierungs- und Steuerungselementen aufgehoben, die in der Folge der Weltwirtschaftskrise, dem Übergang zur fordistischen Massenproduktion und der Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus durchgesetzt worden waren. Mit dem Übergang zu einer Laissez-faire-Orientierung wird ein verändertes internationales Regime der Finanz- und Währungspolitik und eine umfassende Neuregulierung der Konsumtionsbedingungen der Ware Arbeitskraft erzwungen. Von diesem Umbau der Regulierungs- und Steuerungssysteme der entwickelten kapitalisti-

6 Ebenda, S. 20.

7 »Die alte Rechtfertigung für die Existenz einer reichen Klasse – dass sie nämlich notwendig ist, um für die erforderlichen Ersparnisse zu sorgen – hat sich schon stark abgenützt ... Das Haupthindernis bei der Beseitigung des funktionslosen Reichtums ist ... der Mangel an Einfallsreichtum bei der Entwicklung von Ideen und Institutionen, wie sie einer Wirtschaft angemessen sind, die über den Berg starker Akkumulation ist und einen vernünftigen Weg finden muss, um die Früchte einzuheimsen.« Joan Robinson: Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt a. M. 1966, S. 73 ff.

schen Gesellschaften werden zwangsläufig auch die sozialstaatlichen Transfers und Strukturen sozialer Sicherheit erfasst. Die Folgen: Einerseits steigen infolge von Massenarbeitslosigkeit, Verschiebung der Verteilungsverhältnisse und Erosion des Normalarbeitsverhältnisses die Anforderungen an die sozialstaatliche Umverteilung bei gleichzeitiger Unterminierung ihrer an die Arbeits-einkommen angebunden Finanzierung; andererseits werden durch steigende Sozialversicherungsabgaben und Steuersätze die Konkurrenzbedingungen bei den Preisen für Arbeitskräfte verzerrt.

Die neoliberale Politik der radikalen Stärkung des Privateigentums als Antwort auf Wachstums- und Strukturprobleme der modernen kapitalistischen Staaten ist gescheitert. Statt einer neuen Dynamik in der Realakkumulation hat die Politik der Begünstigung von privatkapitalistischen Investitionen bei gleichzeitiger Beschränkung der Masseneinkommen und der Beschneidung von Sozialleistungen nur zu einer beschleunigten Schuldenakkumulation geführt. Die verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Protestes oder Widerstandes gegen die neoliberale Deformation des regulierten Kapitalismus können in einem umfassenden Projekt der Demokratisierung der Wirtschaft gebündelt werden. Wirtschaftsdemokratie wird hier verstanden als eine strategische Konzeption, in der ausgehend von den real existierenden Konfliktlinien innerhalb des *laissez-faire*-Kapitalismus eine Verknüpfung der verschiedenen Aspekte des gesellschaftlichen Widerstandes gegen die neoliberale Politik erreicht werden kann. Allerdings gilt es zu beachten: »Nevertheless, one must not commit the error of thinking that it suffices to return to the first sort of labour society. In the last 30 years, capitalism has produced irreversible changes, rendering the old system of governance by internal control obsolete ... There can no longer be a question of shared responsibilities, where the company managers had exclusive control of the organisation of production and where economic democracy progressed through the development of social rights. Democracy must now take hold of the entirety of company goals.«⁸

8 Michel Aglietta, Antoine Reberious, a. a. O., S. 20 f.

9 Vgl. Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie – ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt 1928.

Demokratisierung der Wirtschaft oder Wirtschaftsdemokratie gilt seit der programmatischen Konzeption des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Leiter der Arbeitsgruppe Naphtali)⁹ Ende der 1920er Jahre als Inbegriff reformsozialistischer Ziel- und Strategiekonzeptionen. Gemessen an dem reformpolitischen Pragmatismus dieser strategischen Option und dem Einfluss seiner Befürworter (Gewerkschaften, Sozialdemokratie) ist die aktuelle Resonanz allerdings bescheiden. Nach wie vor sind die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften mit ihrer »reifen Ökonomie« durch die bereits von Keynes kritisierte doppelte Illusion beherrscht: »Auf der einen Seite akzeptierte die Arbeiterklasse aus Unwissenheit oder Machtlosigkeit – oder wurde durch Brauch, Übereinkommen, Autorität und die wohlverankerte Ordnung der Gesellschaft zum Akzeptieren gezwungen, überredet oder verführt – eine Situation, in der sie von jenem Kuchen, den sie selbst gemeinsam mit der Natur und den Kapitalisten buken, nur ein ganz kleines Stück ihr eigen nennen konnte. Auf der anderen Seite durfte die Kapitalistenklasse den größten Teil des Kuchens für sich beanspruchen und theoretisch auch konsumieren, jedoch unter der stillschweigenden Bedingung,

dass sie in Wirklichkeit nur sehr wenig davon konsumierte. Die Pflicht des ›Sparens‹ machte neun Zehntel der Tugend aus, und das Wachsen des Kuchens wurde zu einem Gegenstand wahrhaft religiöser Verehrung.«¹⁰ Die kapitalistische Wirtschaftsordnung tendiert – so lange die Demokratisierung nicht erfolgt ist – zur zunehmenden Konzentration des Vermögens in den Händen einer kleinen Minderheit. Diese undemokratische Eigentums- und Unternehmensverfassung ist der Grund für die Mängel innerhalb der kapitalistischen Hauptländer.

Die Schlüsselthese lautet: Mit Deregulierung und Privatisierung wird die Tendenz zur Transformation in Richtung leistungsloser Einkommen verstärkt. Die Abwärtsspirale der Ökonomie dreht sich schneller, wohingegen eine Demokratisierung der Wirtschaft zu einem entschiedenen Politikwechsel führen würde, d. h. einer wesentlichen Verminderung der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltgefährdung. Es gilt, die Demokratisierung aber – ausgehend vom Unternehmen – auch auf die Verteilung und die Kontrolle der Finanzmärkte zu erstrecken. Die kapitalistische Gesellschaft muss einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterworfen werden. »In the current phase of the labour society, the stakes should lead to the mobilisation of a large political interest in favour a double reform: on the one hand, to introduce democracy into the heart of the firm in order to elaborate a collective interest and to control its implementation; on the other hand, to develop the means of regulation finance by supervising all financial institutions and by reforming the criteria for the investment of collective savings.«¹¹ Es geht also um ein komplexes Reformprogramm in kritischer Anknüpfung an die Vorzüge und Schwächen der untergehenden Lohnarbeitsgesellschaft.

Ein solcher Vorschlag zur Demokratisierung der Wirtschaft ist eindeutig reformistisch. Eine wirksame gesellschaftliche Reformpolitik ist an einen radikalen Kurswechsel geknüpft: Mit einer Ausweitung der Staatsausgaben für öffentliche Investitionen oder zur qualitativen Veränderung des Massenkonsums kann eine Vollbeschäftigung erreicht werden. Anders als bei den bisher praktizierten Ansätzen zur gesamtwirtschaftlichen Globalsteuerung müssen diese Maßnahmen sowohl bei der Besteuerung wie auch bei der Ausweitung von öffentlichen Investitionen und des Massenkonsums mit einer langfristigen angelegten Strukturpolitik verknüpft sein. Es geht nicht um mehr Wirtschaftswachstum innerhalb der überlieferten Einkommens- und Konsumstrukturen, sondern zugleich um die Herausbildung einer sozial und ökologisch verträglicheren Lebensweise. Eine grundlegende Reform der kapitalistischen Wirtschaft muss so anlegt sein, dass über das Mittel der Bekämpfung der bestehenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung eine langfristige Strukturpolitik verfolgt wird. »Einerseits müssen die Reformvorschläge zur Überwindung der Krisenfolgen an den aktuellen Problemen anknüpfen und einen Katalog von kurzfristig einleitbaren Maßnahmen beinhalten. Andererseits dürfen sie sich nicht auf eine nur kurzfristig wirksame technokratische Instrumentendiskussion reduzieren, sondern müssen zugleich den Weg in die Verwirklichung eines alternativen Entwicklungstyps öffnen.«¹² Dieses komplexe Programm der

10 Zitiert nach Joan Robinson, a. a. O., S. 8.

11 Michel Aglietta, Antoine Reberious, a. a. O., S. 31.

12 Heiner Heseler, Rudolf Hickel (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise, Hamburg 1986, S. 26.

Demokratisierung erstreckt sich über alle Bereiche: Rückkehr zur solidarischen Lohnpolitik, Besteuerung von Kapital- und Vermögens-einkommen, Demokratisierung der Unternehmensverfassung, Entwicklung eines neuen Typus von umfassender sozialer Sicherung, Wiederherstellung einer gemischten Ökonomie, wirksame Kontrolle und Steuerung der Finanzmärkte und der internationalen Finanzinstitutionen, Rückkehr zu einer wirtschaftlichen Gesamtsteuerung der Konjunktur. Diese Alternative zur herrschenden Politik kann in vier Punkten verdeutlicht werden.

1. Verteilung oder soziales Eigentum

Bislang liegt die wirtschaftliche Macht im Kern bei den Eigentümern des Kapitals. Neben der nur durch Arbeitsgesetze eingeschränkten Verfügungsgewalt über die Arbeitskräfte wird den Kapitalgebern die Aneignung des wirtschaftlichen Erfolges zugestanden. Auch die einseitige Orientierung der Unternehmen an der Gewinnerzielung als ausschließlichem Ziel ist eine Konsequenz dieser Machtstruktur und nicht die zwangsläufige Schlussfolgerung aus der Marktordination und Marktsteuerung. »Sie beruht vielmehr auf der kapitalorientierten Ordnung der Eigentums- und Arbeitsverhältnisse sowie der Entscheidungsprozesse in den Unternehmen. Seit der industriellen Revolution dominiert in den Unternehmen das Kapital. Es hat diese zentrale Position zunächst mit Hilfe seiner überlegenen Wirtschaftsmacht erobert, dann aber überall in der Welt seinen politischen Einfluss genutzt, um den Staat zur rechtlichen Anerkennung dieser Machtstellung zu bewegen. Infolgedessen privilegiert unsere Rechtsordnung bei der Regelung des Unternehmens das Kapital.«¹³

Aus dieser Vormachtstellung wird schließlich eine Privilegierung bei der Verteilung des Wirtschaftsergebnisses abgeleitet, die sich mehr und mehr als Blockade für den Wertschöpfungs- und Verwertungsprozess erweist. Zudem ist diese Partizipation mit dem immer wieder beschworenen Leistungsprinzip nicht zu begründen. Die Kapitalgeber ermöglichen die Rahmenbedingungen für Leistungserbringung und kassieren ohne eigene Leistung den Löwenanteil des Produkts. Das Übergewicht des leistungslosen Einkommens erhöht trotz aller Sonntagsreden von der Vermögensbildung die Konzentration. Die Kapitaleigner erhalten trotz ihrer geringen Zahl zwischen einem Viertel und der Hälfte des Bruttosozialprodukts, ohne dafür arbeiten zu müssen. Nur den Rest erhalten die mehr als 90 % der Bevölkerung, die nicht von Kapitalerträgen leben können, sondern darauf angewiesen sind, sich ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen. Als Folge davon verschärft sich der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer mehr.

Die Machtposition der Kapitaleigner, die den Unternehmensbereich als eine demokratiefreie Zone erhalten, verlängert sich in die Verteilungsverhältnisse hinein. Zum einen wird der wirtschaftliche Ertrag nicht entsprechend der eingebrachten Leistung zugeordnet. Zum andern unterliegt dem Steuerrecht die Vorstellung, dass beim eingesetzten Kapital der Vermögenszuwachs besteuert wird, während beim Eigentümer der Arbeitskraft eine entsprechende Operation verweigert wird. Der Gleichheitsgrundsatz gebietet es, dass der Gewinn nicht dem Kapitaleigentümer zugewiesen wird

13 Ekkehart Stein: Demokratisierung der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1995, S. 56.

und beim Kapital keine steuermindernden Absetzungen zugelassen werden. Die Privilegierung des Kapitals muss generell beseitigt werden: Die Kapitaleigner sind in jeder Hinsicht so zu behandeln wie all diejenigen, die ihren Unterhalt durch eigene Arbeit verdienen.

Demokratische Unternehmensverfassung, Öffnung der Unternehmensformen, veränderte Unternehmensziele, Korrekturen in der Primärverteilung und die Entprivilegierung des Steuerrechtes hängen eng zusammen. Selbstverständlich werden diese Eingriffe in die Kapitalmacht ergänzt durch Maßnahmen gegenüber dem Geldkapital und der Verwertung von Immobilien.

2. Die kapitalistische Unternehmung als demokratisierter Raum

In allen kapitalistischen Hauptländern gilt der Grundsatz: Wer eine Investition, d.h. ein Unternehmen finanziert, der verfügt über die unterliegenden Herrschaftsstrukturen. Unsere Rechts- und Eigentumsordnung bevorzugt den Geldgeber, also das Kapital. Selbst nach der vorherrschenden Meinung wirken bei der Produktion Arbeit, Kapital und Boden zusammen. Faktisch wird die Entscheidungshoheit und das Recht am Ertrag aber allein dem Kapital zugesprochen. »Nehmen wir als Beispiel den typischen Fall einer Aktiengesellschaft, deren Aktionäre sich ausschließlich für den Kurs ihrer Aktien und die Dividende interessieren, ohne sich im übrigen um das Unternehmen zu kümmern, das mit ihrem Kapital finanziert wird. Vergewegenwärtigen wir uns, dass mit Hilfe dieses Kapitals alle Leistungen des Unternehmens von Menschen erbracht werden, die für das Unternehmen als dessen Arbeitnehmer tätig sind. Ihre enge Verbundenheit mit dem Unternehmen, ihre laufend erbrachten Leistungen und die Bedeutung, die das Unternehmen mit seinen Arbeitsplätzen für sie als Grundlage ihrer Existenz hat, sind nach den Maßstäben des geltenden Gesellschaftsrechtes auch in Deutschland weit weniger schützenswert als die wirtschaftlichen Interessen der Aktionäre, die den ausschlaggebenden Einfluss auf die Bestellung der Unternehmensleistungen haben.«¹⁴

Um die Dominanz der Profitsteuerung bei Unternehmen durch gesellschaftliche, an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientierte Ziele abzulösen, muss eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung durchgesetzt werden. Hier geht es um zwei Bereiche: zum einen müssen individuelle Beschwerde- und Reklamationsrechte verankert werden; zum andern sind die Investitionsentscheidungen selbst der Mitbestimmung durch die Belegschaften und ihrer Interessenvertretung zu unterwerfen. Nur bei Ausweitung der innerbetrieblichen Demokratie können die Kompetenz der Belegschaften erschlossen und eine sozial und ökologische Steuerung des strukturellen Wandels durchgesetzt werden. Der Gegensatz zwischen betriebswirtschaftlicher Logik und gesamtwirtschaftlicher Vernunft soll aufgehoben werden. In der Vergangenheit stand die Minimierung der privaten Arbeitskosten durch Belegschaftsabbau und die Standortvernichtung im Vordergrund. In Zukunft muss die Minderung der gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit durch die rechtzeitige Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen Priorität bekommen. Es geht um den prinzipiellen Vorrang der Erhaltung gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze vor sozialer Abfederung und den

14 Ebenda, S. 69.

praktischen Vorrang für die Gesundung der regionalen Beschäftigungsbilanzen vor der Sanierung der privaten Unternehmensbilanz. Den Unternehmen wird der Schritt vom externen zum internen Strukturwandel abverlangt. Den betroffenen Arbeitnehmern soll der Erwerb neuer Qualifikationen für die Erstellung neuer Produkte ermöglicht werden. Das verlangt die zeitliche Entkoppelung von Kapazitätsabbau und Arbeitsplatzaufbau sowie den Gleichklang zwischen einer unvermeidlichen Vernichtung vorhandener Arbeitsplätze und einer unumgänglichen Errichtung neuer Arbeitsplätze. Neben einer Demokratisierung der Unternehmensverfassung muss hier auch eine Förderung von genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Eigentums- und Unternehmensformen einsetzen.

Die naheliegende Schlussfolgerung: Verschiedene Erfahrungen (wie die Montanmitbestimmung, Genossenschaften, Kibbuz) belegen, dass es möglich ist, ohne Verlust an Effizienz die Kapitalvorherrschaft durch eine demokratisierte Unternehmensverfassung zu verändern. Mit der Entprivilegierung der Kapitalherrschaft wird die Wirtschaftsmacht relativiert: Es ist nicht mehr möglich, im gewohnten Sinne die Direktionsgewalt über die Beschäftigten auszuüben, und damit wird es möglich, die einseitige Ausrichtung der Unternehmensziele an der Gewinnmaximierung aufzubrechen. Die Durchbrechung der Vorherrschaft des Kapitals eröffnet Förderungsmöglichkeiten für andere Betriebsformen (Genossenschaften, öffentliche Betriebe etc.), löst die enge Verzahnung von wirtschaftlicher und politischer Macht auf und gibt den Weg frei für eine Änderung der Verhältnisse.

3. Kontrolle der Finanzwirtschaft

Das Argument, die Finanzmärkte stellen ein unverzichtbares Distributionsmittel für eine optimale Verteilung der Ressourcen einer kapitalistischen Gesellschaft dar, war niemals überzeugend und stellt im Zeitalter des »irrationalen Überschwangs« und der gravierenden Finanzkrisen eine absurde Behauptung dar. Die Kurse von Finanzwerten werden eher von der Begeisterung der Anleger denn von einer realistischen Einschätzung des tatsächlichen Wertes in die Volatilität getrieben.

Die Entwicklung der Finanzmärkte läuft in eine falsche Richtung, weil weitgehende Deregulierung bei minimaler Kontrolle dominiert. Die sozialen Sicherungssysteme werden systematisch den Risiken der Finanzmärkte ausgesetzt. Die Alternative zu dieser neoliberalen Politik ist die Einbindung der Finanzmärkte in eine demokratische Entwicklungsstrategie und ihre Rückführung auf ihre Hauptfunktionen, die Finanzierung von Investitionen und die Bildung langfristigen privaten Vermögens. Dazu gehören eine stärkere Kontrolle der Preise und Leistungen der Banken und Versicherungen, die Beschränkung übermäßiger Risiken bei der Kreditvergabe und übermäßiger Geschwindigkeit beim Wertpapierhandel, eine ausgewogene Bankenstrukturpolitik, die strikte Trennung des solidarischen Systems der sozialen Sicherheit von den Risiken der Kapitalmärkte, die Beendigung des Steuerwettbewerbs zugunsten einer engen Zusammenarbeit bei der Verhinderung von Steuerhinterziehung und der Besteuerung aller Einkommen einschließlich der Zinsen und Di-

videnden und schließlich eine europäische Geld- und Haushaltspolitik, die nachhaltiges Wachstum, Stabilität und Beschäftigung fördert. Die Rückkehr zu Kapitalverkehrskontrollen ist unverzichtbar, weil sie bei der Verteidigung eines Finanzsektors eine wichtige Rolle spielen können, der gesellschaftlichen Anforderungen im Sinne öffentlicher Güter genügt. Ein wesentliches Segment der Wertpapiermärkte sind die Devisenmärkte, auf denen der Umsatz besonders groß ist. Zur Beruhigung der Devisenmärkte und zum Schutz gegen den Aufbau spekulativer Wellen ist auch hier die *Besteuerung aller Devisenumsätze* anzustreben. Ein Erfolg beim Aufbau eines soziale und demokratische Interessen berücksichtigenden Finanzsektors als Alternative zur neoliberalen Unterwerfung der Gesellschaft unter die Gesetze der Finanzmärkte und die Interessen ihrer dominierenden Unternehmen könnte Signal- und Beispielcharakter für andere Regionen der Welt haben.

Globale Finanzmärkte bedürfen globaler Regulierung. Gleichwohl machen regionale Regulationsansätze nach wie vor Sinn. Die bestehenden Organisationen IWF und Weltbank sind an einer kooperativen Geld-, Kredit- und Währungspolitik auszurichten, die letztlich in die Steuerung eines gemeinsam geschaffenen Kunstgeldes mündet. Die zweite Säule einer globalen Neuordnung der Finanzmärkte ist eine gemeinsame Finanzaufsicht. Dabei kommt es weniger darauf an, ob sie von einer globalen Institution ausgeübt wird, sondern mehr darauf, dass es gemeinsame und verbindliche Grundsätze für eine solche Finanzaufsicht gibt. Sie müssten sich auf die Kreditpolitik von Banken sowie auf die Anlagepolitik von Finanzinvestoren (Investmentbanken, Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften u. a.) richten und insbesondere die internationale Finanzspekulation einschränken.

4. *Wirtschaftssteuerung*

Alle Verfechter einer Demokratisierung der Wirtschaft wissen nicht nur um die Komplexität und Vernetztheit der gesellschaftlichen Reformen. Es besteht auch kein Zweifel über die Obstruktionspolitik der Kapitaleigentümer. Kapitalflucht kann bekämpft werden und auch gegen den Investitionsstreik müssen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die Ära der Investitionsanreize und Steuervorteile für Kapitalgeber muss beendet werden. Durch Entwicklungsgesellschaften, kollektive Vermögensfonds, die Demokratisierung des Banksystems und den Ausbau der Globalsteuerung könnten die Versuche zur Verteidigung der Kapitalherrschaft unterlaufen werden. Bislang sind die meisten Versuche der Demokratisierung auf die Mikroebene der Unternehmen begrenzt worden; es käme gerade darauf an, den Zusammenhang einer Änderung in den Verteilungsverhältnissen mit neuen Formen der Globalsteuerung durch Finanz- und Fiskalpolitik einzulösen. Hier geht es nicht um eine möglichst vollständige Skizze der Strategie der Demokratisierung als vielmehr darum, den inneren Zusammenhang zwischen mikroökonomischer Unternehmensverfassung und makroökonomischer Reform in den Verteilungsverhältnissen und Steuerungspotenzialen zu verdeutlichen. Den Protagonisten der Wirtschaftsdemokratie ist auch klar, dass die angestrebte Reform letztlich auf eine Revolutionierung der

Gesellschaftsformation hinausläuft: »Eine Wirtschaftsordnung ohne Massenarbeitslosigkeit, die es jedem Gesunden ermöglicht, sich seinen Lebensunterhalt durch eigene Leistung zu verdienen, und sicherstellt, dass das Bruttosozialprodukt gerecht entsprechend den erbrachten Leistungen jedes einzelnen verteilt wird, macht viele sozialstaatliche Ausgleichsmechanismen der sozialen Marktwirtschaft überflüssig. Wenn die Massenarbeitslosigkeit abnimmt, wird auch das durch sie ausgelöste Masseneleid kleiner werden. Wenn die Gegensätze zwischen Reich und Arm geringer werden, wird sich die gesamte Wirtschaft wieder mehr auf die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse konzentrieren statt auf die Luxusbedürfnisse der Reichen ... Die Hilfe des Staates kann sich auf diejenigen konzentrieren, deren eigene Leistungsfähigkeit durch Behinderung, Krankheit oder Alter eingeschränkt ist.«¹⁵ Auch die Struktur der Weltwirtschaft würde sich zwangsläufig verändern und neue Chancen einer Entwicklungspolitik eröffnen. Angesichts der bestehenden Globalisierung der Produktion und der Internationalisierung der Wirtschaft kann eine solche Reformpolitik der Demokratisierung und der Binnenmarktorientierung gleichwohl nur Erfolg haben, wenn sie in eine Neuordnung der internationalen Arbeitsteilung eingeordnet ist.

15 Ebenda, S. 155.

Der Grundgedanke dieser Demokratisierungsstrategie besteht darin, dass die vielfach übliche Gleichsetzung von Markt und kapitalistischer Wirtschaftsordnung nicht aufrecht erhalten werden kann. Es ist lohnenswert, die kapitalorientierte Eigentums- und Rechtsordnung zu verändern, weil damit zwar nicht die Marktsteuerung verschwindet, aber sämtliche Aspekte des Wirtschaftens eine veränderte Gestalt erhalten können. »Die Marktsteuerung ist im allgemeinen jeder Wirtschaftssteuerung durch zentrale Planung weit überlegen. Auch sie weist jedoch eine Reihe von Mängeln auf. Diese gehen aber nicht auf das Marktprinzip zurück, sondern auf die Rahmenbedingungen, die unsere kapitalorientierte Wirtschaftsordnung den Märkten vorgibt.«¹⁶ Im Grunde kommt man sowohl von einer kritischen Auseinandersetzung mit den Grundmängeln der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als auch von einer kritischen Betrachtung der zentralen Planwirtschaften zum gleichen Schlüsselproblem: Ist es möglich, den Wettbewerb von demokratisierten Unternehmen über Märkte auszunutzen, den bislang nicht realisierten Anspruch einer zentralstaatlichen Planung zugunsten wirksamer Steuerungsmethoden aufzugeben und damit eine sozial und ökologisch verträglichere Ökonomie zu schaffen? Wer für einen erneuten Sozialismusversuch mit planwirtschaftlicher Grundlage eintritt, der müsste die Chancen aufzeigen, die bekannten ökonomischen und politischen Grundmängel zu vermeiden. Die Konzeption einer Wirtschaftsdemokratie lebt von den bekannten Mängeln der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Bei aller Plausibilität der Überlegungen bleibt offen, wie eine solche qualitative Veränderung unter den gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen durchgesetzt werden kann.

16 Ebenda, S. 98.

Literatur

- Michel Aglietta, Antoine Reberious: From Financial Capitalism to a Renewal of Social Democracy, Paris 2004.
- Adolf Berle: Macht ohne Eigentum, Meisenheim 1967.
- Adolf Berle, Gardiner Means: The Modern Corporation and Private Property, Washington 1933.
- Heinz Bierbaum, Marlo Riege: Die neue Genossenschaftsbewegung, Hamburg 1985.
- Joachim Bischoff: Entfesselter Kapitalismus, Hamburg 2003.
- Joachim Bischoff: Neoliberalismus als Religion, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12, 2003.
- Samuel Bowles, Herbert Gintis: Democracy and Capitalism, New York 1986 .
- Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage, Konstanz 2000.
- Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Bourdieu, P 2002, Liber Jahrbuch 3, Der Lohn der Angst, Konstanz 2001.
- Daniel Cohen: Fehldiagnose Globalisierung, Frankfurt a. M. 1998.
- Ralf Dahrendorf: Wie sozial kann die soziale Marktwirtschaft noch sein?, Berlin 2004.
- Heiner Flassbeck, Albrecht Müller: Ein babylonisches Missverständnis, in: FAZ, 23. 2. 2002.
- Heiner Heseler, Rudolf Hickel (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise, Hamburg 1986.
- Georg Lukács: Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt a. M. 1987.
- Thomas Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen, Frankfurt a. M. 1992.
- Rudolf Meidner, Anna Hedborg: Vermögenspolitik in Schweden, Frankfurt a. M. 1978.
- Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie – ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt 1928.
- Joan Robinson: Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt a. M. 1966.
- Robert Shiller: Irrationaler Überschwang, Frankfurt a. M. 2000.
- Joseph Stanislaw, Daniel Yergin: Staat oder Markt, Frankfurt a.M. 1999.
- Ekkehart Stein: Demokratisierung der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1995.
- Peter von Oertzen: Für einen neuen Reformismus, Hamburg 1984.
- Peter von Oertzen: Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hannover 2004.
- Harald Werner (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie, Bonn 1994.
- Karl Zinn: Die Wirtschaftskrise, Mannheim 1994.
- Karl Zinn: Wie Reichtum Armut schafft, Köln 1998.
- Karl Zinn: Zukunftswissen, Hamburg 2002.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

Kein Haushalt ist geschlechtsneutral.

Geschlechtergerechte Haushaltsführung
als Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft

We must look for that which we have been trained not to see.
Denkspruch der Weltbank in ihrer Broschüre
»Toward Gender Equality«

*Hartz IV verschärft die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern*¹
Bundesweit wurden 2003 knapp 184 000 Arbeitslosenhilfeanträge abgelehnt. Zu 75 % waren Frauen betroffen. Dieser Trend hielt 2004 an – bis Mai lag der Frauenanteil an den Ablehnungen bei 76,5 %.² Durch das Gesamtpaket der Hartz-Gesetze wird sich diese Situation sowohl hinsichtlich von Negativ-Bescheiden für Frauen als auch in Bezug auf die generellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern weiter verschärfen. Damit ist das Hartz-IV-Gesetz ein anschauliches Beispiel für die Richtigkeit und Notwendigkeit der Forderung, politische Strategien stets darauf zu prüfen, welche direkten und indirekten Wirkungen sie nicht nur allgemein, sondern jeweils speziell auf Frauen und Männer haben. Bezüglich Hartz IV kann bereits jetzt gesagt werden, dass die Auswirkungen auf die Geschlechter ungleich sein werden. Diese Prognose stützt sich auf folgende Zusammenhänge:

Erstens: Da Männer in Deutschland durchschnittlich mehr verdienen als Frauen, sind Frauen überdurchschnittlich von der Anrechnung des Partnereinkommens betroffen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schätzt auf der Grundlage von Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg ein, dass ab 2005 rund 230 000 Frauen keine eigenen Leistungen mehr bekommen werden.³

Zweitens: Frauen ohne eigenen Leistungsbezug haben später auch Lücken in ihren Rentenbiografien, d. h., die ungleiche finanzielle Situation wird fortgeschrieben.

Drittens: Frauen haben insofern keinen gleichberechtigten Zugang mehr zum Arbeitsmarkt, als von den vor der Hartz-Reform im Sozialgesetzbuch (SGB) III festgeschriebenen Maßnahmen zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen nach Mutterschaft etc. kaum etwas übrig geblieben ist. Des weiteren gibt es auch keinen Anreiz für die Vermittler der Arbeitsagenturen, sich gezielt um Berufsrückkehrerinnen und Nicht-Leistungsempfängerinnen zu kümmern. Befürchtet wird, dass vor allem und zuerst diejenigen vermittelt werden, die »teure Leistungsbezieher« sind.

Viertens: Die im Gesetz zu Grunde gelegten Bedarfsgemeinschaften werden von einer Person vertreten, die für alle weiteren Perso-

Viola Schubert-Lehnhardt – Jg. 1955: Dr. phil. habil., studierte in Leningrad Philosophie, war von 1987 bis 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ethik und Geschichte der Medizin der Martin-Luther-Universität Halle ... zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Selbstbestimmung der Frau und die Gentechnologie, Heft 137 (März 2002), S. 253-259.

1 Im Folgenden wird nur unter dem Aspekt von Geschlechterdifferenzen auf die Auswirkungen von Hartz IV eingegangen. Zur generellen Analyse dieses Gesetzes sei verwiesen auf: Martin Bongards: Hartz IV – Tagelohn und Arbeitsdienst. rls standpunkte 13/2004, hrsgg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de.

nen die Geldleistung in Empfang nimmt. Dies wird häufig der Mann sein. Im Sinne von Eigenständigkeit und individuellem Selbstwertgefühl wäre es für beide Geschlechter besser, wenn mit jedem Betroffenen eine eigene Eingliederungsvereinbarung getroffen werden würde. Auf die besonders prekäre Situation von Frauen mit Gewalterfahrungen sei hier zusätzlich aufmerksam gemacht.⁴

Diese hier am Beispiel der Auswirkungen von Hartz IV nur kurz angedeuteten ungleichen Folgen für Frauen und Männer lassen sich auch bei anderen Gesetzen nachweisen – so z. B. an den Folgen des seit Januar 2004 geltenden Gesundheitsmodernisierungsgesetzes. Auch diese treffen Frauen härter als Männer, da *erstens* Frauen meist weniger verdienen, aber die gleichen fixen Zuzahlungen zu leisten haben; *zweitens* sie allein die Kosten für bestimmte Verhütungsmittel zu tragen haben; *drittens* das Entbindungsgeld ersatzlos gestrichen wurde; *viertens* ebenso das Sterbegeld gestrichen wurde – da Frauen in der Regel länger leben als ihre Ehemänner, haben sie überwiegend die Kosten für die Beerdigungen zu tragen; *fünftens* viele Versicherungen teilweise oder ganz in den privaten Bereich verlagert wurden bzw. werden (Hier zahlen Frauen höhere Tarife als Männer. Am 4. Oktober 2004 wurde im EU-Sozialministerrat nur ein Kompromiss angenommen, der es nach wie vor erlaubt, geschlechterdiskriminierende Praktiken anzuwenden, wenn »die unterschiedliche Behandlung von Frauen und Männern auf relevanten und exakten versicherungsmathematischen und statistischen Daten beruht«⁵); *sechstens* die neuen Abrechnungsmodalitäten in Krankenhäusern nach DRG's zu Veränderungen in der Aufenthaltsdauer von Patientinnen und Patienten führen. Die Verkürzung der Liegezeiten im Krankenhaus geht häufig mit der Notwendigkeit einer intensiveren Pflege zu Hause einher – die meist von Frauen geleistet wird, und dies in der Regel unbezahlt. Neben häufig außerordentlich hohen körperlichen und psychischen Anstrengungen für die Pflegepersonen hat dies oft auch Folgen für deren Erwerbs- und Rentenbiografie durch notwendige Verkürzung der Arbeitszeit oder zeitweiligen Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit.

Auch das hier angesprochene Verhältnis von gesellschaftlich notwendiger, jedoch unbezahlter Arbeit zu Erwerbstätigkeit ist ungleich zwischen Frauen und Männern. Insofern ist bei der Bewertung einer politischer Strategie stets auch zu fragen: Ziehen eher Männer oder Frauen Nutzen aus staatlichen Ausgaben und Förderungen? Treffen Einsparungen des Staates eher Männer oder Frauen? Vergrößern oder verkleinern bestimmte Politikstrategien Diskriminierungen auf Grund von Geschlecht?

Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin

In über 50 Ländern gibt es spezielle Initiativen, die sich diesen Fragen widmen – und inzwischen auch zahlreiche in Deutschland.⁶ Beispielhaft sei hier zunächst die Entwicklung in Berlin angeführt, da das von SPD und PDS regierte Land Berlin als erstes in der Bundesrepublik ein durchgängiges Konzept der geschlechtergerechten Haushaltsführung – *Gender Budgeting* – für alle Haushaltsbereiche erstellen und anwenden will. Die »Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin« wurde im Mai 2001 durch

2 Anne Jenter: Gleichstellungspolitik an den Rand gedrängt, prekär. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Zeitung für die Beschäftigten in der Weiterbildung, No 13, 2004, S. 4.

3 Vgl. Martin Bongards, a. a. O.

4 Internationale Erfahrungen haben als einen (Neben)Effekt von Gender Budgeting festgestellt, dass z. B. direkt an Frauen ausbezahlte Gelder besser zur Beseitigung von Kinderarmut beitragen, als die bis dahin übliche Verfahrensweise der Auszahlung an den (meist männlichen) Haushaltsvorstand. Siehe dazu St. Hill: The United Kingdom: A focus on taxes and benefits, in: Debbie Budlender (2002), Gender Budgets make more cents. Country studies and good practice, London, p. 184.

5 Im Detail beschrieben in: Unisexrichtlinie. Der undifferenzierte Kompromiss., zweiwochendienst Frauen und Politik, 30. Oktober 2004, S. 14.

6 Am 27. November 2004 fand ein erstes Vernetzungstreffen dieser Initiativen in München statt. Die Diskussionsbeiträge sollen zu Beginn des Jahres 2005 über die homepage der Frauenakademie München ins Netz gestellt werden.

Frauen aus Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, der Wissenschaft, Parteien und Gewerkschaften ins Leben gerufen. Die Forderungen aus einem offenen Brief von 104 Einzelpersonen und 26 Vereinen und Verbänden erstreckten sich sowohl auf die Umsetzung von *Gender Budgeting* (wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt) innerhalb der laufenden Legislaturperiode in Berlin als auch auf die künftige Anwendung auf Bundesebene.

Durch Senatsentscheidungen vom Mai und November 2002 sowie März und Juli 2003 wurde zunächst die Einführung und Umsetzung von *Gender Mainstreaming* beschlossen. Die Umsetzung soll in drei Phasen erfolgen:

Erstens: Pilotphase ab April 2003: modellhafte Erprobung;

Zweitens: Hauptphase von April 2004 bis März 2006: Einbeziehung aller Senats- und Bezirksverwaltungen mit Pilotprojekten;

Drittens: Flächendeckende Einführung ab 2006.

Mit Datum vom 22. Juli 2003 liegt ein »Erster Bericht über Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung, Berichtszeitraum 2002/2003« vor.⁷ Aus diesem geht hervor, dass bereits vier Senatsverwaltungen und acht Bezirksämter mit insgesamt 20 Pilotprojekten angefangen haben, *Gender Mainstreaming* zu erproben. Dabei wurde allerdings *Gender Budgeting* trotz entsprechender Beschlusslage noch nicht durchgeführt.⁸

Zur Unterstützung dieser Vorhaben wurde im Januar 2003 die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming bei der Senatsverwaltung eingerichtet.⁹ In deren Tätigkeitsbeschreibung ist von Anfang an eine hohe Priorität für *Gender Budgeting* festgeschrieben worden.

Ein Novum im Vergleich gegenüber anderen Einrichtungen zur Implementierung von *Gender Mainstreaming* stellt in Berlin auch die Einsetzung einer Landeskommission Gender Mainstreaming dar, der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre verschiedener Ressorts angehören. Diese Kommission hat sich im Mai 2003 unter dem Vorsitz der Staatssekretärin für Arbeit und Frauen konstituiert. Unter den inhaltlichen Schwerpunkten, die besonders kritisch begleitet, entwickelt und unterstützt werden sollen, werden an erster Stelle die finanzpolitischen Instrumente des Gender Mainstreaming – *Gender Budget* – genannt.¹⁰

Bis zu dieser ersten (und einer Reihe anderer, im Text weiter unten beschriebenen) Initiativen war es für Frauen in Deutschland ein weiter Weg. Die Bundesrepublik ist in Bezug auf diese politische Strategie eher als »Entwicklungsland« einzustufen – daher soll etwas näher auf den zeitlichen Ablauf dieser Anfänge eingegangen werden.

Der Weg zum Gender Mainstreaming

1985 wurde auf der 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi die Strategie des *Gender Mainstreaming* entwickelt und verabschiedet. Diese mündete 1986 in einen Beschluss der Vereinten Nationen über die Rechte der Frau. Auf der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking kam es zur Verabschiedung der entsprechenden Aktionsplattform zur Unterstützung von *Gender Mainstreaming*.

Auf EU-Ebene sind folgende Eckpunkte zu nennen:

1996: Selbstverpflichtung zur Gleichstellung von Frauen und Männern;

7 Drucksache 15/1924 des Abgeordnetenhauses von Berlin.

8 Vgl. Ute Weinmann: Gender Budget in der Berliner Politik und Verwaltung, in: Infodienst Arbeit & Leben der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin vom 13. November 2003.

9 Siehe: www.berlin.de/gendermainstreaming.

10 Bisher vorliegende Strategiepapiere, Ergebnisse und Diskussionen können nachgelesen werden unter www.gender-budgets.de oder www.gender-budgeting.de.

1997: Aufforderung an die Mitgliedsstaaten zur Einbindung von *Gender Mainstreaming* in lokale, regionale und nationale Politik;

1998: Gleichstellung wird als eine der vier Säulen der Beschäftigungspolitik festgelegt; 1999 zusätzlich als Querschnittsaufgabe;

2000: Rahmenstrategie zur Förderung der Gleichstellung als sämtliche Gemeinschaftspolitik einbeziehender Ansatz.

In Deutschland wird 1999 das Programm »Frau und Beruf« beschlossen, in dem u. a. formuliert ist: »Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung und soll als Querschnittsaufgabe gefördert werden.«¹¹ In der im Jahr 2000 verabschiedeten neuen gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien heißt es dann entsprechend: »Die Gleichstellung ... ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden.«

Vor allem in den neuen Bundesländern kommt es parallel zur Bundesebene zu einer Reihe von Aktivitäten. So wird bereits 1999 in Sachsen-Anhalt (von der PDS tolerierte SPD-Regierung) als erstem Bundesland ein Programm zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern verabschiedet. Es folgt die Gründung eines Gender-Institutes in Magdeburg mit der Aufgabe, Forschungs- und Bildungsaktivitäten zur professionellen Umsetzung des *Gender-Mainstreaming*-Konzeptes zu bündeln, zu realisieren und zu koordinieren.¹²

Im Jahre 2000 folgt die SPD-PDS-Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern mit der Verabschiedung einer Gleichstellungskonzeption und einer Reihe von Pilotprojekten. Am 19. März 2002 wird in Mecklenburg-Vorpommern ein Aktionsprogramm zur »Implementierung von Gender Mainstreaming« verabschiedet und es erfolgt ebenfalls die Einrichtung einer begleitenden Organisation – der GM-Consult.¹³

Es ist sicher kein Zufall, dass die beiden Bundesländer, in denen diese Strategie bisher auf Landesebene angegangen wird, zu den neuen Bundesländern gehören. Hier hat es einerseits einen größeren sozialen Druck durch die nach wie vor vorhandenen Auswirkungen des Transformationsprozesses von der volkseigenen Planwirtschaft zur privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft gegeben. Zum anderen gab es durch die andersartigen Sozialisierungserfahrungen von Frauen ein sehr großes Engagement auf einer breiten politischen Ebene und eine entsprechende, offensiv vertretene Erwartungshaltung an die Verwirklichung von Gerechtigkeitsvorstellungen. Gleichzeitig wurde eine Engführung von Fraueninteressen auf bestimmte feministische (Frauen separierende) Ansätze von Anfang an vermieden, was diesen Bemühungen eine größere Durchschlagskraft verlieh.

Auch im nordrhein-westfälischen Landtag hat – angeschoben von Bündnis 90/Die Grünen – eine »Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in NRW« begonnen. Eine dazu im September 2002 organisierte Veranstaltung mit dem Titel »Sperriger Name – lohnendes Ziel: Gender Budgeting«¹⁴ sollte nicht nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einem geschlechtergerechten Landeshaushalt sein, sondern auch eine *Gender-Budgeting*-Bewegung in NRW in Gang setzen.

11 Eine kurze zusammenfassende Darstellung zur Bundesebene findet sich bei Birgit Schweikert: Die Umsetzung von Gender mainstreaming auf Bundesebene – aktueller Stand und Planungen, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien 20(2002)1+2; ausführliche Darstellungen sind folgenden zentralen Internetseiten zu entnehmen: www.gender-mainstreaming.net und www.gender-budgets.de.

12 Ausführlich siehe dazu die homepage dieses Institutes unter www.g-i-s-a.de.

13 Zur Beschreibung des Aufgabenfeldes dieser Institution sei wiederum auf die homepage verwiesen: www.GM-Consult-MV.Org.

14 Vgl. auch Martin Bongards, a. a. O.

Der bisher vergangene Zeitraum ist noch zu kurz, um weitere Aktivitäten bereits auswerten zu können. Die auf der genannten Veranstaltung von der frauenpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW, Marianne Hürten, vorgetragene erste sehr grobe geschlechterdifferenzierte Bewertung des Landeshaushalts NRW macht jedoch bereits eine Reihe von gesellschaftspolitischen und wissenschaftlich-methodischen Problemen deutlich. Zum einen verweist sie darauf, dass etwa 55 % der Ausgaben des Landes Männern dienen oder von diesen verursacht werden. Bei dieser Aussage sind die Ausgaben für Personal überwiegend noch nicht mit berücksichtigt worden. Auch würde eine Herausrechnung derjenigen Gelder, die das Land auf Grund von Bundesgesetzen zahlen muss, eine noch stärkere Benachteiligung von Frauen ergeben. Gleiches gilt bei näherer Betrachtung einzelner Bereiche. So stellte sich z. B. heraus, dass die Wirtschaftsförderung zu 80 Prozent Männern zugute kommt, auch die Verkehrsförderung sei männerdominiert (obwohl der Öffentliche Personennahverkehr [ÖPNV] überwiegend von Frauen genutzt wird). Programme zur beruflichen Aus- und Weiterbildung sprächen ganz überwiegend Jungen und Männer an; die Kultur- und Forschungsförderung diene durchweg mehr Männern als Frauen.¹⁵

15 Ausführlicher als in der Veranstaltungsdokumentation ist diese Darstellung auf der Internetseite von Marianne Hürten nachzulesen – marianne-huernten.de/e42.htm.

Bei diesen Wertungen zeigten sich zum einen große Wissensdefizite in Bezug auf die konkreten Auswirkungen der einzelnen Landesausgaben auf die Geschlechter. Marianne Hürten konstatiert, dass diese in den meisten Fällen geschätzt werden mussten. Weiterhin verweist sie darauf, dass für eine solche Budgetanalyse und darauf aufbauende Forderungen und Veränderungen eine vorhergehende Auseinandersetzung mit den Kriterien und deren Einstufung unter allen Beteiligten notwendig ist. So sei z. B. für die Initiatorinnen dieser Analyse die Subventionierung der Steinkohlebranche in NRW eine sehr stark männerdominierte Ausgabe gewesen, für den damaligen Wirtschaftsminister dagegen eine energiepolitisch begründete neutrale Ausgabe zur Sicherung heimischer Ressourcen. Auch die Ausgaben für Bildung an Schulen und Hochschulen wurden in ihrer Wirkung unterschiedlich bewertet. Zum einen erfolgte mit der Begründung, dass Mädchen und Jungen diese Einrichtungen in etwa zu gleichen Teilen nutzen, eine neutrale Einstufung. Zum anderen wurde von der Analyse der Kinder her, die ein Schuljahr wiederholen mussten, eingeschätzt: da dreiviertel davon Jungen sind, werden allein 42 Mio. Euro pro Jahr an Jungen für eine pädagogisch unsinnige Maßnahme (das schlichte Wiederholen einer Klasse) verschwendet. Auf die hier auch zum Ausdruck kommende notwendige bildungspolitische Veränderung kann im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen werden.

Statt dessen soll noch auf ein weiteres Beispiel verwiesen werden: auf die Einstufung des Unterhaltsvorschusses. Dieser wird bisher meist als frauendominiert bewertet, da die Mittel an Frauen ausgezahlt werden. Personen, die Unterhalt schulden, sind jedoch in NRW zu 80 % männlich, d. h., wenn nach dem Verursacherprinzip bewertet werden würde, müsste dieser Posten als stark männerdominiert eingestuft werden. Würde die Analyse dagegen zugrunde legen, dass in der Regel die Frau diese Gelder nur an Stelle des Kindes entge-

gennimmt, die Leistung also dem Kind dient, wäre diese Ausgabe als neutral einzustufen.¹⁶

Gender Budgeting – was ist das, wie geht es und wem nützt es?

An dieser Stelle erscheint eine kurze Bemerkung zu den im Text verwandten Anglizismen *Gender Mainstreaming* und *Gender Budgeting* notwendig.

Zu beiden Begriffen existieren in Deutschland zwar eine Reihe von Handbüchern und Praxisempfehlungen,¹⁷ es gibt jedoch keine allgemein verbindliche und durchgehend genutzte Übersetzung. Das hat nicht nur zur Folge, dass Publikationen und Vorträge zu diesen Konzepten nach wie vor stets mit einer Begriffserläuterung beginnen müssen, sondern wirft die durchaus berechtigte Frage auf, »ob es nicht bereits eine Diskriminierung darstellt, vor einem Begriff zu stehen, den frau/man nicht kennt.« Dies ist keineswegs nur das hübsche Bonmot einer Veranstaltungsteilnehmerin, sondern ein durchaus ernstzunehmendes Problem bei der Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise in die Realisierung der jeweiligen politischen Ansätze. Hinzu kommt, dass die Grenzen zwischen den Strategien *Gender Mainstreaming* und *Gender Budgeting* fließend sind. Behelfen wir uns also zunächst mit dem Erklärungsansatz des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Demnach heißt *Gender Mainstreaming*, »bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt.«¹⁸

Gender Budgeting nun ist die »Königsdisziplin« der gesamten politischen Strategie des *Gender Mainstreaming*, da hier unmittelbar in Finanzströme eingegriffen werden soll. Auch alle anderen Aktivitäten im Sinne des *Gender Mainstreaming* ziehen bei konsequenter Umsetzung ab einem bestimmten Punkt ihrer Umsetzung haushaltspolitische Veränderungen nach sich, nur wird dies nicht von Anfang an als klares Ziel ausgesprochen. Meist sind die daraus hervorgehenden Forderungen nach finanziellen Umorientierungen erst Ergebnis eines längeren intensiven Prozesses der Arbeit an *Gender Mainstreaming*. Insofern ist der Einstieg über *Gender Mainstreaming* sowohl theoretisch und methodisch notwendig als auch einfacher für die Schaffung einer Lobby in den Gremien (weil es zunächst vordergründig eben nicht um Finanzen geht). Einige Initiativgruppen haben aus dieser Sichtweise eine Tugend gemacht, d. h., sie sprechen nach wie vor von dem unverfänglicheren Begriff *Gender Mainstreaming*, obwohl sie längst mit *Gender Budgeting* begonnen haben. Die Scheu zur Anwendung des zweiten Begriffes hat weiterhin damit zu tun, dass sehr verbreitet die Auffassung besteht, von *Gender Budgeting* könne nur dann gesprochen werden, wenn der gesamte Haushalt einer Kommune entsprechend budgetiert wird. Da meist mit Pilotprojekten in einzelnen Bereichen begonnen wird, wird teilweise nach wie vor »nur« von *Gender Mainstreaming* gesprochen.¹⁹

Wesentlicher als die hier genannte Vermischung bzw. Gleichsetzung der Begriffe *Gender Mainstreaming* und *Gender Budgeting* ist eine andere begriffliche Unklarheit: Im Deutschen wird als Überset-

16 Alle Angaben aus: Marianne Hürten: Zahlen, Daten und Fakten aus NRW, in: Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.): *Gender Budgeting: Sperriger Name – lohnendes Ziel*, Düsseldorf 2003.

17 Brigitte Stepanek, Petra Krull: *Gleichstellung und Gender Mainstreaming*, hrsgg. im Auftrag des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e.V., Rostock 2003; Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales (Hrsg.): *Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt*, Magdeburg o. J.; Petra Kelly Stiftung (Hrsg.): *Gender Budget. Grundlagen Hintergrund Handlungsmöglichkeiten*, Bamberg, München 2002; Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.): *Gender Budgeting: Sperriger Name – lohnendes Ziel*, Düsseldorf 2002; Barbara Stiegler: *Gender macht Politik*.

10 Fragen und Antworten zum Konzept *Gender Mainstreaming*, Friedrich-Ebert-Stiftung 2002; Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München (Hrsg.): *Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und Männer. Gender Budgeting in der Praxis. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven*. Eine Untersuchung von Birgit Erbe, München o. J.

18 Siehe die Homepage des Ministeriums www.gender-mainstreaming.net.

19 Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich häufig aus der Unkenntnis der Unterschiede zwischen Frauenförderung und *Gender Mainstreaming*. Ein Teil der Menschen (Männer und Frauen) meint, dass Frauenförderung schon eine

wesentliche Strategie ihres Handelns darstelle und daher keine neue Konzeption benötigt würde, man müsse die vorhandene nur effektiver umsetzen. Ein anderer Teil (vor allem Frauen) befürchteten, dass durch Gender Mainstreaming bewährte Instrumente der Frauenförderung finanziell gekürzt oder ganz gestrichen werden.

Unterschiede zwischen beiden Strategien bestehen sowohl bezüglich der beteiligten AkteurInnen als auch der konzeptionellen Ansatzpunkte sowie im Hinblick auf die Reichweite ihrer Umsetzung. Frauenförderpolitik greift in der Regel eine einzelne Problemstellung auf und entwickelt dazu konkrete Maßnahmen, die relativ kurzfristig umgesetzt werden. Gender Mainstreaming setzt dagegen bei bestehenden Politikkonzepten an und versucht, diese nachhaltig neu zu organisieren. D. h.: Frauenförderung ist eine spezielle reaktive Maßnahme zum Ausgleich geschlechtsspezifischer Unterschiede, die durch einzelne AkteurInnen für bestimmte Zielgruppen durchgeführt wird. Gender Mainstreaming hingegen ist eine proaktive, integrative Chancengleichheitspolitik, die durch alle AkteurInnen in allen Politikbereichen umgesetzt werden muss. Insofern bilden Frauenförderung und Gender Mainstreaming eine Doppelstrategie zur Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter.

20 Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München (Hrsg.): Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und Männer. Gender Budgeting in der Praxis. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven.

zung für *Gender Budgeting* einerseits der Begriff *geschlechterspezifische* und andererseits der Begriff *geschlechtergerechte* Budgetanalyse gebraucht. Beide Begriffsinhalte haben jedoch unterschiedliche Akzentsetzungen. Die südafrikanische *Gender-Budget-Expertin* Debbie Budlender unterscheidet folgende zwei Fragestellungen: Haben Frauen und Männer den gleichen Zugang zu öffentlichen Finanzen? Und führen die Budgetausgaben zu mehr Gleichheit zwischen Frauen und Männern?

Allgemeines Ziel von *Gender Mainstreaming* und *Gender Budgeting* ist die Veränderung bestehender Ungleichheiten bzw. Benachteiligungen eines der Geschlechter. Diesem politischen Veränderungsansatz sind die zweite Fragestellung und auch der zweite Begriff näher als die erste Fragestellung bzw. der erste Begriff. *Geschlechterspezifische* Budgetanalysen können zwar als Voraussetzung und erster Schritt zu Geschlechtergerechtigkeit bei der Mittelverteilung angesehen werden, haben aber noch nicht notwendig und konsequent den Fokus der politischen Veränderung.

Weitere Ansätze und Entwicklungen in Deutschland

Eine nähere Betrachtung von Initiativen zur Umsetzung beider Strategien in Deutschland zeigt, dass die Ansatzpunkte in den einzelnen Kommunen durchaus unterschiedlich gewählt werden. Zu den häufigsten gehören der Reihenfolge nach: Stadtplanung, Spielplätze, Jugendarbeit und Verkehrspolitik. Meist wurde hier nicht dem *top-down*-Prinzip gefolgt, sondern mit einer Erhebung unter den Bürgerinnen und Bürgern begonnen, um spezifische Wünsche und Notwendigkeiten einer Region erfassen zu können – so z. B. in der Stadt München. Eine dort im Jahre 2000 durchgeführte Befragung zeigte deutlich, dass »Frauen in verschiedenen Aufgabenbereichen der Stadt tendenziell andere Präferenzen haben als Männer: Frauen räumen der Beschäftigungsförderung, der ambulanten Pflege, Beratungsstellen, Bildungs- und erzieherischen Leistungen eine höhere Priorität ein als Männer ... Männer hingegen fordern vor allem mehr Geld für den Straßenunterhalt und Straßenausbau.«²⁰

An diesen Ergebnissen entzündete sich dann eine heftige Debatte bei der Prioritätensetzung bei Haushaltseinsparungen. Die zur Konsolidierung des kommunalen Haushalts gemachten Einsparvorschläge des Sozialreferats wurden als unausgewogen zu Lasten von Frauen und Frauenprojekten kritisiert und es wurde gefordert, den Haushaltsentwurf zunächst auf eine geschlechtergerechte Mittelverteilung zu analysieren. In München wurde daraufhin begonnen, einzelne Statistiken daraufhin zu prüfen, ob diese geschlechtsspezifisch erstellt werden. In der Regel war dies kaum der Fall, so dass zunächst gefordert und begonnen wurde, Statistiken entsprechend anzulegen. Dieser Weg impliziert auch die Auswertung und weitere Arbeit mit den Ergebnissen, d. h. einen Weg, den Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung einmal sehr treffend als Übergang der Statistik »vom Datenfriedhof zum Politikinstrument« bezeichnet hat.

Um im administrativen bzw. politischen Bereich überhaupt Interesse für die Beschäftigung mit dieser neuen und schwierigen Thematik zu wecken, wird diese zum Teil mit anderen Problemen ver-

knüpft. So hat der Bonner Arbeitskreis Frauen und Stadtplanung für eine entsprechende Umfrage in 28 Kommunen der Region die angeblich mangelnde Kauflust der Deutschen und damit einhergehende Umsatzrückgänge als Aufhänger genommen, um Frauen zu fragen, unter welchen Bedingungen ihnen Einkaufen mehr Spaß machen würde. D. h., die Frage nach geschlechtergerechter Gestaltung von Verkehrs- und Einkaufsangeboten wurde »verpackt« in eine Untersuchung zur Steigerung des Einzelhandelsumsatzes. Da dies nicht nur für die Händler selbst, sondern auch für die Städte (u. a. mangelnde Steuereinnahmen) ein wichtiges Problem darstellt, sind gute Grundlagen für die Umsetzung der geforderten Veränderungen gelegt, wie z. B. einheitliche Öffnungszeiten bis mindestens 20 Uhr, Kinderbetreuungsangebote, Mütterkassen, preisgünstiger Bring-service, Trinkwasserspender und Sitzmöglichkeiten.

Eine Schwierigkeit bei der Implementierung von *Gender Mainstreaming* ist meist mit der Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Einführung, Begleitung, Umsetzung und Evaluierung von entsprechenden Maßnahmen verbunden. Hier hat das von einer SPD-CDU-Koalition regierte Land Brandenburg einen interessanten Weg gewählt. Als erster Schritt wurde eine Machbarkeitsstudie zu »Gender-Mainstreaming in der Strukturfondsförderung des Landes Brandenburg« erstellt.²¹ Durch diesen Weg wurden zum einen die Weichen für eine mögliche Nutzung der einzelnen EU-Förderprogramme für die Region geprüft. Diese erscheinen auf den ersten Blick als geschlechtsneutral. Bei genauerer Untersuchung wird jedoch deutlich, dass sich durch Investitionsförderung unterschiedliche Beschäftigungseffekte für Frauen und Männer ergeben.

Zum anderen wurde durch diesen Weg auch eine Möglichkeit erschlossen, die zur Umsetzung von *Gender Mainstreaming* notwendigen Informationsveranstaltungen, Trainingsmaßnahmen und eine begleitende Evaluation über EU-Mittel (die *Equal-Initiative*) finanzieren zu lassen.

Bisher wurden in Brandenburg bereits folgende Schritte gegangen:

- Entwicklung von Indikatoren für die Anwendung von Gender Mainstreaming;
- Einsetzen von Frauen und Männern als Gender-Beauftragte (bei zeitlicher Freistellung von ihren anderen Aufgaben);
- Konstituierung einer Arbeitsgruppe Chancengleichheit;
- Erarbeitung von Vorschlägen für die regionale Einbeziehung des Konzeptes und Einrichtung von regionalen Gender-Kompetenzzentren.

Wiederum einen anderen, jedoch sehr typischen Weg ist die Stadt Rostock gegangen. Hier gab es seit 1990 den Zusammenschluss von Frauen im Netzwerk des FrauenPolitischenTisches.²² Monatlich treffen sich Frauen aus Vereinen, Verbänden, Initiativen, Institutionen, Gewerkschaften, Parteien sowie am Thema interessierte Rostockerinnen, um auf aktuelle Geschehnisse Einfluss zu nehmen und ihren frauenpolitischen Forderungen Gehör zu verschaffen. Immer sind Persönlichkeiten der Stadt zu Gast, wie z. B. der Polizeidirektor zum Thema »Gewalt gegen Frauen«, der Direktor des Arbeitsamtes zur Arbeitsmarktsituation u. a. m. Im Juni 2000 waren alle fünf Fraktionsvorsitzenden der Rostocker Bürgerschaft zu Gast und die einladenden Frauen sprachen erstmals das Thema *Gender Mainstream-*

Eine Untersuchung von Birgit Erbe, München, S. 29-30.

21 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg (Hrsg.): Machbarkeitsstudie Gender-Mainstreaming in der Strukturfondsförderung des Landes Brandenburg. Ein koordiniertes und integriertes Konzept zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern mit Hilfe der Strukturfonds, 2001.

22 Runde Tische sind ein politisches Instrument, das in den neuen Bundesländern mit Beginn der »Wende« sehr schnell an Bedeutung zugenommen hat. Siehe dazu u. a. Viola Schubert-Lehnhardt: Runde Tische als Instrumente von Basisdemokratie – am Beispiel des Frauenpolitischen Runden Tisches in der Stadt Halle, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, Heft 42 (Januar 2000).

ing an. Daraufhin brachte die Fraktionsvorsitzende einer Partei den Antrag »Gender Mainstreaming in der Stadtverwaltung« ein. Dieser wurde einstimmig angenommen und die Gleichstellungsbeauftragte damit betraut, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und verwaltungsintern abzustimmen.

Hier deutet sich eine typische Problematik bei der Realisierung dieser Vorhaben an: Es besteht die Gefahr, dass *Gender Mainstreaming* als vorrangige (oder gar alleinige) Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten oder der Gender-Beauftragten angesehen wird.

Inwieweit dies verhindert werden kann, hängt wesentlich vom Umfang und Erfolg der »Einführungsveranstaltungen« zu Gender Mainstreaming ab. In Rostock wurde dazu u. a. eine Expertin aus Schweden eingeladen. Dieser Blick nach Schweden, verbunden mit entsprechenden Einladungen bzw. der Übernahme von dort entwickelten Konzepten und Methoden, erfolgt in vielen Veranstaltungen. Positive Erfahrungen anderer Länder werden zwar ebenfalls in den Materialien dargestellt, typisch ist gleichwohl die methodische Anlehnung an schwedische Konzepte.²³ Dadurch kann freilich die Gefahr eines gewissen einseitigen Blickwinkels bei der Übernahme von Erfahrungen gegeben sein.

Begonnen wurde in Rostock dann mit der Forderung nach Ausweisung aller geschlechtsdifferenzierten Kennziffern in der amtlichen Statistik. Inzwischen wird das tägliche Verwaltungshandeln sehr breit durch den Gender-Beschluss bestimmt. So wurde z. B. im Zusammenhang mit dem Nicht-Erreichen der geplanten Einnahmen im Bereich der Städtischen Museen die geschlechtsspezifische Zielgruppenorientierung untersucht. Auch an den (gleichfalls kommunal gestützten) Volkshochschulen wird der Frage von gender-bezogenen Lehr- und Lernformen nachgegangen. Und natürlich spielt die schon erwähnte geschlechterdifferenzierte Stadtplanung eine große Rolle.

Bei der Durchführung dieser Prozesse wird großer Wert auf nachbereitende Materialien, Handbücher und Checklisten gelegt. Die Stadt Mainz hat z. B. eine vollständige Dokumentation ihrer im November 2001 durchgeführten öffentlichen Anhörung »Gender Mainstreaming als kommunales Handlungsprinzip« herausgegeben.²⁴ Diese Materialien sind inzwischen sehr weit verbreitet und angewandt. Ein Handbuch des bereits erwähnten Begleitinstituts GM-Consult in Mecklenburg-Vorpommern wird z. B. nicht nur in Deutschland sehr breit genutzt, Anforderungen liegen auch aus der Schweiz, aus Österreich, aus den baltischen und anderen osteuropäischen Ländern vor, so dass in nur zwei Jahren bereits die dritte Auflage erschienen ist. Zur Beschreibung der einzelnen Methoden und Checklisten sei deshalb auf die entsprechende Literatur verwiesen. Betont werden muss dabei, dass es keine standardisierte Vorgehensweise für alle Ebenen und Bereiche geben kann, sondern diese nach den spezifischen Besonderheiten und Zielsetzungen der einzelnen Kommunen oder Bundesländer auszuwählen sind. In der Regel werden international sieben Instrumente bzw. Kriterien für *Gender Budgeting* angewandt:²⁵ *Erstens* die geschlechterbewusste Erfassung politischer Strategien: Welche zu erwartende direkte oder indirekte Wirkung hat eine bestimmte Strategie auf Frauen und Männer? Verändert sie durch ihre Ressourcenverteilung die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern?

23 Eine Ausnahme stellte die weiter oben beschriebene Initiative in NRW dar. Dort legt man gegenwärtig das in der Stadt Basel entwickelte Konzept zu Grunde.

24 Stadt Mainz (Hrsg.): Gender Mainstreaming als kommunales Handlungsprinzip. Dokumentation Stadt Mainz, 2002.

25 Nach Debbie Budlender et al (Hrsg.): How to do a Gender-Sensitive Budget Analysis. Contemporary Research and Practice, London 1998.

Zweitens die nach Geschlecht aufgeschlüsselte NutzerInnenabfrage und Analyse bezüglich individueller Prioritäten: Welche Bevölkerungsgruppe würde von potenziellen staatlichen Ausgaben oder Einsparungen in welcher Weise einen oder keinen Nutzen ziehen? *Drittens* nach Geschlecht aufgeschlüsselte Nutzenanalyse öffentlicher Ausgaben: Wem konkret – Frauen oder Männern – fließen öffentliche Ausgaben zu? Stimmt der tatsächliche Nutzen mit den entsprechenden Vorgaben überein? *Viertens*: nach Geschlecht aufgeschlüsselte Analyse des Steueraufkommens und sonstiger Einnahmen: Wie viel direkte und indirekte Steuern werden von den einzelnen Individuen bzw. Haushalten bezahlt? *Fünftens*: nach Geschlecht aufgeschlüsselte Analyse des Einflusses des öffentlichen Haushalts auf die Zeitznutzung: Welche Auswirkungen haben Haushaltsentscheidungen auf das Zeitbudget privater Haushalte? Unbezahlte Arbeit in Privathaushalten fungiert meist als Puffer für eine staatliche Haushaltspolitik. Insofern ist weiter zu fragen, ob durch bestimmte Haushaltsentscheidung staatliche Aufgaben ausgelagert werden und durch wen diese dann erfüllt werden. *Sechstens*: geschlechterbewusster Ansatz einer mittelfristigen Finanzplanung: Wie sieht das nationale Einkommen oder wie sehen Haushaltseinkommen aus, wenn unbezahlte Arbeit²⁶ mit eingerechnet wird? Welche Variablen und Indikatoren müssten eingeführt werden, um eine Neubewertung von Arbeit zu ermöglichen? *Siebtens*: geschlechterbewusste Haushaltserklärung auf Regierungsebene.

Wesentlich ist für entsprechende Initiativen außerdem, dass von Anfang an größter Wert auf Transparenz bei der Dokumentation der Verteilungskriterien und der Nutzungsmöglichkeiten der öffentlichen Gelder gelegt sowie im weiteren Verlauf die dann erfolgte Steuerung der Ausgabenstruktur ebenfalls erfasst wird. Insofern kann *Gender Budgeting* auch als direkter Beitrag zur generellen Demokratisierung von Verwaltungsprozessen angesehen werden. Diese Wertung findet sich sinngemäß auch im Abschlussbericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zu Globalisierung der Weltwirtschaft. Dort wird betont, dass durch die aktive Beteiligung von Frauen und anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft dafür gesorgt wird, »dass ihre Regierungen zur Transparenz verpflichtet werden. Dies ist ein konkreter Mechanismus, der den Haushaltsprozess transparent werden lässt. Das Ausmaß, in dem Regierungen die Grundbedürfnisse von Männern, Frauen und Kindern erfüllen können, ist der fundamentale Maßstab für die Legitimität jeder Regierung.«²⁷ Transparenz und Demokratie bei Haushaltsverfahren werden hier in einen unmittelbaren Zusammenhang gestellt.

Die dazu bereits erarbeiteten Checklisten beziehen sich nicht nur auf den Prozess selbst, sondern beginnen bereits in der Vorbereitungsphase. So sollen für eine geschlechtsspezifische Haushaltsanalyse vorab folgende Punkte geklärt werden:

1. *Fragen zu den AkteurInnen*: Wer ist an der Initiierung und an der Durchführung der Haushaltsanalyse beteiligt? Sind regierungs-offizielle Stellen und AkteurInnen damit betraut, sind die Träger Nichtregierungsorganisationen oder kooperieren beide Seiten?

2. *Fragen zur Reichweite der Analyse*: Auf welcher Ebene werden die Haushalte überprüft (Bund, Land oder Kommune)? Werden Aus-

26 Das Verständnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit als makro-ökonomische Kategorien, ihr Verhältnis zueinander und die Bedeutung dieser Relation für eine neue Ökonomie stellen ein zentrales Element (feministischer) Theorien zum Haushalt und somit auch der Ansätze für Gender Budgeting dar. Daher ist dies als ein eigenständiges Thema zu betrachten, das hier nicht einzeln ausgeführt werden kann.

27 Deutscher Bundestag (Hrsg.): Schlussbericht der Enquête-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft, Opladen 2002, S. 106.

gaben oder Einnahmen oder beides untersucht? Werden alle Funktionsbereiche überprüft oder nur bestimmte Sektoren? Bezieht sich die Analyse nur auf vergangene Haushalte, auf die laufenden bzw. mittelfristigen Planungen oder auf beides?

3. *Fragen zur Verankerung in der Politik*: Wer nimmt an den verschiedenen Phasen des Analyseprozesses teil? Woher kommt die Finanzierung der Haushaltsanalyse? Wo und von wem wird die Analyse verwendet? An welche Stellen werden die Verantwortlichkeiten für die Durchsetzung von mehr Geschlechtergleichheit verteilt? Wer wird Widerstand leisten?²⁸

28 Vgl. Margit Schratzenstaller: Kommunale Finanzen und Geschlechtergerechtigkeit. Durch die Geschlechterbrille gesehen – Haushalt und Finanzen im Überblick, in: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Kommunalpolitisches Frauenforum, 29. 5. 2000.

Eine Grundlage ist geschaffen

Die Beschlüsse auf der Ebene der europäischen Union haben günstige Voraussetzungen für die Implementierung der beschriebenen Strategien geschaffen, da z. B. Fördermittel schon jetzt an die Einhaltung des *Gender Mainstreaming* Prinzips gebunden sind und generell eine Verpflichtung zur Umsetzung bis zum Jahre 2015 besteht. D. h., die Anwendung von *Gender Mainstreaming* ist in Deutschland schon jetzt mit finanziellen Vorteilen verbunden.

Ein weiterer positiver Aspekt kann darin gesehen werden, dass *Gender Mainstreaming* durch seine vielfältigen Umsetzungsverfahren wie Runde Tische, Zukunftswerkstätten, workshops, BürgerInnenzentren u. a. gut geeignet ist, bürgerschaftliches Engagement (weiter) zu entwickeln.²⁹ Vor allem aus der Frauenbewegung gab es sowohl Aktivistinnen als auch vorhandene Initiativen, die nun kreativ weiter genutzt bzw. im Sinne von »geschlechterangemessen« weiter präzisiert und ausgebaut werden können. Gleichzeitig kann *Gender Budgeting* die effektive Ausschöpfung von Ressourcen zur Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit unterstützen, ist also in diesem Sinne auch als Instrument des Qualitätsmanagement anzusehen.

29 Siehe dazu ausführlich: Barbara Stiegler: Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat, hrsgg. vom Arbeitskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung »Bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat«, 2002.

Neben der landes- bzw. regionalen Verortung gibt es weitere übergreifende Organisationen (Stiftungen, Gewerkschaften), die dieses Prinzip in ihre Satzungen aufgenommen haben. Dies ermöglicht es den AktivistInnen, sich gegenseitig zu stärken (z. B. beim Einbringen von Anträgen in den Kommunalparlamenten durch PolitikerInnen der entsprechenden Parteien). Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es daher an der Zeit (will sie nicht hinter dem Zeitgeist zurück bleiben), dieses Prinzip ebenfalls in ihre Satzung aufzunehmen und umzusetzen. Dies würde bedeuten:

erstens Daten und Statistiken z. B. über die Teilnahme an Veranstaltungen, über die Personalentwicklung und die Projektmittelvergabe systematisch auch unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten zu erheben *und auszuwerten*;

zweitens bei der Projekt- und Programmplanung stets mit im Blick zu haben, inwieweit das anvisierte Vorhaben zum Abbau bestehender Diskriminierungen beiträgt; und

drittens Haushaltsplanung und Controlling auch nach geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten durchzuführen.

Sowohl von den satzungsmäßigen Zielstellungen dieser Stiftung als auch von der Personalstruktur auf der Führungsebene sind die Voraussetzungen dafür günstig – just do it.

MARIO KESSLER

Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik

Der Kaiser ging, die Generale blieben, heißt ein bekannter Roman von Theodor Plivier, der damit ein Grundproblem der Weimarer Republik beschrieb. Nicht nur viele Generale, die das vierjährige Massenmorden des Weltkrieges mit zu verantworten hatten, behielten nach der steckengebliebenen bürgerlichen Revolution von 1918 ihre Posten und Privilegien. Auch Industrie- und Agrarkapitalisten, Kirchen- wie Kathederfürsten konnten die Verantwortung für den Krieg mitsamt der Niederlage von sich abwälzen. Damit blieben auch chauvinistischer Dünkel und der irrationale Glaube an die Höherwertigkeit des Deutschtums als politische Faktoren auf dem Marktplatz der Ideen hoch im Kurs.

Der politische Antisemitismus, eine Begleit- aber keineswegs nur Randerscheinung der nationalistischen Propaganda, erreichte am Beginn der ungeliebten Republik von Weimar eine neue, fragwürdige Blüte. Die herrschende Propaganda, so der Historiker Walter Grab, »behauptete, daß Marxisten und Juden den Sieg des tapferen deutschen Soldaten durch einen feigen Dolchstoß in den Rücken vereitelt hätten. Diese Legende, die die Verantwortung von den wahren Urhebern der nationalen Katastrophe auf Demokraten und Sozialisten abwälzte, verschmolz mit der Propagandakampagne gegen die sogenannte Kriegsschuldflüge. Das Märchen von der Einkreisung Deutschlands durch böse Feinde, die dem eigenen Heldenvolk seinen rechtmäßigen Platz an der Sonne mißgönnt und geraubt hätten, wurde in den Massenmedien, in zahllosen Versammlungen und offiziellen Veranstaltungen immer wieder eingehämmert und von breiten Kreisen geglaubt.«¹

In der Novemberrevolution vermochte es die deutsche Arbeiterbewegung nicht, die herrschenden Klassen, die für diese Art der Propaganda verantwortlich zeichneten, aus ihren Machtstellungen zu verdrängen und eine umfassende Demokratisierung einzuleiten. Vielmehr nahm die vor 1914 sich abzeichnende und im Weltkrieg manifest gewordene Spaltung zwischen revolutionärer und gemäßigt-reformerischer Arbeiterbewegung die Form eines tiefen und letztlich unüberbrückbaren Gegensatzes an. Als mächtige linke Flügelpartei des politischen Spektrums der Weimarer Republik etablierte sich die KPD. Von einer kleinen, alsbald verfolgten kleinen Gruppe, dem Spartakusbund, wurde sie zur drittstärksten politischen Kraft, der am Ende der Republik beinahe jeder sechste Wähler in Reichstagswahlen die Stimme gab.

Da die KPD aus der Vorkriegssozialdemokratie hervorging, die sich als entschiedene Gegnerin des Antisemitismus ausgezeichnet

Mario Kessler – Jg. 1955; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und Privatdozent an der Universität Potsdam. Jüngste Buchveröffentlichungen: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR (2001); Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert (2002); Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943) (2003); Ein Funken Hoffnung (Hamburg 2004); Ein dritter Weg als humane Möglichkeit (Berlin 2004); zuletzt in UTOPIE kreativ: Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident? Heft 171 (Januar 2005), S. 42-49.

1 Walter Grab: Gefahren des deutschen Nationalismus, in: Europäische Ideen, Heft 82, 1992, S. 23.

hatte, und da die Rechtspropaganda die Schimäre vom *jüdischen Bolschewismus* als bössartige Kampfparole gebrauchte, ist die Einstellung der KPD zum Antisemitismus allein aus diesen Gründen von Interesse. Hinzu kam, daß einige ihrer maßgeblichen Politiker, darunter die Parteigründer Rosa Luxemburg und Paul Levi, Juden waren und als solche ebenso wie wegen ihrer politischen Einstellung zu Haßobjekten für die reaktionäre Rechte wurden. Antisemitismus und Antikommunismus waren die Verbindungsglieder zwischen der geschlagenen monarchistischen Reaktion und der neuen völkischen, alsbald nazistischen Rechten. »Im Mord an Rosa Luxemburg«, schrieb Isaac Deutscher, »feierte Hohenzollern-Deutschland seinen letzten, Nazi-Deutschland hingegen seinen ersten Triumph.«² Wie reagierte die KPD auf den Antisemitismus, worin sah sie dessen Ursachen, welche Angebote zur Integration unterbreitete sie ihren jüdischen Mitgliedern? Der folgende Überblick sucht diese drei, miteinander zusammenhängenden Fragen zu beleuchten.

2 Isaac Deutscher: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin 1977, S. 13.

I.

Gegen den Rat Paul Levis und Rosa Luxemburgs boykottierte die soeben gegründete KPD die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919. Sie attackierte die im August jenes Jahres verabschiedete Verfassung als Instrument bürgerlicher Klassenherrschaft und setzte dem die Losung eines Rätedeutschland entgegen. Doch verteidigten die deutschen Kommunisten das in der Verfassung fixierte Prinzip der Rechtsgleichheit, das die (ursprünglich konfessionelle) Benachteiligung der Juden aus der Zeit des Kaiserreiches aufhob. Diese Haltung, aber weit mehr noch der revolutionäre Radikalismus der Partei in einer Zeit, die dem Kapitalismus das Totenglöckchen zu läuten schien, führte in den Jahren 1918 bis 1920 zu einem Zustrom vor allem junger, akademisch gebildeter Juden in die Partei oder zumindest zur Annäherung an diese. So wurden damals Ernst Bloch und Georg Lukács, Egon Erwin Kisch und Arthur Hollitscher, Felix Boehnigk und Arthur Rosenberg, Felix Halle und Iwan Katz, Werner Scholem und Fritz Wolffheim, Josef Winternitz und Werner Hirsch, Edda Tennenbaum, Rosi Wolfstein und Ruth Fischer oder ihre beiden Brüder Hanns und Gerhart Eisler für die Sache der Partei gewonnen. Fast alle der Genannten machten sich bald als Politiker oder Theoretiker der KPD bemerkbar. Ihre Altersgenossen Paul Levi und August Thalheimer waren schon vor dem Ersten Weltkrieg in der Sozialdemokratie aktiv gewesen, lassen sich aber »habituell« dieser Gruppe zuordnen.

Natürlich war dies keine *differentia specifica* von Juden: Nicht-jüdische Linke wie Karl August Wittfogel, Paul Massing oder Karl Korsch gehören ebenfalls hierher. Aber die Hoffnung, die bolschewistische Revolution werde den Antisemitismus ein für allemal beseitigen, die starke Präsenz jüdischer Intellektueller in Politik und Kultur des frühen Sowjetrußland, vor allem aber die neuartige Qualität des deutschen wie des russischen Judenhasses sorgten unter jüdischen Deutschen für einen deutlichen Ruck nach links. Das sichtbare Bindeglied zwischen deutschen und russischen Antisemiten waren die *Protokolle der Weisen von Zion*, die ab 1919 in deutscher Übersetzung vieltausendfach verbreitet wurden.³

3 Vgl. zu ihrer Entstehungs- und Verbreitungsgeschichte Stephen Eric Bronner: Ein Gerücht über die Juden. Die »Protokolle der Weisen von Zion« und der alltägliche Antisemitismus, Berlin 1999.

Dieser Linksruck kam zunächst vor allem der SPD und der USPD zugute, doch auch bislang konservativ oder scheinbar unpolitisch eingestellte Juden bekannten sich nun zur Weimarer Republik, zumeist zur Deutschen Demokratischen Partei, die einen nennenswerten Anteil jüdischer Wählerstimmen aufwies. Die KPD führte, ebensowenig wie andere Parteien, eine Statistik ihrer jüdischen Mitglieder. Eine gut vierzig Jahre später entstandene Arbeit wollte für das Jahr 1927 unter 143 000 Parteimitgliedern etwa 1 000 solcher jüdischer Herkunft ausmachen.⁴ Im Reichstag waren im Mai 1914 von den 62 kommunistischen Abgeordneten sechs Juden, in späteren Jahren waren es jedoch nur ein bis drei, in der letzten Legislaturperiode gab es keinen jüdischen KPD-Abgeordneten. Im preußischen Landtag gab es mehrere Juden in der KPD-Fraktion, zuletzt jedoch ebenfalls keinen mehr.⁵

Es gab keine »jüdische Frage« innerhalb der KPD, wohl aber gab es eine »jüdische Frage« in Deutschland: nämlich das, trotz verfassungsmäßiger Gleichheit, ungelöste Problem der gleichberechtigten Teilhabe jüdischer Bürger am gesellschaftlichen Leben ohne Furcht vor Diskriminierung. Die deutschen Kommunisten mußten sich mit dem Antisemitismus als einer immer wichtigeren Frage auseinandersetzen.

Bereits der USPD-Parteitag 1919 hatte dazu aufgefordert, den Antisemitismus auf das Schärfste zu bekämpfen.⁶ Als im Oktober 1920 beträchtliche Teile der USPD-Mitgliedschaft zur KPD stießen, behielten sie diese Haltung prinzipiell bei, doch traten bald Probleme auf:

In der deutschen Staatskrise von 1923 nahm die KPD den virulenten Antisemitismus als eigenständige Größe innerhalb der deutschen Gesellschaft nur unzureichend wahr. Hingegen suchte sie sich als nationale Kraft im Widerstand gegen Frankreich zu präsentieren. So mahnte Paul Böttcher, keineswegs ein Ultraradikaler, auf dem EKKI-Plenum im Juni, angesichts der französischen Besetzung des Ruhrgebietes »keinen Nihilismus in der nationalen Frage« zuzulassen.⁷ Karl Radek pries den von französischen Truppen hingerichteten rechtsradikalen Untergrundkämpfer Leo Schlageter als »mutige(n) Soldat(en) der Konterrevolution«, der von den Soldaten der Revolution zu würdigen sei. Zwar habe er gegen die revolutionäre Arbeiterklasse gekämpft, doch sei er überzeugt gewesen, dem deutschen Volke zu dienen. Genau dies wolle auch die KPD.⁸

Daran anschließend öffnete *Die Rote Fahne*, das KPD-Organ, ihre Spalten für zwei Beiträge des völkischen Nationalisten Ernst Graf Reventlow, die auch als Broschüre erschienen – gemeinsam mit Radeks Rede sowie Aufsätzen des Kommunisten Paul Frölich und des neokonservativen Nationalisten Arthur Möller van den Bruck. Das Heft trug den Titel *Hakenkreuz oder Sowjetstern. Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung*.⁹ Dies leitete eine Reihe von Versammlungen ein, auf denen kommunistische und völkische Redner auftraten. Besonders tat sich der KPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele hervor, der sich nicht scheute, am 2. August 1923 auf einer Versammlung der NSDAP zu sprechen.¹⁰ Die KPD-Presse verwendete den Begriff des »Volkes« als Schlüsselkategorie, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen beziehungsweise anzuprangern.¹¹

4 Hans-Helmuth Knütter: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1931, Düsseldorf 1971, S. 203 f. Knütter vertrat damals, im Unterschied zu späteren Jahren, keine rechtsradikalen Auffassungen, neigte jedoch dazu, den Juden bestimmte Charakterzüge pauschal zuzuschreiben.

5 Vgl. Edmund Silberner: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 265.

6 USPD. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin o. J., S. 539.

7 Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 12.-23. Juni 1923, Hamburg 1923, S. 134.

8 Ebenda, S. 240 f.

9 Hakenkreuz oder Sowjetstern? Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung, Berlin 1923.

10 Vgl. ebenda sowie *Die Rote Fahne* vom 10. August 1923.

11 Zahlreiche Beispiele bei Thomas Khaury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 266 f.

12 Zit. nach Hakenkreuz oder Sowjetstern?, S. 3.

13 Vgl. Louis Dupeux: Nationalbolschewismus in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, Frankfurt a. M. 1985, S. 201 f.

14 Neue Zeitung, 23. Dezember 1922.

15 Beispiele bei Silberner: Kommunisten zur Judenfrage, S. 270 f.

16 Neue Zeitung, 24. November 1928.

17 Vorwärts, 22. August 1923. Hervorhebung im Text.

18 Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt a. M. (1950), S. 349.

19 Die Rote Fahne, 29. Juli 1923.

Der *Völkischer Beobachter*, das Blatt der Nazis, warnte indes vor »diesen neuen Verführern«, die »unter der Maske des Vaterlandsfreundes die völkische Bewegung unter die nationalbolschewistische, jüdische Führung zu bringen« versuchten.¹² Der einzige Effekt der KPD-Propaganda war somit die Desorientierung der eigenen Genossen, während die nationalistische Rechte nur höhnisch oder ablehnend reagierte.¹³

Dabei wurde jedoch der Antisemitismus von der Partei weiterhin verurteilt. Dessen Stoßtrupps bestanden aus deklassierten Offizieren, Studenten, Sekundanern, Lockspitzeln und sonstigem Gesindel, schrieb die *Neue Zeitung*, das Münchner KPD-Blatt. Die Finanzierung der antisemitischen Hetze besorgten größtenteils das industrielle und agrarische Großkapital, das in ihm einen Schutz gegen die soziale Revolution sehe.¹⁴ In anderen KPD-Regionalzeitungen finden sich jedoch antijüdische Stereotype.¹⁵ In München selbst »schlugen die Wogen der kommenden Hitlerbewegung auch bis in die Reihen der Kommunistischen Jugend«, vermeldete die *Neue Zeitung* in einem kritischen Rückblick. Doch sei diese Tendenz überwunden worden.¹⁶

Im Sommer 1923 konnte von einer Überwindung der Probleme jedoch keineswegs die Rede sei. Ruth Fischer, die Wortführerin der selbst ernannten Parteilinken, machte auf ihrem Weg an die Spitze der KPD vor populistischer Stimmungsmache nicht Halt, in der sie ungeniert antisemitische Klischees einsetzte. In einer Rede, der kommunistische wie völkische Studenten zuhörten, stellte sie am 25. Juli 1923 die demagogische Frage: »Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren?« Ihre Antwort lautete: »Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. *Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.* Aber, meine Herren, wie stehen sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?« Die SPD-Zeitung *Vorwärts* zitierte diese Rede der jüdischen Politikerin unter dem Titel »Ruth Fischer als Antisemitin«.¹⁷ Die *Rote Fahne* brachte keinen Bericht, aber auch kein Dementi.

Der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler, von seinen innerparteilichen Gegnern als Rechter bezeichnet, suchte dieser bedrohlichen Entwicklung entgegen zu wirken. Jahrzehnte später fand die (zeitweilig) zum radikalen Antikommunismus konvertierte Ruth Fischer dafür die Formulierung, Brandler habe sich »auf das Schreiben aggressiver Artikel gegen die Faschisten« verlegt und entsprechende Anweisungen an die Redakteure der KPD-Zeitungen erlassen.¹⁸

Wie unkontrolliert die Emotionen im turbulenten Sommer 1923 waren, zeigte auch ein Bericht der *Roten Fahne* aus Budapest, der die restaurativen Bestrebungen der Habsburger in Ungarn und ihr behauptetes Zusammenspiel mit dem »Reichsverweser« unter den Titel stellte: »Auch Horthy gegen rechts und links. Für das jüdische Kapital und Kaiserhaus«.¹⁹

Trat der Antisemitismus in den zahlreichen Fraktionskämpfen der in sich so gespaltenen KPD auf? Ende März 1924 warnte Klara Zetkin genau davor. Aus Moskau schrieb sie an den IX. Parteitag der KPD: »Die ›linke‹ Parteimehrheit vereinigt brüderlich reichlichst

KAPisten,²⁰ Syndikalisten, Antiparlamentarier, bei Lichte besehen – horrible dictu – sogar Reformisten und neuerdings – faschistische Antisemiten.«²¹ Ein nicht namentlich genannter Anhänger Brandlers erklärte auf dem Parteitag: »Wir haben vereinzelt antisemitische Unterströmungen in der Partei.«²² Wie recht er hatte, zeigt ein weiterer Vorfall: In der *Roten Aufbau* wurde der Berliner (jüdische) Polizeivizepräsident Bernhard Weiß, ein Sozialdemokrat, mit dem angeblich jüdisch klingenden Vornamen Isidor belegt.²³ Die Nazis und insbesondere Josef Goebbels bedienten sich genau dieser Idee und suchten Weiß mit diesem Namen lächerlich zu machen, wogegen er sich mit Beleidigungsklagen zur Wehr setzte.²⁴

Noch während der bayerischen Landtagswahlen im April 1924 wurde diese fragwürdige Taktik der zur Parteichefin aufgestiegenen Ruth Fischer angewandt: So beschlagnahmte die Nürnberger Polizei, einem Bericht der örtlichen Polizeidirektion zufolge, in einem kommunistischen Büro nicht weniger als 70 Flugblätter mit der Aufschrift »Nieder mit der Judenrepublik«. Die KPD verfolgte sogar die abenteuerliche Taktik, die völkische Bewegung durch Eintritte zu unterwandern.²⁵ Doch schlug dies ebenso fehl, wie alle vorherigen Versuche der Anbiederung.

Mit dem Niedergang der von Ruth Fischer angeführten Parteirichtung traten ab 1925 die antisemitischen Stimmen innerhalb der Parteipresse zurück, ohne ganz zu verstummen. Klara Zetkins Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht. Denn anders als in der Sowjetunion, wurde der Antisemitismus innerhalb der KPD kein Mittel in Fraktionskämpfen. Die Probleme waren damit keineswegs gelöst.

II.

Die Weltwirtschaftskrise ließ nicht nur die Weimarer Republik ökonomisch und politisch auseinanderfallen. Sie sorgte auch für eine Diskreditierung der wenigen Ideen, für die diese Republik stand. Dies waren der Demokratie-Gedanke und das Prinzip der Rechtsgleichheit aller Menschen. Hierzu gehörte die bürgerliche Emanzipation der Juden. Die jüdische Präsenz in bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens, so relativ unbedeutend diese für das Leben der Republik war, wurde ins Maßlose überhöht und als Gefahr für den Bestand des »Deutschtums« gebrandmarkt.

Mehr als in der kurzen Stabilisierungsphase der vergangenen Jahre galt kritischer Journalismus als »jüdischer Journalismus«, Kritik der rechtslastigen Justiz als »jüdisch zersetzend«, die Selbstbehauptung jüdischer Akademiker und sogar Gymnasiasten als »Überfremdung« des Bildungs- und Hochschulwesens durch Juden. Jüdische Viehhändler wurden zum Sinnbild einer Beherrschung der deutschen Bauern durch »jüdisches Wuchertum«. Vor allem aber wurde sowohl von den Nazis als auch von den mit ihnen konkurrierenden völkischen wie monarchistischen Nationalisten der angeblich jüdische Marxismus als Todfeind deutscher Existenz ausgemacht. Dies richtete sich gegen die SPD, in noch viel stärkerem Maße aber gegen die KPD, die zudem als ausländische Partei, als von Moskau gesteuerter Fremdkörper im deutschen »Volksganzen«, galt.

Die nun von Ernst Thälmann geführte KPD wandte den Vorwurf der Fremdpartei ins Positive. Sie stehe für ein Deutschland nach so-

20 Anhänger der mit der KPD zeitweilig rivalisierenden Kommunistischen Arbeiterpartei.

21 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD (7.-10. April 1924), Berlin 1924, S. 93.

22 Ebenda, S. 289.

23 Die Rote Fahne, 5. Juli 1923.

24 Vgl. Dietz Bering: Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse. Der Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Polizeivizepräsident Bernhard Weiß und der NSDAP, in: Walter Grab, Julius H. Schoeps (Hg.): Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart/Bonn 1986, S. 305-329.

25 Nachweise bei Knütter: Die Juden und die deutsche Linke, S. 186.

wjetischem Muster, betonte Thälmann ein um das andere Mal. Hingegen verhielt sich die Partei auffallend defensiv gegenüber der Behauptung, sie sei jüdisch durchsetzt und ihr Marxismus ein von Hebräern ausgeklügeltes Instrument zur Zersetzung der germanischen Rasse.

Dies war zunächst ein Zeichen der Ignoranz gegenüber den vielschichtigen Dimensionen des Judenhasses. Am weitesten entfernt schien die Auseinandersetzung zwischen Juden und Arabern in Palästina. Der erste arabisch-jüdische Bürgerkrieg in Palästina, der im August 1929 Hunderte von Menschenleben auf beiden Seiten kostete, war für die KPD-Führung der einzige Anlaß, zum politischen Zionismus und den damit verknüpften Fragen im Nahen Osten Stellung zu nehmen.²⁶

Am 24. und 25. Oktober 1929, zwei Monate nach dem nationalistischen Aufstand der Araber, der zu Pogromen gegen Juden in Palästina geführt hatte, behandelte das Zentralkomitee der KPD die Ereignisse. Im Referat zu diesem Tagesordnungspunkt gab Hermann Remmele zu, daß »innerhalb der Partei ... wenig Kenntnis (vorhanden sei), welche Rolle dort die Komintern, die revolutionäre Bewegung des Kommunismus spielt.«²⁷

»Unsere Partei«, erklärte Remmele, »hat in Palästina 160 Mitglieder, davon 30 Araber, die anderen 130 Zionisten. Es ist ganz klar, daß diese Partei nicht eine solche Einstellung haben kann, wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber.« Ganz abgesehen von der pauschalen Kategorisierung von »Juden« und »Arabern« ohne Verweis auf die Klassenlage, bestürzt an Remmeles Referat vor allem die Unterstellung, die jüdischen Parteimitglieder seien Zionisten. Auch ohne Kenntnis der inneren Lage der illegal arbeitenden KP Palästinas hätte für Remmele ein Blick in die weltweit vertriebene *Inprekorr* genügt, um zu sehen, daß gerade die jüdischen Kommunisten inner- wie außerhalb Palästinas die entschiedensten Gegner des Zionismus waren. Die Uninformiertheit, aber wohl auch Desinteresse und mangelnde Sensibilität der ZK-Mitglieder an dieser für die internationale Politik wahrlich nicht peripheren Problematik zeigte sich darin, daß niemand diesen falschen Aussagen widersprach. »Aus Zeitgründen« fand keine Diskussion darüber statt.²⁸

Die Palästina-Berichte der *Roten Fahne* waren entsprechend einseitig.²⁹ Die *Arbeiter-Illustrierte Zeitung* vermerkte jedoch an einer Stelle kritisch, daß die »arabische Bourgeoisie« (gemeint waren die feudalen Führungskräfte) objektiv den Interessen der britischen Mandatsmacht, nicht denen der sozialen Revolution folgten.³⁰ Eine solche Äußerung blieb in der Partei jedoch die Ausnahme.

Statt dessen gab die von der KPD dominierte Antiimperialistische Liga die Broschüre *Tag des Fellachen* von »L. Haddad« heraus, in der die tragischen Zusammenstöße in Palästina zu einem nationalen Befreiungskampf der palästinensischen Araber und zum Vorboten der sozialen Revolution im Nahen Osten umgedeutet wurden.³¹ Hinter diesem Pseudonym verbarg sich kein anderer als der damalige zweite Sekretär der KP Palästinas, Joseph Berger, 1931 zweiter Se-

26 Vgl. Mario Keßler: Der erste Bürgerkrieg in Palästina: Der arabisch-jüdische Konflikt 1929, in: Sozialismus, 31, 2004, Nr. 7-8, S. 58-62; Wiederabdruck in: Mario Keßler: Ein Funken Hoffnung. Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus, Hamburg 2004, S. 64-74.

27 SAPMO-BArch, RY I/2 1/74: Sitzung des ZK der KPD, 24./25. Oktober 1929. Hiernach auch die folgenden Zitate.

28 Für die Debatten im internationalen Kommunismus wie in der Sozialdemokratie zu den Augustereignissen von 1929 in Palästina vgl. Mario Keßler: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933, Berlin 1994, S. 147 ff.

29 Vgl. Die Rote Fahne, 27. und 30. August, 1., 3. bis 7. September 1929.

30 Arbeiter-Illustrierte Zeitung, Nr. 39/1929, S. 4 f.

31 L. Haddad: Tag des Fellachen, Berlin 1930.

kretär der Antiimperialistischen Liga, der seine Treue zum Kommunismus später mit jahrelanger Lagerhaft und Verbannung in der stalinistischen Sowjetunion bezahlte.³²

Remmeles Publikation erinnerte mit dem Titel *Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalistenherrschaft* an die problematische Vorläufer-Broschüre des Jahres 1923. Ihr Verfasser glaubte, der zweite Teil des Nazi-Schlachtrufes »Deutschland erwache! Juda verrecke!« werde zunehmend verschwinden. Dies komme nicht von ungefähr. Der Berliner NSDAP-Gauleiter Josef Goebbels habe einen entsprechenden Parteibefehl erlassen. Dies sei im Zusammenhang mit Spenden jüdischer Großkapitalisten an die Nazi-Partei zu sehen. Im Gegenzug seien Nazis als Streikbrecher in bestreikten Betrieben erschienen, die den jüdischen Spendern gehörten. So werde eine Gesinnung, für die man verspreche, sein Leben zu lassen, gegen klingende Münze verkauft. Das sei Nationalsozialismus.³³

Doch auch die näher liegende deutsche Problematik wurde von den Politikern der KPD nur unzureichend erfaßt. Wie die anderen deutschen Parteien, unterschätzte die KPD die tödliche Destruktivität des Hitlerschen Judenhasses. Dies zeigte sich in einer gegen den Antisemitismus gerichteten Broschüre Hermann Remmeles aus dem Jahre 1930 sehr deutlich.

Dafür gab es tatsächlich einzelne Beispiele – es waren Beispiele von selbstmörderischer Blindheit, die in der KPD-Presse aufgelistet, aber auch verallgemeinert wurden.³⁴ In einem Fall wurde der nicht-jüdisch klingende Name eines Bankiers »demaskiert« und auf seinen jüdischen Ursprung zurückgeführt: »Großbankier Solmsson (Salomonsson)«, hieß es im entsprechenden Artikel der *Roten Fahne*.³⁵ Ein so klarsichtiger Mann wie Hermann Duncker meinte zu wissen: »Die Kapitalistenklasse opfert zu ihrer Selbsterhaltung schließlich auch einige jüdische Mitläufer und Kleinverdiener – die jüdischen Großverdiener finanzieren, wenn nötig, selbst den Hitlerfaschismus –, um als faschistische ›Schutzjuden‹ ihr Kompaniegeschäft mit dem christlichen Kapital ungestört weitertreiben zu können.«³⁶

Ein Argument der KPD-Presse lautete, daß der Judenhaß nur ein nazistisches Ablenkungsmanöver wäre. Hitlers Antisemitismus sei nicht genuin, sondern lediglich ein Schwindel. Goebbels habe den Nazi-Schlachtruf »Juda verrecke!« parteiintern verboten, um jüdische Gönner der NSDAP nicht abzuschrecken, behauptete *Die Rote Fahne* im November 1929.³⁷ Jüdische Bankiers seien ebenso wie »arische« Unternehmer Nutznießer des Hitlerfaschismus, denn Kapital bleibe Kapital, hieß es auch im *Roten Aufbau*, einer KPD-Zeitschrift.³⁸ Dort stellte der Schriftsteller Kurt Kersten, ein ansonsten eher kritischer und reflektierender Geist, die ironisch gemeinte Frage, ob Hitler an der Macht etwa Gottfried Feder und Alfred Rosenberg, zwei Exponenten der Judenhetze, aus Deutschland ausweisen werde. Zu den Geldgebern der Nazis würde »eine große Zahl jüdischer Kapitalisten« gehören, hielt Kersten fest.³⁹

Solche Äußerungen entsprangen nicht zuletzt der Tatsache, daß die Mehrzahl der deutschen Juden entweder dem Großbürgertum oder dem Mittelstand, oft der Intelligenz angehörte. Jüdische Prole-

32 Vgl. seine bewegende Autobiographie: Joseph Berger: *Shipwreck of a Generation*, London 1971.

33 Vgl. Hermann Remmele: *Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalistenherrschaft*, Berlin (1930), S. 14.

34 Vgl. *Die Rote Fahne* vom 3. September 1929, 17. Oktober und 15. November 1931 (Beilage), 9. und 29. April, 7. September 1932.

35 Ebenda, 18. Dezember 1930.

36 Hermann Duncker: Rezension von: W. I. Lenin, *Über die Judenfrage*, in: *Inprekorr*, 10. Mai 1932, S. 1184.

37 *Die Rote Fahne* vom 17. November 1929.

38 *Der Rote Aufbau*, 1931, Nr. 3, S. 158.

39 Kurt Kersten: *Wird Hitler Feder und Rosenberg ausweisen lassen?*, in: Ebenda, 5, 1932, Nr. 1, S. 13 f.

40 Zur sozialen Gliederung der Juden in Deutschland vgl. Avraham Barkai: Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik, in: Grab, Schoeps (Hg.): Die Juden in der Weimarer Republik, S. 330-346.

41 Vgl. Die Rote Fahne vom 3. Januar 1931.

42 Vgl. die Rezensionen in Inprekorr, 27. November 1931, S. 2252 (Paul Held); Zeitschrift für Sozialforschung, 1, 1931, Nr. 6, S. 438 (Erich Fromm); Die Gesellschaft, 9, 1932, Nr. 11, S. 461 f. (Otto Maenchen-Helfen); Der Morgen, 8, 1932, Nr. 2, S. 64-72 (Eva Reichmann-Jungmann). Vgl. insbesondere Eli Strauss: Geht das Judentum unter? Eine Erwiderung auf Otto Hellers »Untergang des Judentums«, Wien 1933, S. 11 f.

43 Otto Heller: Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, 2. Aufl., Wien/Berlin 1933, S. 24.

44 Ebenda, S. 152.

45 Vgl. ebenda, S. 77.

46 Vgl. ebenda, S. 85, 204, 208, 219.

47 Vgl. ebenda, S. 155 ff., 173.

48 Otto Heller: Kommunismus und Judenfrage, in: Klärung. 12 Autoren und Politiker über die Judenfrage, Berlin 1932, S. 91. Der Band enthielt einen ähnlich gelagerten Beitrag des 1931 der KPD beigetretenen Schriftstellers Alfred Kantorowicz und die Erfolge der Emanzipation der Juden in der UdSSR herausstrich.

tarier, die es gleichfalls gab – hier sind besonders die ostjüdischen Bergarbeiter zu nennen, die ab 1918 ins Ruhrgebiet zogen –, kamen in der Sichtweise der KPD kaum vor, obgleich sich diese doch als Arbeiterpartei verstand und es auch war.⁴⁰ Natürlich erklärte die KPD, jüdische Werktätige seien als Bundesgenossen willkommen. Nur reiche Juden würden, ebenso wie nichtjüdische Kapitalisten, als Feinde der arbeitenden Menschen angesehen.⁴¹

Dieser Gedanke durchzog wie ein roter Faden auch Otto Hellers Buch *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus*. Die Untersuchung des in Österreich geborenen Journalisten erschien 1931 in erster, zu Jahresbeginn 1933 in zweiter Auflage und wurde ins Französische sowie ins Polnische übersetzt. Ohne das Werk *Rasse und Judentum* des als »Renegaten« verfeimten Karl Kautsky zu zitieren, übernahm Heller wesentliche Punkte der 1914 erschienenen Abhandlung Kautskys. Hellers Buch galt als die wichtigste und offiziöse Stellungnahme der KPD zum Thema.

Die Juden, so Heller, seien seit Beginn ihrer Geschichte vorwiegend ein Handelsvolk gewesen (was einige Rezensenten, darunter Erich Fromm und sogar der KPD-Autor Paul Held, zu Recht bezweifelten).⁴² Die einheitliche ökonomische Grundlage jüdischer Existenz bilde die Erklärung für die Erhaltung des Judentums durch die Jahrtausende. Aus einer Nation seien sie zu einer nicht vollständig assimilierbaren »internationalen Kaste« geworden.⁴³ Daraus, so Heller weiter, resultierten die gesellschaftlichen Konflikte zwischen Juden und Nichtjuden. Die bürgerliche Emanzipation nach 1789 habe indes die Sonderstellung der Juden aufgehoben und damit auch den letzten Rest des »Privilegs« zerstört, das in seinem geistigen Ausdruck, seiner religiösen Form, seiner Betonung der »Auserwähltheit« für Schmerz und Märtyrertum, für blutige Opfer und Furcht wenigstens seelisches Gleichgewicht zu den ständigen Verfolgungen geboten habe.⁴⁴ Der moderne Kapitalismus habe das Schicksal des Judentums besiegelt. Die Auflösung der Juden als Kaste bedeute den Untergang des Judentums, wie Heller ohne eine Spur von Bedauern festhielt.⁴⁵

Die bürgerliche Emanzipation der Juden in West- und Mitteleuropa habe die Reste ihrer Nationalität vollkommen vernichtet, schrieb Heller. Im Osten seien die Juden aber noch Träger einer Nationalität. In der Sowjetunion seien sie eine anerkannte nationale Gruppe. Ihre kastenmäßige Absonderung und ihr Elend würden in der Sowjetunion durch Kolonisierung und Landsiedlung sowie durch den Zuzug von Juden aus dem früheren *Schedl* in die neuen industriellen Ballungszentren aufgehoben. Damit hätten die Juden die Möglichkeit, ihre Kultur, sozialistisch ihrem Inhalt, national ihrer Form nach, zu neuer Blüte zu bringen.⁴⁶

Der Zionismus könne hingegen nur unter dem Schirm britischer Bajonette und als Unterdrückungsinstrument der Araber in Palästina gedeihen. Sein Scheitern sei damit letztlich vorgezeichnet.⁴⁷ Am Vorabend von Hitlers Machtübernahme schrieb Heller: »Eine wirkliche Judenfrage besteht heute nur in Ost- und Südeuropa, in den Gebieten rückständiger gesellschaftlicher Entwicklung.«⁴⁸ Wenig später mußte Heller aus Deutschland flüchten. Noch im März 1945 wurde

der jüdische Kommunist ein Opfer der Nazibarbarei. Hellers Freund Bruno Frei schrieb über diese Zeilen: »Selten ist eine historische Fehleinschätzung so tragisch widerlegt worden.«⁴⁹

Die Wandlung der KPD von einer utopisch-revolutionär orientierten Partei hin zur stalinistisch geprägten Kaderorganisation kann aber keineswegs mit einem Anwachsen antijüdischer Ressentiments erklärt werden. Im Gegenteil: Manche abenteuerlichen Entgleisungen, wie sie Ruth Fischer nicht fremd waren, kamen bei Thälmann und seiner Umgebung nicht vor. Somit ist der Rückgang des Einflusses radikaler Intellektueller und der Anstieg des Einflusses proletarisch geprägter Führungskader (im Sinne der »Partei neuen Typus«) nicht unmittelbar mit dem Anwachsen oder Abflauen anti-jüdischer Vorurteile verbunden.

III.

Am Vorabend der Naziherrschaft erschien ein weiteres Dokument der KPD zum Antisemitismus. Ein anonym, aber durch das Zentralkomitee der KPD gebilligter Aufsatz wies in einem *Diskussionsbuch über die Judenfrage* prononcierter, als Heller es getan hatte, auf die sozialen Ursachen für die Erfolge der faschistischen Demagogie hin. Die enorme Gefahr der massenhaften Anfälligkeit des deklassierten Kleinbürgertums und Lumpenproletariats für die antisemitische Agitation der Hitlerfaschisten wurde klar benannt; sie war auch nicht mehr zu übersehen. Dieses Dokument leugnete nicht die Tatsache einer jüdischen Frage – genauer: der existenziellen Gefahr für die Juden – in Deutschland. Diese jüdische Frage trage eindeutig sozialen, nicht nationalen Charakter. Am Vorabend des Faschismus gab die KPD somit auch jede Anfälligkeit gegenüber Anschauungen auf, die »das Volk« als eine Kategorie der Gesellschaftsanalyse sahen und noch 1930 Eingang in eine entsprechende Programm-erklärung gefunden hatten.⁵⁰ Die Auswanderung der Juden aus Europa, damit die Akzeptanz des Zionismus sei indes eine falsche Antwort. Der Zionismus sei eine den Interessen der Juden zuwiderlaufende, reaktionäre, ausschließlich imperialistische Bewegung. Er diene den Interessen der jüdischen, in Palästina auch der englischen Bourgeoisie.⁵¹

Der Antisemitismus sei, und damit faßte das KPD-Dokument die Auffassung der Partei zusammen, wie sie sich seit 1919 herausgebildet hatte, ein Manöver der herrschenden Klasse, die durch Phrasen wie die »Sünde wider das Blut« die Aufmerksamkeit des untergehenden Kleinbürgertums von den wahren Ursachen seiner Misere ablenke und seinen Anschluß an die Arbeiterklasse zu verhindern suche. Zugleich aber diene der Rassenhaß imperialistischen Zwecken. Die Überzeugung, der Jude sei an allem Übel in Deutschland schuld, solle einer anderen Überzeugung den Weg bereiten: der Idee, daß ohne den Juden niemand Deutschland hindern könne, die Ergebnisse des Weltkrieges ungeschehen zu machen und sich zur Herrschaft über die Welt aufzuschwingen.

Dieses Dokument brachte Stärken wie Schwächen der KPD-Position gegenüber dem Antisemitismus zum Ausdruck. Die neue Qualität des nazistischen Judenhasses wurde unterschätzt – aber keineswegs nur von den Kommunisten. Dieser Judenhaß wurde lediglich

49 Bruno Frei: Marxist Interpretations of the Jewish Question, in: Wiener Library Bulletin, Nr. 35-36/1975, S. 4.

50 Vgl. die »Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« vom 24. August 1930, abgedruckt u.a. in: Lothar Berthold, Ernst Diehl (Hg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin (DDR) 1964, S. 119-128. Das problematische Dokument, das z.T. Anlehnungen an nationalistisches Vokabular aufwies, wurde in der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR uneingeschränkt positiv beurteilt.

51 Kommunismus und Judenfrage, in: Der Jud' ist schuld? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel etc. 1932, S. 272-286. Hier- nach auch das Folgende.

52 Vgl. Albert Schreiner: Faschistische Parolen und Schlagworte, in: Gegen den Strom, Nr. 3-8, 18. Januar-22. Februar 1930. Für Trotzki vgl. die Zusammenstellung seiner Äußerungen in: Leo Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, hg. von Helmut Dahmer, eingeleitet von Ernest Mandel, Frankfurt a. M. 1971.

als taktisches Manöver, bestenfalls als Ausdruck von Klasseninteressen begriffen, die indes jüdische Kapitalisten durchaus integrieren könnten. Dies stand in scharfem Gegensatz zu den hellsichtigen Urteilen, wie sie Trotzki, aber auch, namens der Kommunistischen Partei-Opposition, Albert Schreiner formulierten. Letzterer tat dies lange bevor die Nazis ihren politischen Durchbruch in den Septemberwahlen von 1930 schafften!⁵² Trotzki und Schreiner begriffen den Antisemitismus als *ultima ratio* der Ideologie und der praktischen Politik Hitlers und seiner Komplizen. Die KPD bekämpfte ihre hellsichtigen Kritiker publizistisch vielleicht noch schärfer, als sie mit den Nazis ins Gericht ging und entwaffnete sich, ganz gegen ihren Willen, damit selbst – sehr zu ihrem Schaden, zum Schaden der ganzen zivilisierten Welt. Recht behielt die KPD allerdings mit der Ansicht, daß der Antisemitismus Teil eines Programmes sei, bei dessen Verwirklichung die der Aufklärung entstammende Zivilisation preisgegeben werden sollte. Die völlige Vernichtung der kommunistischen wie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, der bürgerlichen wie der sozialistischen Opposition gegen den Nazismus war die Voraussetzung, um die totale Ausrottung der Juden und anderer, als minderwertig angesehener Menschen in die Wege zu leiten.

Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Das Periodikum erscheint seit Januar 2002 drei Mal im Jahr (Januar, Mai, September). Es wird vom gemeinnützigen Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. ideell unterstützt, im Verlag NDZ GmbH gedruckt und von der ehrenamtlich arbeitenden Redaktion vertrieben. Die Zeitschrift wendet sich an Fachhistoriker und an historisch Interessierte. Sie informiert über Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen, europäischen und internationalen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Geschichte anderer demokratischer sozialer Bewegungen, zur Alltagsgeschichte u. a. m.

Als eines der wenigen Organe in der heutigen Bundesrepublik Deutschland gibt sie auch der an Marx und Engels orientierten Geschichtsforschung Raum, steht darüber hinaus allen Historikern der Arbeiterbewegung offen und will einen Beitrag zur ausgewogenen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung seit deren Entstehen im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart leisten. Sie enthält wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, Beiträge zur Diskussion, biographische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über wissenschaftliche Tagungen, Informationen über wissenschaftliche Vorhaben, Rezensionen und Annotationen.

Der Bezug ist über die Redaktion möglich:

Redaktion des JBzG, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin. Das Einzelheft kostet im freien Verkauf 10 €; drei Hefte mit einem Gesamtumfang von mindestens 660 Seiten im Jahresabonnement im Inland 25 € (incl. Mehrwertsteuer und Versandkosten), im Ausland 35 € (incl. Versandkosten).

Die Zahlungen für das Abonnement bzw. die Einzelhefte bitte auf das Konto des JBzG überweisen an **NDZ GmbH, Weydingerstr. 14-16, D-10178 Berlin**
Konto-Nr. 57 44 56 10 10, Berliner Volksbank / BLZ 100 900 00.

PETER ULLRICH

Antisemitismus etc.

Bedingungen und Grenzen der (linken) Solidarität mit Palästina/Israel

Einleitung

Ebenso wie das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel/Palästina auf staatlicher Ebene immer problematisch war, waren, quasi darunter liegend, auch die verschiedenen Versuche der (oft linken) Solidaritätsbewegungen, sich mit Sympathie und Solidarität einer der am Nahostkonflikt beteiligten Seiten zuzuwenden, eine meist hoch problematische Angelegenheit. Im Rückblick erscheint die Beziehung zwischen deutschen Solidaritätsbewegungen und der fernen Region bzw. dem jeweils für die Solidarität erwählten Bevölkerungsteil auch als eine Geschichte der Wandlungen starker Identifizierungen und Projektionen. Insbesondere ist es eine Geschichte der oft kritik- und bedingungslosen Parteinahme für eine Seite, eine Geschichte der Extreme, eine Geschichte von Anti- und Philosemitismus, von Antiislamismus und Ersatznationalismus, die zu oft keinen Platz für Ausgewogenheit oder kritische Distanz ließ.

Hier soll das wechselvolle Verhältnis der deutschen Linken zum Nahen Osten und seinem unendlichen Konflikt auf seine Kontexte und Bedingungen hin befragt werden. Kennzeichnend für die deutsche Linke wie für ihre Mehrheitsgesellschaft ist, dass die jeweilige Positionierung zum Konflikt zu oft nur wenig mit dem Konflikt selbst, viel jedoch mit eigenen, oft unbewussten Bedürfnissen zu tun hat.

Keinesfalls können in diesem Rahmen die jeweiligen Nahost-Positionierungen all der vielen Parteien und Gruppierungen erschöpfend nachgezeichnet werden, die sich jeweils als »der Linken« zugehörig empfanden oder als solche wahrgenommen wurden.¹ Denn es gab immer, auch zeitgleich, ganz verschiedene und sogar komplett gegensätzliche Sichtweisen auf den Konflikt.

Es ist jedoch möglich, in bestimmten Abschnitten dominierende Grundtendenzen und – was noch entscheidender ist – markante Umschwünge und das Aufkommen ganz neuer Wahrnehmungs- und Einstellungsmuster aufzuzeigen. Dabei geht es hier um die Linke der alten Bundesrepublik und des zusammengeschlossenen Nachwende-Deutschland.²

Westdeutschland 1949 bis 1989: Einmal so, einmal so!

Bis zum Juni-Krieg 1967 war die Linke im breitesten Sinne derjenige Teil Deutschlands, der zu Israel stand und es unterstützte. Nahostwahrnehmung war Israelwahrnehmung. Wer sich als links verstand, setzte sich aus der Erfahrung des Nationalsozialismus in

Peter Ullrich – Jg. 1976, Kulturwissenschaftler/Soziologe, promoviert im PHD-Studiengang »Transnationalisierung und Regionalisierung« am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig zum Thema »Politik und Identität. Zur Soziologie linker Identität in Deutschland«; verschiedene Veröffentlichungen zu sozialen Bewegungen sowie zum Nahostkonflikt und seiner Rezeption in Deutschland. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Die Genuamobilisierung und Lernmöglichkeiten für das Verhältnis der Linken zu sozialen Bewegungen«, Heft 160 (Februar 2004). Kontakt: ullrich@uni-leipzig.de, 0341-9731200.

1 Siehe dafür die gute historische Arbeit von Kloke (1994), auf der ein großer Teil der historisch-deskriptiven Abschnitte auch dieses

Aufsatzes beruht, sowie für die letzten Jahre Gerber (2003).

2 Für das Verhältnis der Staat gewordenen »Linken« in der DDR und damit verbunden der eng von der SED abhängigen KPD/DKP zum Nahen Osten muss auf Polkehn (1999) verwiesen werden. Das jeweilige Verhältnis dieser zu Israel bzw. den Palästinensern wird vor allem aus den Imperativen des Blockkonflikts und den Schwankungen der Vorgaben aus Moskau gedeutet.

3 Das sind im wesentlichen der SDS und die »APO«, sowie deren Nachfolger und Spaltprodukte, insbesondere die vielen, in den siebziger Jahren immer öfter vom Maoismus beeinflussten, K-Gruppen, die Stadtguerilleros sowie die Alternativkultur um Stadtteil- und Kinderläden mitsamt der aufkommenden Ökobewegung und den Grünen.

der Regel für Solidarität mit Israel ein. Und selbst die imperialistischen Implikationen der Suez-Krise konnten der unbedingten Israel-Solidarität wenig anhaben. Der Hauptmotor für diese Positionierung waren die Verbrechen der jüngsten *deutschen* Vergangenheit und die restaurative Politik der Adenauer-Ära, in welcher sich die Bundesrepublik nicht eben als ein besonders neues Deutschland präsentierte, sondern vielmehr Kontinuitäten personeller, ideeller und ökonomischer Art das Bild bestimmten. Somit war Israel-Solidarität auch innenpolitische Opposition. Ihr Thema war die »Wiedergutmachung«, der Versuch von Ausgleich und Annäherung an die Opfer, die man im Staate Israel verortete. Dies war eine Sicht insbesondere der unabhängigen, wenig organisierten außerparlamentarischen Linken, studentischer sowie gemäßigter linksliberaler und linkschristlicher Kreise. Die dominante Kraft der damaligen alten Linken (zumindest bis zum Richtungswechsel in Godesberg 1959 und dem späteren Regierungseintritt), die SPD, und mit ihr die Gewerkschaften, neigten wie ihre europäischen Schwesterparteien traditionell ohnehin zu einer Übernahme der zionistischen Sicht auf den Konflikt, in welcher der Zionismus als eine Fortschritt bringende, ja zivilisierende, sozialistische Mission der Arbeiterbewegung für alle Menschen im Nahen Osten, auch die für Araberinnen und Araber, galt (Kelemen 1996). Diese Parteinahme basierte auf der Idealisierung der als sozialistisch wahrgenommenen kollektivwirtschaftlichen Elemente im neuen Staate Israel. Doch auch für die Sozialdemokratie war die deutsche Schuld ein Motor ihrer pro-israelischen Politik. Insgesamt konstatiert Kloke (1994) einen pro-zionistischen Konsens der Linken.

Eine Verschiebung in diesem Verhältnis zeichnet sich (wenn man von Irritationen um die Suezkrise absieht) seit 1965, dem Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik, ab, welche die Trägerschaft der deutsch-israelischen Kontakte von der »Basis« auf die Ebene der Eliten anheb. Gut dokumentiert sind die Debatten im SDS, dem mittlerweile aus der nach rechts driftenden SPD ausgeschlossenen neuen Gravitationszentrum der Westlinken und der sich um diesen bildenden außerparlamentarischen Opposition. Der Sechs-Tage-Krieg 1967 ist schließlich der Umschlagpunkt einer schnellen und radikalen Wendung weg vom israelfreundlichen Konsens der Linken. Spätestens hier wurde deutlich, dass sich die im Gegenzug zur Elterngeneration bewusst geübte Solidarität mit den Jüdinnen und Juden (in Gestalt des Staates Israel) nicht ohne weiteres durchhalten ließ. Mit einem (Militär-)Schlag wurde vielen Linken bewusst, was Israel für ein Identifikationsobjekt gewesen war: auch nur ein Staat, einer der auch Gewalt einsetzt, eigentlich gar nicht so sozialistisch ist, imperiale Ansprüche zu haben scheint, vom »US-Imperialismus« gestützt wurde usw. Damit erwiesen sich die Israelis (=Juden) nicht, wie erwartet, als die besseren Menschen.

Die entstehende Neue Linke³ entdeckte in dieser Zeit die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika für sich. In diesem Raster wurde fortan auch die palästinensische Nationalbewegung wahrgenommen. Hier sollte auffallen, dass überhaupt erstmals die *Palästinenser* auftauchen. Doch dieser Wandel im linken Urteil war ebenso von ihnen (Teile der Linken beeindruckend

vor allem bei aufsehenerregenden Attentaten und Flugzeugentführungen), wie auch wieder von innenpolitischen Determinanten bestimmt. Im Zuge von schnellen israelischen Kampfserfolgen und großen Gebietsgewinnen begann in Deutschland eine Hinwendung zu Israel auch durch das konservative Establishment. Besonders der philosemitische Bild-Verleger Springer tat sich mit seinen Blättern hervor. Der professionelle Hetzer gegen die Studentenbewegung übernahm mit aller Macht das Feld des positiven Israel-Bezugs.

»Ein wesentlicher Grund für unsere Zurückhaltung in der Kritik an den Terrorakten palästinensischer Gruppen und überhaupt prägend für unsere Einstellung zum palästinensisch-israelischen Konflikt war unsere entschiedene Abneigung, mit den Wölfen zu heulen. Die bundesdeutschen Medien und Hauptparteien waren [...] in einer Weise pro-israelisch und anti-palästinensisch, die man sich heute überhaupt nicht mehr vorstellen kann.«⁴

Die israelischen Soldaten wurden in konservativen Kreisen zu »Wüstenfüchsen« und »Erben Rommels«. Mittels philosemitischer Idealisierung, zum Teil bloßer Umkehrung antisemitischer Stereotype (hier zum Beispiel dem der Wehrlosigkeit) war wohl eine Möglichkeit gefunden, sich drückender Schuldgefühle zu erwehren?

Dem steht die begrüßenswerte Erkenntnis gegenüber, dass es die Palästinenserinnen und Palästinenser gibt, dass viele von ihnen Opfer im Kampf zweier widerstreitender nationaler Bewegungen im Magnetfeld des Ost-West-Konfliktes sind. Der Perspektivwechsel führte allerdings zu eigenwilligen Wandlungen. Im Rahmen der »antiimperialistischen Arbeitsteilung« (J. Später) waren die arabischen Bewohner des historischen Palästina nun für die Weltrevolution zuständig. »In das theoretische Korsett des Antiiperialismus eingezwängt, traten die historischen Besonderheiten und Widersprüche der einzelnen Konfliktgebiete zugunsten antikolonialer ›Eindeutigkeit‹ zurück.« (Kloke 1994: 288)

Nachdem der Zionismus nun im Raster der Antiimperialisten eindeutig als Kolonialismus und Imperialismus, die Befreiungsbewegung der Palästinenser hingegen als antikoloniales Subjekt entdeckt worden waren, fand sich das Israelbild komplett gewendet. Wurde Israel eben noch verherrlicht, konnte es nun sogar als faschistischer Staat bezeichnet werden. Auch wenn dies nicht repräsentativ für die ganze Linke ist, muss festgehalten werden, dass sich in die Israelkritik immer dominanter Töne mischten, die mehr als nur stützig machen sollten. Denn die Kritik am Zionismus und am Staat Israel, die durchaus ihre Berechtigung hat, verdichtete sich zu einem geschlossenen antizionistischen Weltbild, in welchem auch antisemitische Äußerungen und Handlungen ihren Platz hatten. Dazu gehört die weit verbreitete Rede vom »nationalsozialistischen Zionismus« und vom »Faschistischen Regime der Zionisten« und die »Feststellung« im Grünen Kalender (einem Organ der linken Grünen), dass Israels Politik grausamer sei und mehr Opfer erfordere als der Nationalsozialismus. Dazu gehört auch die *Selektion* von *jüdischen* (nicht israelischen!) Geiseln bei der Flugzeugentführung von Entebbe durch linke deutsche Hijacker oder die eine ganze Hauswand in der Hamburger Hafensstraße einnehmende Aufforderung zum Boykott israelischer Waren. Die Assoziation mit »Kauft nicht bei Juden!« in

4 »Als die Katzen Laila hießen, Überlegungen zur ›Nahostpolitik‹ des KB«, ak 397, 12.12.1996

einem Land mit noch immer starkem Antisemitismus sind fatal – es steht auch eine manichäische Vorstellung von komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen dahinter.

»Der linke, aus dem Antiimperialismus resultierende Antisemitismus im Gewand des Antizionismus zeichnet sich durch ein Schwarz-Weiß-Weltbild aus, das gute und schlechte Völker kennt. Er ist links-nationalistisch und fußt auf einem [...] Imperialismusbegriff, der nicht von Ausbeutung und Kapitalverhältnis spricht, sondern in letzter Konsequenz nur Fremdherrschaft kennt ([...] von fremden Staaten über gute Völker)«. (aus: Wildcat-Zirkular 56/57).

Eines der eklatantesten Beispiele dieses Antizionismus, der kaum den dahinter stehenden Antisemitismus verbirgt, ist die Befürwortung des Anschlags des palästinensischen »Schwarzen September« auf die israelische Olympiamannschaft durch die gerade verhafteten Ulrike Meinhof und Horst Mahler. Sie nannten die Aktion in einer Erklärung aus dem Knast ein »mutiges Kommando gegen zionistische Soldaten, die in München als Sportler auftraten«. Die Person Ulrike Meinhof steht sinnbildlich für die Veränderungen weiter Teile ihrer politischen Generation. Denn noch wenige Jahre vorher hatte auch sie für Solidarität mit Israel geworben, was kaum zum neuen Bild passt. Doch nicht nur die radikale Linke war betroffen, auch bspw. evangelische Studentengemeinden beteiligten sich zahlreich am Engagement für Palästina.

Die Ursachen der beschriebenen Feindbildveränderung sind vielfältig. Nicht nur die Abgrenzung vom Establishment und der Antiimperialismus gehören dazu. Es wird angenommen, dass es auch in der Linken starke Exkulpationsbedürfnisse für die deutschen Verbrechen der NS-Zeit gegeben haben muss, worauf einige der relativierenden Parolen dieser Zeit deuten (z. B. »Zionismus = Faschismus«), die sicherlich nicht von *analytischem* Gewinn waren. Ebenso entscheidendes Moment war die Abgrenzung von der Elterngeneration. Dies führte zu der Manie der 70er-Jahre-Linken, alles als Faschismus zu bezeichnen, was irgendwie als schlecht empfunden wurde. Das tiefenpsychologische »Argument« es handele sich hierbei um eine unbewusste Identifikation mit dem Juden Hass der Eltern, ist aber ebenso möglich wie schwer belegbar.

Für große Teile der Linken ergab sich als Lehre aus Auschwitz nicht die Distanzierung von der Nation, stattdessen aber der zumindest latente Versuch einer Schlusstrichziehung für Deutschland und die Deutschen. Doch der narzisstischen Identifikation mit der deutschen Nation muss Auschwitz immer entgegenstehen. Die Einebnung dieses Widerspruchs gelingt mittels einer Täter-Opfer-Umkehr, indem die (vielleicht auch unbewusst) als eigener Makel empfundene Schande in die Opfer bzw. in mit diesen identifizierte Menschengruppen und deren Staatlichkeit, spricht: Israel, projiziert wird. Dabei muss den Verfasserinnen und Verfassern solchen Schrifttums keineswegs subjektiver Antisemitismus unterstellt werden. Entscheidend ist hier die – ob gewollt oder nicht – transportierte Botschaft und die Tatsache des Ausbleibens von Kritik an diesen Tendenzen bis Mitte der 80er Jahre.

In diesem Problembereich bewegt sich auch heute *jede* Palästina-solidarität, die nicht konsequent universalistisch begründet ist und

agiert. Die einmal auf einer Jahrestagung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft von einem Mitglied vorgebrachte Begründung für pro-palästinensisches Engagement (»Schließlich bin ich auch Vertriebener«) ist vielleicht nicht typisch, verweist aber auf in der Gesellschaft durchaus auch heute noch existente Wahrnehmungs- und Begründungsmuster, die das eigentlich ehrenhafte Anliegen, Menschen in Not zu helfen, durch eine spezifische Kontextualisierung zu einem Vehikel der eigenen national-revisionistischen Motive machen. Jeder sollte sich immer wieder kritisch fragen, warum das eigene Engagement eigentlich auf den Nahostkonflikt bezogen ist, während andere Konflikte (bspw. Ruanda, aber auch all die Kriege mit deutscher Beteiligung) so wenig linke oder kritisch-zivilgesellschaftliche Begleitung erfahren. Die Überhöhung des Nahostkonfliktes zum internationalen Hauptproblem führt zu einer Tradierung der jüdischen Sonderstellung und ist somit in ihrer Struktur potenziell antisemitisch. Allerdings muss einschränkend auch gesagt werden, dass die hohe Aufmerksamkeit für diesen Konflikt auch aus höherem weltweiten Interesse an selbigem und der »relativen Nähe« durch die deutsche Verwicklung beruht. Diese *Erklärung* kann jedoch nicht als *Rechtfertigung* für eine Fixierung herhalten.

Genau diese Kritik wird seit den 80er Jahren innerhalb der Linken formuliert und führte zu einer gewissen Lockerung festgefügtter antizionistischer Argumentationsmuster, zu der Einsicht, dass neben antikapitalistisch, antisexistisch und antirassistisch nicht auch noch antizionistisch stehen muss. Einige Linke werden gewahr, dass es nicht Aufgabe der Linken sein kann, *bestimmten* Staaten das Existenzrecht abzuspochen und dabei die Kritik des bürgerlichen Staates an sich zu vergessen. Diese Kritik kommt beispielsweise aus den Reihen des Kommunistischen Bundes (KB)⁵ und von einigen anderen Kleingruppen und Einzelpersonen innerhalb der radikalen Linken (Initiative Sozialistisches Forum Freiburg, die Zeitschrift konkret), also u. a. (!) jenen, die später als die »Antideutschen« noch von sich reden machen sollten.

5 Ebenda.

Nach 1990: Wieder alles anders!

Die Krise der Linken mit ihren Zerfallserscheinungen nach dem Ende des Realsozialismus 1989 verstärkte die Reflexionsprozesse, bei denen das Nachdenken über den antiimperialistischen Antizionismus und den linken Antisemitismus einen zunehmend wichtigen Platz einnahm. In der Nahostwahrnehmung kam es zu einer radikalen Umorientierung in einigen Teilen insbesondere des linksradikalen Spektrums. Der Staat Israel hat sich damit erneut als »jener libidinös besetzte Fixpunkt herauskristallisiert, an dem sich linksdeutsche Geister noch immer krass voneinander scheiden.« (Kloke 1994: 321). Es bilden sich als Reaktion auf den nationalen Taumel der Wiedervereinigung die so genannten *antinationalen* und *später antideutschen* Gruppen⁶ und legen den Grundstein einer Entwicklung, die von der Sensibilisierung der Linken für ihre antisemitischen Fehlleistungen hin zu einer thematischen Zentrierung einiger Teile der deutschen radikalen Linken um die Themen Nationalsozialismus und Shoah als exklusive Ausgangspunkte ihres Selbstverständnisses und oft auch romantischer Identitätssuche und damit

6 Gemeint sind verschiedene unabhängige Linksradikale, ehemalige K-Gruppen-Kader und Teile der autonomen Antifa bzw. Postantifa, sowie ihre Zeitschriften konkret, Bahamas, 17°, phase 2, mit starker Wirkung auch bspw. in der jungle world.

letztlich auch zu Philosemitismus führt. Israel wird von diesen Kreisen fast ausschließlich als Folge der Shoah begriffen, bzw. nur dieser Aspekt wird als relevant erachtet.

Diese Wende manifestiert sich vor allem im zweiten Golfkrieg gegen den Irak, der begrüßt wird, weil er angeblich die Bedrohung des Staates der Überlebenden der Shoah abwenden helfe. Sie retteten sich mit der Formulierung, man unterstütze das »Richtige im Falschen«. Deutlich zu erkennen war schon damals: der Schutz potenzieller israelischer Opfer war diesen Linken augenscheinlich wichtiger als die einigen Zehntausend irakischen »Kollateralschäden«. Dieser westorientierte Zivilisationschauvinismus zog sich von nun an durch den antideutschen Ansatz, der von Anfang an blind für die Verhältnisse in Nahost war.

Antinational eingestellt zu sein ist, zumindest in der radikalen Restlinken, mittlerweile vollkommen normal und hoffentlich auch nicht wieder rückgängig zu machen. So ist es mittlerweile für große Teile gerechtfertigt, von einer *antideutsch geläuterten Linken* zu sprechen, also einer Linken, die aus der Kritik an der Nation und den deutschen Verhältnissen im Besonderen gelernt hat. Dieses Umdenken war dringend notwendig. Gerade in der »alten« Linken, bei kommunistischen und trotzkistischen Parteien und Teilen der PDS, bei Resten der Antiimperialisten und Teilen der Autonomen sowie in der »unpolitischen« Palästina-Soli-Szene ist noch heute oft eine positive Bezugnahme auf das (palästinensische oder deutsche) Volk anzutreffen, somit ein Tradieren der nationalistischen Ideologie, der Simulation von Zwangsläufigkeit und Interessenshomogenität des nationalen Kollektivs.

Die Antideutschen selbst begannen jedoch leider *gruppenidentitären* Prozess der Radikalisierung und Zuspitzung ihrer Positionen, der am sinnfälligsten darin zum Ausdruck kommt, dass sie sich mittlerweile meist mit israelischen und US-Flaggen zu erkennen geben. Aus der begrenzten Unterstützung für US-geführte Kriege wurde eine Idealisierung der USA als Hort freiheitlicher Prinzipien, die auch der oberflächlichsten Überprüfung nicht standhalten würde. Aus der berechtigten Kritik am Wiedererstarken des deutschen Nationalismus und seinen kriegerischen Bestrebungen wurde die Halluzinierung einer deutschen Großmachtrolle, die sich in akuter Konkurrenz zur USA befände. Und aus der hoch notwendigen Kritik am linken Antisemitismus wurde die grenzenlose Idealisierung Israels zum einzigen Staat mit Existenzberechtigung, zur »Keimzelle des Kommunismus«. Im Gegenzug entwickelte sich ein Bild von den Palästinensern als den neuen Nazis, wenn die Bahamas bspw. von der »palästinensischen Volksgemeinschaft« spricht, die wohl irgendwie für die Anschläge des 11. 9. (mit)verantwortlich sei, denn sie erklärt diese zum »grauenvollsten Selbstmordattentat seit Beginn der Al-Aksa-Intifada«.

Ganz im Gegensatz zur israelischen Linken stehen viele deutsche Linke nunmehr unverbrüchlich auf Seiten Israels, also mal wieder auf der anderen Seite. Ganz offensichtlich ist hier die Parallelität zum oben beschriebenen Israelhass einiger Antiimperialistinnen und Antiimperialisten. Mittels halsbrecherischer Apologetik wird versucht, den Konflikt moralisch zugunsten Israels umzudeuten. Jürgen

Elsässer, ehemaliger antideutscher Guru, der im vorletzten Jahr die Lager wechselte (von konkret zur Jungen Welt), wusste damals z. B. noch zu berichten, dass die so humanen Israelis doch nur gummi-umantelte Stahlgeschosse verwenden würden.⁷ Na, mit Gummi drum stirbt es sich doch gleich viel angenehmer!

Hauptargument gegen die Palästinenser sind für die Antideutschen die Selbstmordattentate. Doch während sich die meisten Menschen in der Ablehnung dieser sicherlich recht schnell einig werden könnten, nehmen die Antideutschen eine ganz spezifische Kontextualisierung vor. Im Islamismus sehen sie eine Form des Faschismus, autoritär, antimodern, antiwestlich, antiindividualistisch, irrational und gekennzeichnet durch bedingungslose Unterordnung bei absoluter Selbstaufgabe des Individuums (was auch letztlich nicht falsch ist). Dazu wird dann gern auf die Kontakte des Mufti Haj Amin Al-Husseini zu Hitler und der SS verwiesen. Das Beispiel erinnert an die ewigen Versuche von Antisemiten, die Schlechtigkeit der Juden durch Kontakte zwischen Nazis und jüdischen Organisationen zu »beweisen«. Nicht zu wissen scheinen die Antideutschen jedoch, dass die palästinensische Gesellschaft eine der am meisten säkularisierten arabischen Gesellschaften war, die während der ersten Intifada Immenses auf den Gebieten Zivilgesellschaft, Frauenemanzipation usw. hervorgebracht hat, die sich allerdings mit dem Verfall des so genannten »Friedensprozesses« seit Mitte der neunziger Jahre radikalisierte, u. a. weil die Hamas die Lücken füllte, die die Zerstörung der Palästinensischen Behörde durch Korruption und israelische Raketen und Panzer hinterließ. Doch auch hier sehen Antideutsche nur den Anteil am miesen Geschäft, den die Arafat-Behörde beigetragen hat, nicht aber die aggressive und kompromisslose Politik Israels. Folgerichtig wird auch der Grenzwall von den meisten Antideutschen unterstützt, weil er (was wohl kurzfristig auch stimmt) die Attentate einzudämmen helfe. Dass seine Zwecke offensichtlich aber auch darin liegen, die Lebensbedingungen für die Palästinenserinnen und Palästinenser weiter zu verschlechtern, die Teilung des Landes voranzutreiben, die Entwicklung einer eigenen palästinensischen Infrastruktur zu unterbinden und Teile des Landes für immer nach Israel einzuverleiben, können sie nicht sehen.

Während der zweiten Intifada gewann das Thema Israel/Palästina immer mehr an Brisanz für die Linke.⁸ Es häuften sich die Diskussionen und auch die Beschimpfungen. Im Laufe des Jahres 2002 schossen linksradikale Solidaritätskomitees für Israel aus dem Boden wie in den Siebzigern die für Palästina. Linksradikale Gruppen und Diskussionszusammenhänge brachen auseinander, u. a. an der Frage, ob bei der nächsten Demonstration die rote durch die israelische Fahne ersetzt werden sollte.⁹ Die von den Antideutschen hervorgebrachten Argumentationsmuster und Wahrnehmungsweisen sind allerdings nicht nur ein marginales Phänomen am Rande geblieben. Auch wenn es sich bei den überzeugten unbedingten Israelverehrerern weiterhin um eine zahlenmäßig kleine Minderheit der ohnehin kleinen Linken handeln mag, sind sie doch mittlerweile laut und hartnäckig, wann immer es in Diskussionen um den Nahostkonflikt und verwandte Themen geht. Und dies betrifft autonome Linksradikale ebenso wie größere und somit heterogenere Organisationen

7 So moralisierte Elsässer in seinem Vortrag »Der Mörder ist immer der Jude« in der Universität Leipzig im Januar 2001.

8 Was aber auch an anderen Themen liegt, bei denen die Grenzen ähnlich verlaufen: Einschätzung des 11.9., Afghanistankrieg, Irakkrieg.

9 Das Internetprojekt <http://www.antisemitismusstreit.tk> unternimmt den Versuch, die Debatte umfassend zu dokumentieren.

der Linken wie die PDS oder Attac. Letztlich wurde damit eine neue diskursive Konfliktlinie etabliert, die bisher allerdings nur innerhalb radikaler Kleingruppen zu den entsprechenden Änderungen auf der Organisations-Ebene geführt hat. Sogar handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Deutschen mit Israelfahne und Kuffijah sind mittlerweile keine absolute Seltenheit mehr. Die neue Konfliktlinie ist aber auch ein identitärer Platzhalter als eine klare Trennung zweier ideologischer Lager, denn es ist auch keine Seltenheit, dass einzelne Diskutantinnen und Diskutanten sowohl als Antideutsche, als auch von Antideutschen (als zu Antiimperialistische) beschimpft werden.

Die Diskussionen in der Linken sind gerade bei diesem Thema alles andere als solidarisch und auf instrumentellen Erkenntnisgewinn ausgerichtet, sondern gleichen und gleichen oft moralischen Hinrichtungen der als Gegner begriffenen und dienen hauptsächlich der Abgrenzung und Selbstinszenierung. Und dies gelingt spielend mit so aufgeladenen und ambivalenten Symbolen wie der Israelfahne, die nun geschwenkt wird, oder dem Palästinensertuch, welches in einigen linken Zentren verboten wurde. Eine solidarische Diskussionskultur einzufordern, erscheint hingegen als mittlerweile fast utopisch.

Die Antideutschen wollen »Nie wieder Deutschland!« (so ihr populärster Slogan) und das bedeutet in praxi, sie verehren das »Gegenstück« (wie oben schon erklärt: die Opfer = Israel), und zwar möglichst grenzenlos und trinken deshalb »Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan« (so ein neuer Buchtitel aus diesem Spektrum von Karl Selent, der das Territorium Israels mal eben um syrische Gebiete erweitert).

Spieglein, Spieglein an der Wand

Es sollte deutlich geworden sein, dass linksdeutsche Positionierungen im Krisenherd Nahost, von innenpolitischen, von deutschen Determinanten und von Gruppenbildungs-, Abgrenzungs- und Radikalisierungsprozessen mitbestimmt sind. Die Entwicklungen im Nahen Osten, die Erfahrungen und Leiden der Menschen dort, sind nur ein Stimulus, der hier jeweils auf eine spezifische Weise verarbeitet wird. Wie gezeigt wurde, reicht das Spektrum von der Idealisierung der einen und der Verdammung der anderen Seite bis zu ihrem genauen Gegenteil. Die jeweils als gegnerische begriffene Seite (wobei selten die Frage gestellt wird, ob es vielleicht mehr als zwei Seiten gibt) wird entmenschlicht, die andere komplett verherrlicht. Und so hießen in den Siebzigern die Katzen Laila und heute die Email-Adressen Jabotinsky@web.de. Fast nie waren alle auf der einen oder anderen Seite, aber beide Identifikationsmuster sind immer abruf- und aktualisierbare WahrnehmungsfILTER.

Es ist an dieser Stelle notwendig, darauf hinzuweisen, dass im Konflikt alle Seiten eine differenziertere Betrachtung verdienen, die sie alle als ambivalent zu bewertende beleuchtet. Israel ist die Heimat vieler Opfer der Shoah und für einen Teil seiner Bevölkerung die einzige Demokratie im Nahen Osten, aber ebenso auch ein aggressives Okkupationsregime und eben Demokratie so richtig nur für Jüdinnen und Juden. Die Palästinenserinnen und Palästinenser

hingegen sind kollektiv Opfer der israelischen Besatzung, Opfer der israelisch-arabischen Konflikte, aber in Teilen auch Täter, die mit irrationaler Aggressivität und religiös-nationalistischem Wahn einen zum Teil grausamen »Befreiungskampf« führen. Festzuhalten bleibt, dass Israel und die Palästinenserinnen und Palästinenser immer als Folie deutscher Projektionen und Bespiegelungen fungierten. Scheinbar kann kaum eine Parteinahme aus Deutschland dem entgegen, niemand kann sich einfach auf einen neutralen, unbelasteten Sprechort zurückziehen; die so offensichtliche Geschichte dieses Verhältnisses muss reflektiert werden. Denn: noch so elaborierte theoretische Konstrukte, wie sie auch die Antideutschen nachträglich (!) zur Begründung ihrer Positionen entwickelt haben, sind nicht frei von Interessen und Problemen derer, die sie schufen.

Leider ist das Problem auch nicht nur ein deutsches. Die Antirassismuskonferenz von Durban im Jahre 2001 stand in der traurigen Tradition, den Nahostkonflikt zum Hauptproblem der Welt zu machen und auch die internationalen Treffen der Globalisierungskritik neigen zu der altbekannten unkritischen Parteinahme für die Palästinenserinnen und Palästinenser (die dort in der Regel auch als homogene Interessengemeinschaft konstruiert werden) bei gleichzeitiger Dämonisierung Israels. Dies scheint hier vor allem (zusätzlich zur realen israelischen Besatzungspolitik) eine Folge der In-Eins-Setzung Israels mit der größten und deshalb am folgenreichsten agierenden imperialen Macht USA. Man darf aber nicht ständig nur Schuldige oder Böse suchen, wo Strukturen erkannt und geändert werden müssten. Die antideutsche Gegenposition der bedingungslosen US- und Israelsolidarität ist um nichts besser. Es führt oft nicht weiter, wenn man sich einfach auf die eine Seite stellt, wo doch die Lage komplizierter ist, denn man wird im Israel-Palästina-Konflikt (und wo schon?) keine Seite mit ganz weißer Weste finden.

Was tun?

Die Linke sollte sich immer solcher Mechanismen der Identitätsbildung bewusst sein, die sich, wie gezeigt, auf der Gruppenebene wie auch auf der Ebene politischer Kultur bewegen. Die Betrachtung ihrer Geschichte, in diesem Fall an vergangenen und aktuellen Debatten um Israel und Palästina exemplifiziert, zeigt deutlich die Gefahren von einseitiger, nicht stets aufs Neue hinterfragter Parteinahme. Zu offensichtlich – und für die Linke sicher schwer verdaulich – ist die traurige Tatsache, dass selbsternannte Sozialisten sowohl antijüdischen Terrorismus als auch Israel verherrlichen können.

Linke Perspektiven im Nahen Osten liegen deshalb besonders auch in der Kritik der nationalen und religiösen Ideologie und im Lernen aus der steten Neukonstruktion der beteiligten Kollektive im kriegerischen Konflikt sowie in praktischer Verständigungs-Arbeit zu ihrer Überwindung. Unterdrückung entlang ethnischer Grenzlinien ist für die Überwindung des Nationalen eine schlechte Voraussetzung, weshalb man sich mit kritischer Solidarität auf palästinensische Emanzipationsversuche beziehen kann, insofern diese nicht nur eine Verlagerung der Unterdrückung und Ausbeutung in die eigene Ethnie beinhalten. Aufgabe der Analyse müsste u. a. auch sein,

sich der Klassenstruktur in Israel und innerhalb der besetzten Gebiete mit ihrer Fatah-Bourgeoisie zu widmen. Dabei wird man feststellen, welche Bedeutung der Konflikt hat, diese fragilen Gesellschaften überhaupt zusammenzuhalten, was also auch seine Funktion ist. Dies führt sicher weiter als die Suche nach den Guten.

Schlecht für diese Bestrebungen ist dabei die Krise des israelischen Friedenslagers, welches sich nur zögerlich neu formiert, und die absolute Schwäche der palästinensischen Linken, für die im Übrigen auch die Besetzung den Hauptwiderspruch bildet, was sie zur Zusammenarbeit mit Hamas und Dschihad verleitet. Die »natürlichen« Partner der Linken sind also rar.

Ebenso kann man aber aus diesen Erörterungen etwas über Kollektivbildungen und identitäre Abgrenzung innerhalb der politischen Szenerie lernen, insbesondere über die Eigenwilligkeit und Selbstreferenzialität sich ausdifferenzierender Diskurse, wenn man sich mit der hier skizzierten Sicht dem Thema zuwendet. Und genau deswegen möchte ich der deutschen Linken mit Moshe Zuckermann empfehlen, sich aus diesem Konflikt doch im Zweifelsfall lieber herauszuhalten. Bisher hat sie noch nicht zu oft Sinnvolles beigetragen.

Auswahlbibliographie

- Gerber, Jan (2003): Deutsche Selbstfindung, Israel und die radikale deutsche Linke 1989 bis 2002, unv. Magisterarbeit, Institut für Politikwissenschaft der Universität Halle.
- Haury, Thomas (1992): Zur Logik des Bundesdeutschen Antizionismus, Nachwort von: Leon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg i.Br.: Ça Ira.
- Jaeger, Kinan (1997): Quadratur des Dreiecks: die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser. Mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Wischnewski, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Kelemen, Paul (1996): In the Name of Socialism: Zionism and European Social Democracy in the Inter-War Years, *International Review of Social History* 41, p. 331-350.
- Kloke, Martin W. (1994): Israel und die Deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Frankfurt.
- Neidhardt, Irit; Willi Bischof (Hg.) (2000): Wir sind die Guten: Antisemitismus in der radikalen Linken, Münster: Unrast.
- Polkahn, Klaus (1999): Die DDR und Palästina, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38/99, S. 32-39.
- Renger, Reinhard (Hg.) (1994): Die deutsche »Linke« und der Staat Israel, Leipzig: Forum-Verlag.
- Schleker, Manfred; Ulrich Wacker (Hg.) (1990): Einmischungen. Israel, der Nahe Osten und die Deutschen, Stuttgart.
- Schneider, Karlheinz; Nikolaus Simon (Hg.) (1984): Solidarität und deutsche Geschichte: die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik; Dokumentation einer Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, August 1984, Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V., Berlin.
- Später, Jörg (1994): »...alles ändert sich die ganze Zeit. Einleitende Bemerkungen zu Internationalismus und sozialen Bewegungen«, in: Ders.: »...alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im Nahen Osten«, Freiburg: iz3w.
- Ullrich, Peter (2002): Spiegelfechtereien der deutschen Linken. Analyse oder Antideutschtum?, in: Marx-Engels-Stiftung (Hg.): Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke. Beiträge einer Tagung der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, Essen: Neue Impulse Verlag, S. 67-71.
- Ders. (2002a): Projektionsfläche Naher Osten. PalästinenserInnen, Israelis und die deutsche Linke bei der Selbstzerfleischung, *Kulturosoziologie. Aspekte, Analysen, Argumente* 2-02, S. 109-125.

KLAUS HÖPCKE

Drei Programme – eine Partei?

Bevor ich auf die drei PDS-Programme von 1990, 1993 und 2003 zu sprechen komme, will ich kurze Anmerkungen zu Stichworten aus dem Vorfeld und Umfeld unserer programmatischen Arbeit vortragen.

I

Die Existenzfrage

Weiterwirken von Sozialistinnen und Sozialisten in einer erneuerten und weiter zu erneuernden gemeinsamen Partei – oder Parteiauflösung? Unter den existenziellen Fragen, für die von den Delegierten des Außerordentlichen Parteitags im Dezember 1989 Lösungen gefunden werden mußten, war diese politisch-organisatorische Entscheidung für das Schicksal der Partei und ihrer Mitglieder von besonderem Gewicht.

In heftigen Auseinandersetzungen unter den Delegierten, von denen einige – zum Teil mit starkem Bezirksdelegationsnachdruck – die Ansicht vertraten, nur mit Parteiauflösung sei es möglich, die Fehler zu überwinden, die zum DDR-Niedergang geführt hatten, machten die Befürworter von Erneuerung in und mit der bestehenden Partei zunächst einmal geltend: Parteiauflösung würde der Regierung Modrow die parteipolitische Grundlage entziehen. Darüber hinaus wiesen sie darauf hin, daß die Bildung von zwei, drei oder vier miteinander konkurrierenden linken Parteien heraufbeschworen werden könnte. Diese würden – schlimmsten Traditionen deutscher Linker folgend – wahrscheinlich mehr Kraft in Kämpfen gegeneinander vergeuden, als sie in den gemeinsamen Kampf gegen reaktionäre politische Strömungen, Organisationen, Parteien einzubringen in stände wären.

Mit der Entscheidung der Mehrheit der Delegierten für Partei-erneuerung begann die Herausbildung der PDS. Wie wichtig diese Entscheidung gewesen und geblieben ist, werden wir gewahr, wenn wir uns einen Horror-Augenblick lang vorstellen, wo Sozialistinnen und Sozialisten heute in der deutschen Parteienlandschaft stünden, hätte der Parteitag anders entschieden.

Der Gründungskonsens

Als der ist abrufbar in aller Gedächtnis die Wortfolge: Bruch mit dem Stalinismus als System. Ein zutreffender Begriff. Wenn der Satz aber wie eine entleerte Floskel hergesagt wird, begünstigt das diejenigen, die nicht mit dem Stalinismus brechen wollten, sondern auf

Klaus Höpcke – Jg. 1933; Journalist; 1973-1989 stellv. Kulturminister der DDR; 1989 Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS, Wahl zum Mitglied von Vorstand und Präsidium der PDS, 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 1990-1999 im Thüringer Landtag. Jüngste Veröffentlichungen: Gegensteuern! Zur Politikwechsel-Debatte (1998); Meinung verpflichtet. Streitfelder: Goethes Nachlaß/Rosa – unsere Vertraute? Krieg 1998, Krieg 1999. Im Rückblick: Glanz und Elend von DDR-Kultur (2000). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die moralische Lücke, Heft 147 (Januar 2003), S. 30-38.

Der Text folgt dem Vortrag zur Konferenz »Im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konflikten und politischer Identität: 15 Jahre PDS«, veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 9./10. Dezember 2004 in Berlin. Die Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion.

Bruch mit dem Sozialismus hinarbeiteten. Von solchen Verwechslungen mußte und muß der Bruch mit dem Stalinismus bewahrt, er muß inhaltlich erschlossen und begriffen werden. Und zwar in seinen, wie ich es sehe, mindestens drei Dimensionen (um nicht verwirrend wieder von einem Dreieck zu sprechen, könnte man zur Abwechslung Dreisatz, Dreifaltigkeit oder Dreieinigkeit bemühen):

Erstens: Überwindung von administrativ-zentralistischen Partei- und Staatsstrukturen, von Kommandowirtschaft, Demokratie-Defiziten, fehlender Gewaltenteilung, Verletzung von Menschenrechten und in diesen Zusammenhängen Entschuldigung bei den Bürgerinnen und Bürgern für die verfehlte SED-Politik einschließlich begangener Verbrechen.

Zweitens: Einsatz für Freiheit und soziale Sicherheit als untrennbare Einheit, Vermeiden jeglicher Entgegensetzung von sozialen und politischen Rechten als Grundvoraussetzung sozialistischer Politik.

Drittens: Meinungsvielfalt statt Gängelei nach Dogmen – in der Gesellschaft und in der eigenen Partei.

Mit solchen geistigen Leitsätzen der sich herausbildenden PDS waren wesentliche Impulse für demokratisch-sozialistische Programm- arbeit gegeben. Zwiespältig hingegen wirkte meines Erachtens ein bejubelter nonverbaler Akt, Stichwort:

Die Besen-Metapher

Ich will etwas sagen zur showartigen Übergabe eines breiten Besens an Gregor Gysi nach seiner Wahl zum PDS-Vorsitzenden.¹ In dem Augenblick überwog im Saal die emotionale Zustimmung zu einem Symbol des Säubermachens. Wir hatten ja weiß Gott allerhand auszumisten. Man konnte an Herkules denken. Der freilich mußte der Sage nach den völlig verschmutzten Rinderstall von König Augias an einem einzigen Tag reinigen. Obwohl hier und heute bei uns auf Erden Fristen von so sagenhafter Kürze nicht ins Auge zu fassen waren, mag die Erinnerung an Herkules im Augiasstall als Ansporn zu schnellem Tempo gewirkt haben.

Der Königswusterhausener Chirurg Frank Rauhut, der den Besen »besorgte«, erinnert sich noch heute lebhaft und genau daran, wie es dazu kam: Die Delegierten hatten den Parteivorstand gewählt. Der zog sich zurück, um den Vorsitzenden, seine Stellvertreter und die Präsidiumsmitglieder zu wählen. In der so entstehenden Wartezeit beobachteten Delegierte, wie in Präsidiumsnähe ein Mädchen mit einem Strauß roter Nelken auftauchte. »Ach Herrje, das übliche Ritual«, stöhnte Rauhut und eine junge Potsdamer Parteitagsteilnehmerin, die sich gerade miteinander unterhielten. »Einen Besen müßte man ihm geben«, sagte die junge Frau. Und schon lief Rauhut los – um die Halle herum und in alle möglichen Ecken und Nischen. Bei seiner Suche bekam er zunächst aber nur ungeeignete Utensilien zu sehen. Bis er in einer Rumpelkammer eine ältere Frau sah, die wohl in dem Bau Bescheid wußte. Auf seine Frage nach einem Besen antwortete sie: »Ja, der große Saalbesen, der müßte noch hinter der Bühne stehen.« Rauhut eilte in den Saal zurück, und tatsächlich: hinter der Bühne fand er den »großen Saalbesen« – zwei auf ein Winkeleisen mit Stiel montierte Besenquasten. Seiner Delegierten-Gesprächspartnerin, die den pffiffigen Einfall gehabt hatte, fehlte,

1 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Hrsgg. von Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan, Karl Dietz Verlag Berlin 1999, S. 160.

wie sie sagte, der Mumm zur Übergabe. So fragte man eine Freitaler Lehrerin, die kurz zuvor in der Parteitagdiskussion durch eine kluge Rede aufgefallen war, ob sie das übernehmen könnte; sie stimmte ohne Zögern zu. Das war die Situation in jenem Augenblick 1989. Die Initiatoren wollten ein Zeichen gegen Karrieristen und andere Übeltäter setzen und wurden im Saal so verstanden.

Neben dem Einverständnis mit solcher Absicht empfanden einige bei der Szene ein Unwohlsein. Lothar Bisky hat darauf voriges Jahr in einem Kolloquium in der »Hellen Panke« Bezug genommen.² Einer derjenigen, die Bedenken offenbart hatten, war ich. Meine Frage war: Gibt es zu wenig Gespür dafür, daß die Vorliebe für Reinigungsinstrumente wie Besen in der Politik Neigung zu pauschalisierendem, nicht individuell prüfendem Vorgehen anzeigt?³ Außerdem ist auf historische Erfahrungen hinzuweisen: Hatte es nicht 1953 in der »Neuen Berliner Illustrierten« (NBI) in einem Artikel von Gerhart Eisler unter der Überschrift »Senator Amok« ein – übrigens in einigen westdeutschen Bundesländern in Schulbüchern jener Zeit ebenfalls veröffentlichtes – Foto des Senators McCarthy gegeben, der vor dem Capitol in Washington mit einem riesigen Reisigbesen posierte, mit welchem er »unamerikanischer Umtriebe« Bezichtigte weggefegen wollte?⁴

Das wird im Dezember 1989 den meisten nicht gegenwärtig gewesen sein; mir auch nicht. Und ebenso nicht – wie ich durch ein Gespräch mit ihm weiß – dem Königswusterhausener Chirurgen Frank Rauhut. Inzwischen aber ist 1999 die McCarthy-Story genau dokumentiert von Heinrich von Grauberg in der »jungen Welt« in Erinnerung gebracht worden.⁵ Kann man das heute – fünf weitere Jahre danach – außer Betracht lassen?

Diese Frage gilt erst recht für Fakten, nachlesbar in zwei 1992 in deutschen Ausgaben erschienenen Büchern von Nikita Chruschtschow und Roy Medwedew. In »Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren« lesen wir über den XV. Parteitag der KPdSU (B) im Dezember 1927: »Eine der Delegationen überreichte dem Parteitagspräsidium einen Stahlbesen, und Rykow, als Vorsitzender des Präsidiums, übergab den Besen Stalin mit den Worten: ›Hiermit überreiche ich diesen Besen unserem Genossen Stalin, auf daß er damit unsere Feinde hinwegfege.‹ Das gab großen Beifall und Gelächter. Rykow selber mußte auch lachen; augenscheinlich traute er Stalin zu, diesen Besen klug zu gebrauchen, zum Wohl der Partei, gegen parteifeindliche Elemente und die Gegner der Parteilinie. Rykow hat wohl nicht vorhergesehen, daß er von diesem Besen, den er Stalin 1927 übergab, selber weggefegt werden würde.« In einer Anmerkung dazu wird mitgeteilt: Alexej Iwanowitsch Rykow, direkter Nachfolger Lenins als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare (Regierungschef der Sowjetunion), der zusammen mit Bucharin Stalin geholfen hatte, den Stab über Trotzki, Sinowjew und Kamenew zu brechen, wurde zehn Jahre später nach einem entsprechenden Prozeß im März 1938 erschossen.⁶ – Ähnlich wie Alexej Rykow 1938 erging es 1952 dem Generalsekretär des ZK der KPC Rudolf Slansky, der zuvor als Säuberer so rücksichtslos agiert hatte, daß er den Spitznamen »der große Feger« hatte. Wegen mangelnder Gefügigkeit in Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR und aus

2 Lothar Bisky: Gruß an einen guten alten Bekannten – formuliert mit seinen und mit meinen Worten, in: Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Hrsgg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, GNN Verlag Schkeuditz 2004, S. 15. Höpckes Satz »1989 gehörte ich zu denen, die ... wegen des problemverzerrenden Sinngehalts der gewählten Bildhaftigkeit ein ungutes Gefühl hatten«, versah Bisky mit drei Ausrufezeichen.

3 Vgl. die Notiz »Zur Frage nach dem Besen«, in: Klaus Höpcke: Meinung verpflichtet, GNN Verlag 2000, S. 283-285; darin heißt es u. a.: »In der Vorstellung mancher stellte sich die sehr widerspruchsvolle Problematik der politischen und sozialen Umbrüche als Wegfegen von Leuten, die Verantwortung getragen hatten, und überhaupt als eine Art Großreinemachen dar. Der metaphorische Gehalt des Akts der Überreichung des Reinigungsgeräts entsprang solcher Sicht und begünstigte sie.« Und weiter: »Für das Bedürfnis nach Selbstreinigung gab es Gründe – von geprüften und auch ungeprüften aktuellen Anlässen bis zu tiefreichenden Ursachen. Zweifellos. Dennoch halte ich es für gerechtfertigt, die gestische Episode mit dem Besen kritisch zu betrachten; sie zum eigentlichen Ereignis des Parteitags zu stilisieren – hinzuweisen, umzuempfinden – halte ich ... für falsch.« (S. 284).

4 Neue Berliner Illustrierte, Heft 46/1953, S. 14. Die Bildunterschrift zu dem McCarthy-Foto lautete in

einer späteren Dokumentation: »Das Letzte: Senator Joe McCarthy vor dem Capitol in Washington mit einem großen Besen, der das Land von »Kommunisten« befreien sollte. Gemäß Trumans Vision einer »freien Welt« hatten sich Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre bekannte Künstler wie Humphrey Bogart, Lillian Hellman, Dashiell Hammet und Bertolt Brecht vor dem von McCarthy initiierten »Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe« zu verantworten.«

5 junge Welt, 18./19. Dezember 1999, S. 10.

6 Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren. Hsgg. von Strobe Talbot. Eingeleitet und kommentiert von Edward Crankshaw. Mit einem Vorwort zur Taschenbuchausgabe von Botho Kirsch, Rowohlt Verlag Hamburg 1992, S. 50.

7 Siehe: »Ein kleiner Feger in der großen Zange. Heinrich von Graubergers Wintergartenlektüre (Teil IV)«, in: junge Welt, 18./19. Dezember 1999, S. 10/11.

8 Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus, Karl Dietz Verlag Berlin 1992, Bd. 1, S. 173.

antisemitischen Motiven wurde ihm der Prozeß gemacht, in dessen Folge Stalin Slansky wegfeigen ließ.⁷

Welcher sprachliche Ausdruck sich dem stahlborstenbestückten Fegegerät auf dem 1927er Parteitag hinzugesellte, skizziert Roy Medwedew in seinem Buch »Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus«. Beim Lesen der folgenden Auszüge belasse man es, bitte, nicht bei entgeistertem Kopfschütteln, sondern frage sich – nochmals: bitte – unaufgeregert und aufgeregt zugleich: Kann behauptet werden, in anderen Parteien als der KPdSU(B) und in neueren Zeiten sei der Umgang mit Kritikern gänzlich frei von Anklängen an Töne wie die hier zitierten? Medwedew schreibt: »Es herrschte eine Atmosphäre der Intoleranz: Reden einzelner Vertreter der Opposition wurden barsch unterbrochen, von allen Seiten hagelte es scharfe und beleidigende Rufe. Viele Parteitagsdelegierte forderten, noch härtere Maßnahmen gegen die Anhänger der Opposition zu ergreifen und jegliche Diskussion in der Partei einzuschränken. ... Ein Delegierter aus Tscheljabinsk, Kusma Ryndin, sagte: »Man darf diesen Betrügern der Partei und ihren Versprechen keinerlei Glauben schenken. Wir wollen arbeiten, wir haben keine Zeit, uns mit Gezänk zu befassen und Kommissionen für alle möglichen Untersuchungen zu bilden.« Das Mitglied des ZK Filipp Golostschokin erklärte: »Wir müssen die Partei von dem oppositionellen Geschwätz befreien. ... Genossen, wenn wir mit der Opposition langes Federlesen machen, wird das unser Untergang sein.« Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Alexej Rykow, verstieg sich sogar zu folgender Äußerung: »Wenn man die Lage bedenkt, die die Opposition zu schaffen versucht hat, dann sitzen sehr wenig Menschen in den Gefängnissen. Ich denke, wir können uns nicht dafür verbürgen, daß die Zahl der Gefängnisinsassen in der nächsten Zeit nicht um einiges erhöht werden muß.« (Dazu gab es Zurufe aus dem Saal: »Richtig!«) Der Moskauer Delegierte G. Michailowski, der historische Tatsachen entstellte, sprach sich generell gegen Diskussionen in der Partei aus.«⁸

Dieser »Kehr«seite der Besen-Metapher, ihrer Entschlüsselung in repressionserpichteten Text-Fetzen entsprachen Säuberungskampagnen, genannt »Tschistka«.

Angesichts der Gelegenheiten zu historisch-kritischer Recherche und differenzierendem Nachdenken halte ich es für gerechtfertigt, Fotos vom Besen-Akt in der Berliner Dynamo-Halle auch kritisch zu sehen, statt sie geradezu verherrlichend als Sinnbild der Erneuerung zu präsentieren.

II

Nun zu der vom Veranstalter gestellten Frage, ob es eine und dieselbe Partei ist, die in den Programmen von 1990, 1993 und 2003 ihre Ziele, die ihnen zugrunde liegenden Wertvorstellungen sowie die Wege beschreibt, auf denen sie die Ziele zu verwirklichen anstrebt.

Wer wir sind, woher wir kommen, was wir wollen

Welche Auskunft geben die Programme darüber, *wer wir sind?* »Die PDS ist als sozialistische Partei offen für alle Kräfte des Volkes, die sich für eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit und solidari-

scher menschlicher Beziehungen einsetzen.«⁹ In dieser positiven Aussage stecken zugleich vier Abschiede: nicht Klassenpartei; nicht Weltanschauungspartei; nicht Annahme, Fortschritt und Sozialismus-sieg seien gesetzmäßig determiniert; nicht Anspruch auf führende Rolle gegenüber anderen. Die PDS orientiere sich, wird gesagt, »besonders an den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter und aller Werktätigen«. Und weiter: »Sie strebt kein Monopol der Macht an. Geistige Intoleranz, Unfehlbarkeitsglauben, Missionarismus und Sektierertum sind ihr fremd. Ein Wahrheitsmonopol gibt es für uns nicht.«¹⁰ Bei dieser Haltung von 1990 ist die Partei in ihren späteren Programmen geblieben.

Eine Hin- und Her-Nuancierung gab es allerdings zu einem Satz, der nach ausführlicher Diskussion in das 1993er Programm aufgenommen wurde: »In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.«¹¹ Obwohl dem Satz Wirklichkeitsgehalt nicht abzusprechen ist, sollte er nach Meinung einiger im Text von 2003 fehlen. Er blieb dann aber doch erhalten. Umso mehr spitzte ich die Ohren, als am 9. Dezember 2004 in der Podiumsrunde der Parteivorsitzenden anlässlich der 15. Wiederkehr des Tags der Gründung der Partei deutlich wurde: Für Jüngere, die der Partei des Demokratischen Sozialismus aufgeschlossen begegnen, ist der Gesichtspunkt des grundsätzlichen Infragestellens kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse von besonderem geistigen Reiz und wachsendem politischen Interesse.

Zur Frage, *woher wir kommen*, enthalten die Programme zunächst einmal Nachrichten zu Quellen unseres Denkens in den Arbeiten von Marx und Engels, W. Liebknecht und Bebel, anders als zuvor auch von Bernstein und Kautsky, und mit dem größten Bemühen um erweiterte Kenntnis und tieferes Verständnis von Rosa Luxemburg sowie Karl Liebknecht, Lenin und Gramsci. Extra hervorgehoben wurden die ihnen nachfolgenden vielfältigen Weiterentwicklungen sowie Berührungen mit pazifistischen und religiös begründeten humanistischen Standpunkten.¹² Nicht minder wichtig sodann unsere rückblickende Sicht auf das Scheitern des sozialistischen Versuchs.

Im 1993er Programm ist letzterem ein eigener Abschnitt gewidmet.¹³ Dessen Aussagen haben ein Jahrzehnt lang vielen Genossinnen und Genossen geholfen, Stehvermögen und Überzeugungskraft gegenüber den verschiedensten DDR-Delegitimierungswellen zu beweisen und andererseits Schönfärberei abzulehnen, mit der einige aus den eigenen Reihen unser Leben vor 1989 ebenfalls verfälschen. Es bleibt dabei: Sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes eingesetzt zu haben, das bedarf keiner Entschuldigung. Es ist dann sowohl von wertvollen Ergebnissen und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit als auch von Fehlern, Irrwegen, Versäumnissen und selbst Verbrechen die Rede. Klar ausgesprochen wird, »daß ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes erkämpft, entwickelt und getragen wird, der nicht die Selbstbefreiung des Menschen gewähr-

9 Wahlparteitag der PDS 24./25. Februar 1990, Dietz Verlag Berlin, S. 90.

10 Ebenda.

11 Programm der PDS, beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitags der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, S. 25.

12 Wahlparteitag der PDS, a. a. O.

13 Programm der PDS ... 1993, a. a. O., S. 5, 6 und 7: »2. Das Scheitern des sozialistischen Versuchs«.

14 Ebenda.

leistet, früher oder später scheitern muß«. Der Abschnitt schließt mit der Feststellung: »Für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Deutschlands wie auch für die Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten in diesem Land ist es ebenso notwendig, sich mit den Defiziten in der DDR-Gesellschaft auseinanderzusetzen, wie die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen.«¹⁴

Daran war und ist nichts zu revidieren. Deswegen wurde im Abschnitt IV des Programms von 2003 die entsprechende Passage in gleichem Geist gefaßt. Und wenn nicht jeder dieser Sätze im jetzt gültigen Programm wiederholt wurde, sehe ich darin keineswegs eine nachträgliche Rechtfertigung von Revisionsübungen, in welchen medialen oder parlamentarischen Formen auch immer stattgehabt. Solchen Übungen steht auch die strikte Aussage entgegen: »Aus historischer Erfahrung wenden wir uns entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikommunismus.«¹⁵

15 Programm der PDS, Beschluß der 2. Tagung des 8. Parteitags der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 49.

Was wir wollen – wie wir es wollen – warum wir es so wollen:

»Sozialismus – Ziel, Weg und Werte« ist der erste Hauptabschnitt des vom Chemnitzer Parteitag (25./26. Oktober 2003) beschlossenen, jetzt gültigen Programms überschrieben. Er beginnt fast Wort für Wort so wie der entsprechende Abschnitt im vorher geltenden Programm. Es heißt jetzt: »Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.«¹⁶

16 Ebenda, S. 5.

Die Marktwirtschaftsfrage

Bei der Erörterung von Ziel-, Weg- und Werteformulierungen im Entwurf für das spätere Chemnitzer Programm hat am meisten Staub aufgewirbelt, daß da ziemlich herausgehoben ein Lob von Unternehmer»tum« und seinem Gewinnstreben festzuschreiben versucht worden war. Im Ergebnis von Diskussionen über Monate wurden Möglichkeiten einer vertretbaren Einbettung unternehmerischer Tätigkeit in das wirtschaftsbezogene Wirken anderer Kräfte der Gesellschaft gefunden. Als PDS-Politik-Forderung ist jetzt von einer »anderen Regulation von Wirtschaft« die Rede, wozu es heißt: »Ein größerer Freiraum für Bürgerinnen und Bürger, um selbständig über die eigenen Angelegenheiten zu entscheiden, kann das schöpferische Wirken von Arbeiterinnen, Arbeitern und Selbständigen, von Ingenieuren, von wissenschaftlich Tätigen, von Leitungs- und Verwaltungsangestellten in Produktionsbetrieben, im Dienstleistungsreich und bei deren sozialer Lenkung anregen und begünstigen. Mehr Einfluß zivilgesellschaftlicher demokratischer Kräfte, neu zu

bestimmende sozial-ökologische Rahmenbedingungen für den Markt und vorausschauend gestaltende nationalstaatliche und internationale Politik müssen zu einer neuen gesellschaftlichen Regulationsweise verbunden werden.

Die gesellschaftliche Dominanz der Profitlogik ist daher mit der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar. Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.

Diese sozialistische Grundüberzeugung vertreten wir angesichts der bedrohlichen Differenz zwischen weltverändernden Produktivkräften und ihrer eingeschränkten Beherrschbarkeit aufgrund der gegenwärtigen Macht- und Eigentumsverhältnisse und der mehrheitlich verinnerlichten Denk- und Verhaltensweisen.«¹⁷

Übrigens: Wer dachte und schrieb, das Verhältnis der PDS zur Marktwirtschaft sei erstmals 2003 im Chemnitzer Programm zum Ausdruck gebracht worden, irrte. In Wahrheit hat bereits der 1990er Wahlparteitag – und zugleich erste Programmparteitag – der PDS zur Problematik demokratischer Sozialismus und Marktwirtschaft Stellung genommen. Im Abschnitt II des von ihm beschlossenen Programms (Wege des Fortschritts in unserer Gesellschaft) wurde im ersten Teil (Marktwirtschaft und soziale Ideale) gesagt, »eine am Gemeinwohl der Gesellschaft und an dem Wohl jedes einzelnen orientierte Marktwirtschaft« sei »kein Widerspruch zu sozialistischen Wertvorstellungen«. Das müsse, hieß es weiter, »eine Marktwirtschaft sein mit ausgeprägter sozialer und ökologischer Zielstellung, die Leistung stimuliert und belohnt und wirtschaftliche Initiative in jeder Weise fördert. Die Regulierung durch den Markt muß im Interesse des Gemeinwohls unserer Gesellschaft und zukünftiger Generationen durch strategische Wirtschaftssteuerung des Staates ergänzt werden, wobei der Gesamtprozeß der demokratischen Kontrolle der Öffentlichkeit unterliegen muß«. Wir sprachen uns für ein marktwirtschaftliches Konzept aus, »das die Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit unseres Volkes nicht preisgibt und in dem auch das gesellschaftliche Eigentum einen gewichtigen Platz hat; das vielfältige Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln entfaltet, ihnen gleiche Wettbewerbschancen einräumt; ... in dem das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit gewährleistet wird; das einer umweltschonenden Produktions- und Lebensweise verpflichtet ist und einen ökologischen Umbau der Gesellschaft zum Ziel hat.«¹⁸

17 Ebenda, S. 6.

18 Wahlparteitag der PDS, a. a. O., S. 93.

Die Freiheitsgüter

Zu einem aus meiner Sicht weniger befriedigenden Ergebnis haben die Debatten um »Freiheitsgüter« und die Wechselbeziehungen zwi-

schen Freiheit und Gleichheit geführt. Gut, es ist die vordergründige Massierung der Vokabel »Freiheitsgüter« etwas eingeschränkt worden, und deutlich mehr als in den Leitlinien und anderen Vorentwürfen findet man jetzt Bezugnahmen auf Gleichheit. Aber der vereinseitigende Satz »Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik« blieb stehen (*der* Bezugspunkt – statt: Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind *die* Bezugspunkte). Folgerichtig gibt es in unserem jetzigen PDS-Programm zwar den Satz »Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung«, nicht aber den Satz, daß Freiheit ohne Gleichheit ebenfalls Unterdrückung ist.¹⁹ Und das in einer Welt, in der die Unfreiheit von Milliarden Menschen von der Ungleichheit herrührt, von einer massiven, mit Kapital- und Militärgewalt betriebenen menschenverachtenden Ungleichmacherei.

19 Programm der PDS ...
2003, a. a. O., S. 6.

(Wer es für angebracht hielte, diese Überlegung mit dem Hinweis zu kontern, es gehe doch darum, soziale und politische Rechte nicht gegeneinander zu sehen und zu setzen, sondern in ihrem untrennbaren Zusammenhang, könnte sich fragen, ob er vielleicht überhört oder vergessen habe, daß genau dies gerade ein paar Zeilen weiter oben geschrieben wurde: in den Anmerkungen zum Stichwort Gründungskonsens. Wir hätten es mit einer Polemik nach dem Motto »Eulen nach Athen tragen« zu tun.)

Das Eigentum an Produktionsmitteln

Was das Eigentum an Produktionsmitteln betrifft, war im 1993er Programm gesagt worden: »Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß.«²⁰

20 Programm der PDS ...
1993, a. a. O., S. 8.

Im jetzigen Programm ist der PDS-Standpunkt so zu fassen versucht: »Die Eigentumsfrage als eine Grundfrage sozialistischer Bewegung ist für uns vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen.« Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum bestehe in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.²¹

21 Programm der PDS ...
2003, a. a. O., S. 8.

Das, finde ich, ist in Ordnung. Schade allerdings, daß wir im Satz über die Alternative zu kapitalistischem Eigentum vor der von mir referierten positiven Aussage eine Prise Selbstgewißheit gegen Staatseigentum unterzubringen nicht unterlassen haben. Die Alternative bestehe, wird nämlich apodiktisch gesagt, »nicht in allumfassendem Staatseigentum«. – Allumfassend hatte niemand gefordert. Dagegen scheint es mir weltgeschichtlich verfrüht zu sein, Vergesellschaftungsformen in Gestalt von Staatseigentum eine allumfassende Absage zu erteilen. Im Vergleich zu der so eingenommenen Pose Professor Allwissend und Doktor Ganzgewiß würde ich dem bescheidenen Eingeständnis von möglichem Zweifel, der Haltung von im Suchen weiter Fragenden den Vorzug geben.

Insofern ist es sehr gut, daß wir im weiteren Text des Programms differenziert und präzise sagen: »Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, müssen gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, müssen zurückgedrängt und überwunden werden. Wir halten an der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest und sind dafür, diese Möglichkeit umzusetzen, wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und wirksamer Bereitstellung der sozialen Grundgüter beiträgt. Wir wollen das weltweite Diktat von Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds (IWF) über die Rahmenbedingungen von Wirtschaft überwinden, die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Wissen stoppen und schrittweise rückgängig machen, wo dies dem Gemeinwohl entspricht.«²²

22 Ebenda.

Die Alternativen

Was wir wollen und wie wir es wollen, das mußte im Geiste grundsätzlicher Positionen, aber im Hinblick auf in nächster Zeit anzupackende Politikaufgaben auch unter Berücksichtigung jetzt obwaltender Bedingungen detailliert ausgearbeitet und zusammenfassend dargestellt werden. Das ist in den *umfangreichen Alternative-Abschnitten* sowohl des Programms von 1993 als auch des Programms von 2003 geschehen²³ – für *PDS-Politik-Inhalte* zu Demokratie, Frieden und Gewaltfreiheit, Wirtschaft, Umwelt, Arbeit, sozialer Sicherheit und Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien und Ostdeutschland.

23 Programm der PDS ... 1993, a. a. O., S. 9-24, und Programm der PDS ... 2003, a. a. O., S. 20-48.

In dem Ende Oktober 2004 auf dem Potsdamer Parteitag beschlossenen Leitantrag wurden mehrere im Programm gestellte Aufgaben weiter konkretisiert:²⁴ von neuer Wirtschaftsstrategie über Wertschöpfungsabgabe, Rentenversicherung und Mindestrente von 800 Euro, solidarische Bürgerversicherung, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung und Mindesteinkommen von 1 400 Euro, mehr Arbeitsplätze, verkürzte Arbeitszeit und Tariftreuegesetz, Steuerkonzept bis zur Besteuerung aller Einkünfte und gegen Privilegien, zu einem Programm der Energieeinsparung und zur verstärkten Orientierung auf erneuerbare Energien, um das Überleben der Menschen gegen die Gefahren, die von der Verunreinigung der Atmosphäre mit Klimagasen und ultrafeinen Stäuben ausgehen, zu gewährleisten; von einem klaren Nein zu Privatisierung und Börsengang der Deutschen Bahn, von Bildungsreform, Ausbildungsplatzabgabe, Veränderungen im Hochschulbereich einschließlich der Verhinderung von Studiengebühren, Nutzung der Entwicklungspotentiale und spezifischen Möglichkeiten in Ostdeutschland und allen in die Struktur-schwäche getriebenen Regionen, um ihre Benachteiligung mit deren schlimmen demographischen Folgen zu überwinden, mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung und Kampf zum Stopp des Rechts-

24 »Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! Als sozialistische Partei 2006 in den Deutschen Bundestag«, Beschluß der 1. Tagung des 9. Parteitags der PDS, in: DISPUT 11/04 (zugleich Pressedienst der PDS 45/46), S. 49-59 (hier besonders S. 52-58).

extremismus bis hin zur PDS-Positionsbestimmung gegenüber dem bisher vorliegenden EU-Verfassungsvertrag.

Es handelt sich durchweg um Vorhaben zum vervollkommenden Ausbau, zur besseren Fundierung, Stärkung und ergänzenden Weiterentwicklung sozialstaatlicher und demokratischer Regelungen.

Dabei ist auf das Verhältnis von Widerstand und Mit- und Umgestaltung Bezug genommen worden, was nicht zuletzt die Wechselbeziehungen zwischen außerparlamentarischem Kampf und parlamentarischer Arbeit einschließlich der je nach Kräfteverhältnis und realen Politikwechsel-Chancen zu entscheidenden Beteiligung oder Nichtbeteiligung an Landesregierungen in Ostdeutschland betrifft. Hierzu gab es im 1993er Programm eine stärkere Gewichtung außerparlamentarischer Aktivitäten und Aktionen²⁵, was nicht heißt, diese würden im jetzigen Programm vernachlässigt, aber sachlich als eine gewisse Gewichteverschiebung doch festzustellen ist.²⁶ Es bleibt in der Praxis zu prüfen, was aus neueren Erfahrungen gefolgert werden kann.

25 Programm der PDS ... 1993, a. a. O., S. 25

26 Programm der PDS ... 2003, a. a. O., S. 51

Regierungsbeteiligung oder nicht?

Um ganz knapp meinen Eindruck von der gegenwärtigen Dynamik dieser zwei Seiten des »strategischen Dreiecks« der PDS-Politik mit zur Diskussion zu stellen:

Zu Veränderungen sind wir in zunehmendem Maße, ja in letzter Zeit fast ausschließlich durch den Druck außerparlamentarischen Protestes und Widerstands gekommen, und selbst, was dabei herauskam, geriet verhältnismäßig geringfügig – trotz zeitweilig großer Massenbeteiligung. Sehr viel hängt davon ab, ob und wie es gelingt, den Druck zu verstärken, der von solchen Aktionen ausgehen kann. Also: Unser Zusammenwirken mit Bewegungen wie Attac, mit Gewerkschaften und Verbänden muß weiter entwickelt werden. Das ist das A und O. Viel hängt auch davon ab, wie sich die Beziehungen zwischen der PDS und den sich als Wahlalternativen verstehenden neuen Zusammenschlüssen gestalten. Den sozialen und politischen Interessen der Arbeiter und Angestellten entsprechend kooperativ? Oder so, daß sie sich gegenseitig aus dem Felde schlagen – zum Frohlocken der Vertreter asozial programmierter Parteien und Verbände?

Die Parlamentsarbeit und da, wo sie stattfindet, Regierungsbeteiligung, sollte stetig selbstbewußt und frei von Selbstgefälligkeit daran gemessen werden, wie sie tatsächlich zur Mit- und Umgestaltung der Verhältnisse beiträgt. Unsere Programmatik würdigt das Politikum, das schon der Fakt darstellt, wenn uns Wahlergebnisse die Wahrnehmung von Regierungsverantwortung nahelegen, ja fast auferlegen. Zur Solidarität mit Genossinnen und Genossen, die dann entsprechende Funktionen und Arbeitsaufgaben übernehmen, gehören Unterstützung und Kritik. Wer Kritik abwimmelt, schadet sich, schadet seiner Mit-Regierungsfähigkeit, schadet dem politischen Ansehen unserer Partei und mindert ihre Aussichten auf Erfolge in künftigen Wahlen. Wer hingegen Unterstützung und Kritik annimmt, ja in Kritik von Kampfgefährten auch eine wichtige Art von Unterstützung erkennt, der mehrt in allen diesen Richtungen das Gewicht unserer Partei und ihrer Politik.

Von der dritten Seite im strategischen Dreieck – den über den Kapitalismus hinausgehenden Überlegungen – habe ich den Eindruck, daß sie augenblicklich arg vernachlässigt wird. Die Leute aber erwarten von uns auch Zukunftsentwürfe.

Die Lage und die Selbstveränderung

Ein interessanter Streitpunkt war in allen Programmdebatten, die wir in der PDS miteinander erlebten, die Frage, *wie wir die Situation in der Welt und im Land sehen und beurteilen*. Aus Platzgründen kann ich das jetzt nicht im einzelnen ausführen. Nur so viel: Es ging und geht immer wieder darum, ob die Schärfe des epochalen Umbruchs von 1989 zutreffend erfaßt oder durch mildernde Beschreibungen verharmlost wird. Das reichte bis ins Terminologische. Es gab Scheu, imperialistische Politik imperialistisch zu nennen, eine Scheu, die nicht zuletzt durch das Erlebnis der rauen Wirklichkeit dieser Politik überwunden wurde; die Texte belegen das – behutsam.²⁷

Wie *Veränderung mit der PDS und Selbstveränderung der PDS* als einheitlicher Prozeß verstanden werden, das haben wir uns im PDS-Alltagsleben erstritten und erfahren und im Programm niedergeschrieben.²⁸ Daß wir uns in unseren politischen Kämpfen auch weiterhin selber ändern, das wollen wir hoffen und daran wollen wir arbeiten. Zum Beispiel, indem der gedankliche Reichtum, der in den Köpfen unserer Mitglieder und Sympathisanten steckt, als anregende Kraft unserer politischen Arbeit sich voll entfalten kann – von allen so begriffen, genutzt und gefördert. Was heißt, im sechzehnten Jahr unserer Existenz als Partei des demokratischen Sozialismus nicht zu vergessen, worüber wir uns im Jahr der PDS-Gründung so klar geworden sind, daß wir darüber in dankenswerter Deutlichkeit gesprochen haben (ich zitiere aus den 1990er Begründungsreden zu Programm und Statut):

Wir sollten »überall im Lande die Wirksamkeit der Intellektuellen stärken. Das gilt auch für die Arbeit innerhalb unserer Partei. Die Bildung von Organisationsformen, wie zum Beispiel künstlerische Arbeitskreise, wissenschaftliche Gesellschaften, könnte das fördern.«²⁹ Und weiter: »Angesichts der breiten sozialen Basis der Partei und der Betonung der Individualität eines jeden Menschen orientiert das Statut auf die spezifische Interessenvertretung junger Genossinnen und Genossen, der Parteimitglieder mit höherem Lebensalter, der Frauen in der Partei, der sozial Schwachen, Behinderten und weiterer Personengruppen. Darum sieht das Statut auch die Möglichkeit vor, Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Diese sollten durch die Basisorganisationen und Vorstände unterstützt werden.«³⁰

Ansätze wie die damals so skizzierten könnten bei heutigen Anläufen zu Parteireform und Statutüberarbeitung weiter ausgebaut und gekräftigt werden. Für einen Irrtum halte ich die Annahme, IG, AG, Plattformen zu beeinträchtigen, die Aufmerksamkeit für sie zu schmälern, sei ein Weg zur Erhöhung der Geschlossenheit der Partei. Gewollte Steigerung ihrer Aktivitäten und integrative Toleranz im Umgang mit ihnen – auf diesem Weg kommen wir, wie die Erfahrung zeigt, am besten voran.

27 Siehe z. B. die Seiten 3, 15 und 16 des Programms von 2003.

28 Ebenda, S. 49-53.

29 Wahlparteitag der PDS, a. a. O., S. 85.

30 Ebenda, S. 111.

III

Es ist nicht überflüssig, sich auch zu überlegen, inwiefern wir uns nicht zu ändern gedenken. Es sei erlaubt, das am *Beispiel unseres Verhältnisses zur SPD und der SPD zu uns* zu veranschaulichen.

Am 20. Dezember 1989 tagte in Berlin ein Programm-Parteitag der SPD. Er beschloß das »Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«. Dessen zweiter Abschnitt »Die Grundlagen unserer Politik« beginnt mit folgender Darstellung von »Grunderfahrungen und Grundwerten«:

»Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.«³¹

Dies ist nicht die einzige Stelle, an der zumindest kritische Berührung oder sogar weitergehende verbale Nähe zwischen sozialdemokratischen Auffassungen und Auffassungen demokratischer Sozialisten der PDS spürbar wurden. Das hat verständlicherweise unsere eigenen Programm-Ideen mit beeinflusst.³²

Heutigen Verlautbarungen aus der SPD fehlt es vielfach an Aussagen, die kritische Berührung und verbale Nähe zwischen dieser und unserer Partei vermuten oder erkennen lassen. Koalitionsregierungen auf Landesebene zum Trotz haben wir es auf SPD-Bundesebene im Hinblick auf die PDS mit zweierlei zu tun:

a) Wegwünsche-Träume, Austilge-Ambitionen, heimliche Abwerbersuche und unheimliche kleinkarierte Benachteiligungsmanöver à la Thierse gegen Lötzsch und Pau.

b) Anmaßende Forderungen nach Handlungs- und Standpunktänderungen in der PDS-Politik, nämlich: Wir sollen erstens die Vergangenheit so sehen wie die SPD, zweitens die Marktwirtschaft so praktizieren wie die SPD, drittens unsere außenpolitischen Positionen denen der SPD anpassen.

Schon vor Jahren, als er noch SPD-Generalsekretär war, hat Franz Müntefering solches Auflisten betrieben. Das sind seine Bedingungen, ob die SPD mit der PDS kann oder nicht kann.³³ Ich nenne dies Münteferings Domestikationskatalog. Strieder ging schon mal an dessen präambulierende Realisierung.³⁴

Was in Sachen Geschichte dabei herausgekommen ist, charakterisierte Detlef Joseph, BO 3/02 Berlin Treptow-Köpenick der PDS, in einem der Außerordentlichen Tagung des 8. Landesparteitags der PDS Berlin am 12. Januar 2002 unterbreiteten Antrag so: »Die zu Recht verurteilte Praxis der SED, geschichtliche Ereignisse parteiamtlich zu interpretieren, sollte nicht wiederaufleben. Regelmäßig führt bei Geschichtsexkursen einer Partei deren praktisches Politikinteresse die Feder und nicht die erforderliche Objektivität der wissenschaftlichen Betrachtung realer Geschichte.«

Von PDS-Zugeständnissen an SPD-Geschichtsverzerrungen – ob nun von Gremien oder einzelnen Personen geäußert – nahm Müntefering Kenntnis. Punkt 1 seines Katalogs hakte er geschäftsmäßig zunächst mal ab. Mit umso eifriger gesteigertem Aufwand nahm er

31 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag am 20. Dezember 1989 in Berlin, S. 6.

32 Das betraf z. B. Gedanken zur Gleichstellung aller Menschen in einer solidarischen Gesellschaft und über die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit.

33 Siehe z. B.: Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 2000.

34 Vgl. die Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Landesverband Berlin, und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Landesverband Berlin, für die Legislaturperiode 2001-2006, Präambel.

sich nun seine Katalogpunkte 2 und 3 vor, um weiter Druck auf die PDS auszuüben. In der Außen- und Wirtschaftspolitik habe die PDS »einiges zu klären«. Unter anderem ging es ihm um ihr Verhältnis zur NATO und die Frage, ob sie »Systemopposition« betreiben wolle oder sich als »Reformpartei« verstehe.³⁵ Nach Ringstorffs koalitionsabsprachewidrigem Ja zur Rentenreform im Bundesrat warf Müntefering der PDS-Spitze Fundamentalismus vor.³⁶ In der Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik, aber auch in Fragen der sozialen Marktwirtschaft und des Privateigentums stimmten die Positionen der PDS nicht mit den Aufgaben dieses Staates überein.³⁷ Wegen des Verhaltens der PDS-Abgeordneten bei den Bundestagsabstimmungen zu Mazedonien und Afghanistan hat Müntefering Gregor Gysi und Dietmar Bartsch abgekanzelt, als handle es sich bei ihnen um ihm untergeordnete Leiter von SPD-Abteilungen. Sie hätten »versagt«, ließ er wissen.³⁸ Das klingt, als hätten sie gewollt, was sie nach Münteferings Willen sollten, es aber nicht zuwege gebracht, nicht geschafft. Deswegen büstet der General seine vermeintlichen Burschen ab: Ihr Versager! – Wird man so bewertet, ist es zweckmäßig, öffentlich kundzutun: Versagt hätten wir, wenn wir auf Münteferings Verlangen eingegangen wären.

In einer Anfang 2001 von der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgelegten Studie heißt es, die SPD-Doppelstrategie gegenüber der PDS (Umarmung und Bekämpfung) habe bislang keinen Erfolg gehabt: »Weder ist es der Partei gelungen, die PDS in den neuen Ländern entscheidend zu schwächen (Stichwort Entzauberung), noch konnte sie ihre eigene soziale Basis zu Lasten der PDS deutlich verbreitern.«³⁹

Im Herbst 2002 mag Müntefering über solche Diagnose gelächelt haben. Hatte die von ihm so dauerhaft gescholtene PDS nicht gerade eine eindrucksvolle Bauchlandung »hingelegt«? War das Verfehlen der fünf Prozent bei den Bundestagswahlen vielleicht der Anfang des von ihm ersehnten Endes der PDS? Im Sommer 2004 gab es wieder Wahlen. Und es zeigte sich: Die PDS hatte die Kraft, sich erneut hochzurappeln. Dank der Erkenntnis, daß zur Niederlage von 2002 wesentlich beigetragen haben: mangelnde Eigenständigkeit in Wahlaussagen, Schielen aus der Führungsriege nach seinerzeit wie heute illusorischen Mitregierungsaussichten im Bund und herablassendes Abtun von Kritik aus den Reihen der eigenen Partei als störende »Bedenkenträgerei«. Die Partei als Ganzes erwies sich als imstande, solche Fehler nicht zu wiederholen. Wählerinnen und Wähler honorierten das.

Der Mann, von dem hier ein paar Absätze lang die Rede war, liebt oder kann, wie er sagt, kurze Sätze. Von vornherein gut sind kurze Sätze nicht in jedem Fall. Sie können auch mißraten. Ein Beispiel dafür lieferte Müntefering mit seiner Behauptung: »Die Bundesrepublik braucht keine Partei wie die PDS.«⁴⁰

Könnten Menschen in SPD-Führungspositionen möglicherweise erkennen, daß es inzwischen an der Zeit ist, einen anderen Umgang mit der PDS als bisher zu pflegen, einen Umgang, der ihrer wirklichen Rolle in der Gesellschaft gerecht zu werden versucht? Wie ihre drei Programme und ihr tägliches Wirken in den 15 Jahren seit ihrer Herausbildung zeigen, ist das eine sich eigenständig entwickelnde

35 Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 2000.

36 Berliner Zeitung, 15. Mai 2001.

37 NETZEITUNG, 3. Juli 2001.

38 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar 2002.

39 Arbeitspapier/Dokumentation, hrsgg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: SPD und PDS auf Bundesebene: Koalitionspartner im Wartestand?, Sankt Augustin, Februar 2001, S. 1; Ansprechpartner Dr. Stephan Eisel, Viola Neu.

40 taz, 4./5. März 2000.

und verändernde Partei. Die Vorstellungen ihrer Mitglieder und Vorstände sind den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus verpflichtet und entspringen vielfältigen Erfahrungen – praktischen und historischen. Letztere bestätigen, was sozialdemokratische Programmverfasser vor 15 Jahren im SPD-Grundsatzprogramm über die Arbeiterbewegung festgestellt haben: »Es ist ihre historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.« Ohne Parteien, deren Mitglieder dieser Überzeugung sind, wird das wohl nicht zu schaffen sein.

FLORIAN WEIS

Die PDS in den westlichen Bundesländern.

Anmerkungen zu keiner Erfolgsgeschichte

Ein Beitrag im »Neuen Deutschland« im Oktober 2004 war wie folgt überschrieben: »Wie die Elefanten: Dickes Fell, sensibel, Rüssel hoch. Die PDS West bewegt sich – in kleinen Qualitätssprüngen«. ¹ Um Entwicklungsschritte der PDS in den westlichen Bundesländern zu messen, benötigt man ausgesprochene feine Instrumente. Ob »Sprünge«, auch kleine, eine angemessene Beschreibung ist, scheint mir fraglich. Der britische Politikwissenschaftler Dan Hough bezeichnete die »Westausdehnung« der PDS einmal als *dismal failure* (furchtbares, trostloses Scheitern) ². Er schrieb dies 2001, vor der Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen 2002, die in erster Linie eine Niederlage der ostdeutschen PDS (fast 5 Prozentpunkte Verlust gegenüber 1998) war, die jedoch von der auf niedrigem Niveau stagnierenden PDS im Westen (1,1 % 2002 nach 1,2 % 1998 und 0,9 % 1994) nicht kompensiert werden konnte.

Die Konferenz »15 Jahre PDS« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ³ für die dieser Beitrag ursprünglich verfasst wurde, stand zu Beginn ihrer Planung im Frühjahr 2004 unter unsicheren Vorzeichen – wie leicht hätte es hämische Kommentierungen des Titels »15 Jahre PDS« im Sinne einer vorweggenommenen Abschiedsfeier für das »Projekt« PDS geben können. Das Bild der PDS hat sich nicht nur in Bezug auf ihre Zukunftschancen im Allgemeinen seit dem 13. Juni 2004 heller gefärbt. Die PDS-West hat mit ihren Ergebnissen bei den Europawahlen (1,6 %, ein realer Zuwachs von rund 75 000 Stimmen – bei einem gleichzeitigen absoluten Stimmenverlust im Osten), mit Achtungserfolgen bei den Kommunalwahlen u. a. in Saarbrücken im Juni, mit 2,3 % bei den Landtagswahlen im September im Saarland und schließlich dem Ergebnis bei den Kommunalwahlen im 18-Millionen-Land Nordrhein-Westfalen im September (1,4 % nach 0,8 % landesweit, 2,9 % in denjenigen Städten und Kreisen, in denen die PDS antrat) eine Konsolidierung auf – niedrigem – Niveau geschafft. Damit war nach den verlorenen Bundestagswahlen 2002 nicht unbedingt zu rechnen. In den Umfragen ⁴ rangiert die PDS im Januar 2005 bundesweit bei 5 bis 6 %, wobei der Trend zu 5 % geht. Die Schwankungsbreite der – wenigen – ausgewiesenen Umfragewerte für die PDS im Westen bewegt sich zwischen 1 % und gut 2 %, nachdem im Sommer/Herbst 2004 Spitzenwerte von gut 3 % ausgewiesen wurden. Allzu wörtlich sind diese Werte und vor allem die scheinbar starken Schwankungen (jeder Prozentpunkt im Westen entspricht immerhin mehr als 400 000 Stimmen) nicht zu nehmen, ist die Datenbasis einer Befragung doch speziell für eine im Westen so kleine Partei wie die PDS viel zu gering.

Florian Weis – Jg. 1967; Historiker (Dr. phil.), Schwerpunkt: neue und neueste britische Geschichte; Promotion zum Thema »And now – win the Peace. Internationale und außenpolitische Nachkriegsvorstellungen der britischen Labour Party während des Zweiten Weltkrieges 1939-1945« (veröff. im VSA-Verlag, Hamburg 1999); Artikel zur aktuellen britischen und irischen Politik sowie zur deutschen Innenpolitik (Wahlen, Entwicklung der »Wahlalternative«); seit 1999 Mitarbeiter in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Neues Deutschland, Berlin, 21. Oktober 2004.

2 Dan Hough: The fall and rise of the PDS in eastern Germany, Birmingham 2001, p. 201.

3 Siehe www.rosalux.de/cms/index.php?id=3475.

4 Unter www.wahlrecht.de finden sich die jeweils aktuellen Umfrageergebnisse von sechs Meinungsforschungsinstituten für den Bund sowie Umfragen aus allen 16 Bundesländern. Nur Infratest Dimap und Allensbach weisen gesonderte Ost-West-Ergebnisse aus.

15 Jahre PDS bedeuten nicht ganz 15 Jahre PDS in den westlichen, »alten« Bundesländern. Die PDS entstand in den alten Ländern nach und nach ab dem Herbst/Winter 1990, zunächst zumeist als PDS/Linke Liste. Der Name suggerierte ein Programm: eine Sammlung verschiedener Strömungen der links-alternativen Gruppen und Milieus der Bundesrepublik.

Es ist nicht Ziel und Möglichkeit dieses kurzen Beitrages, eine detaillierte Nachzeichnung einzelner Entwicklungsschritte der westdeutschen PDS-Landesverbände und -Strukturen seit 1990/91 vorzunehmen. Vielmehr werden hier im Folgenden einige Aspekte hervorgehoben, die für die Spezifik der West-PDS belangvoll sind.

Herkommen, Entstehung und Zusammensetzung der PDS im Westen

Es klingt banal, aber zum Verständnis der so unterschiedlichen 15 bzw. 14 Jahre der PDS Ost und West ist es notwendig, sich die radikal anderen Ausgangsbedingungen der beiden PDS-Teile bewusst zu machen. Die PDS (Ost- und Hauptteil) entstand aus einer Massenorganisation, einer Staatspartei. Die PDS im Westen entstand dagegen vor dem Hintergrund einer vielfältigen, dabei organisationspolitisch und ideologisch zersplitterten, stark über wechselseitige Abgrenzungen definierten Linken in Westdeutschland, die sich in klarer Opposition zur Mehrheitspolitik und der Durchführung (vielfach auch dem Prinzip) der deutschen Vereinigung befand. Die West-PDS wurde dabei einerseits von lokalen Initiativen, andererseits von »Berlin« aus angeschoben. Manche autonome Anläufe wurden hingegen nicht berücksichtigt bzw. regelrecht verhindert. Dieser Versuch, eine Partei zumindest teilweise von oben zu gründen bzw. auf zunächst kleinen, informellen Zirkeln fußen zu lassen, war in der Situation der hektischen Vereinigung beider deutscher Staaten und der gemeinsamen Wahlen im Dezember 1990 verständlich. Vielleicht gab es keine realistische Alternative zu ihm. Gleichwohl litt die PDS damit von Anfang an unter einem Problem, das ähnlich wie kulturelle Fremdheiten zwischen Ost- und Westlinken selbst bei bestem Willen später nur schwer zu überwinden war.

Ob zu Recht oder zu Unrecht, die Wahrnehmung vieler Linker in der Bundesrepublik, die sich 1990 eine Mitwirkung in der PDS vorstellen konnten, war die einer nicht wirklich transparenten, breiten, von unten wachsenden Parteiformierung, sondern eher eines *closed shop*. Darstellungen von Gründungen westdeutscher PDS-Landesverbände auf Autobahnraststätten oder in Privatwohnungen schreckten, unabhängig von ihrem jeweiligen Wahrheitsgehalt, den ich hier nicht untersuchen will, viele potenzielle Sympathisantinnen und Sympathisanten ab. Angesichts biografisch und organisationshistorisch gewachsener Ressentiments unter vielen linken Akteuren sank die Bereitschaft, sich auf die PDS einzulassen, oftmals allein deshalb, weil und wenn bestimmte informelle Zirkel oder Personen einer bestimmten Tradition die regionale PDS gründeten. Dabei verlief dieser Prozess der PDS-Gründung im Westen nun aber auch wieder nicht so einheitlich-zentralistisch, wie es manche in der PDS später kritisch behaupteten: Je nach Land und Region waren einmal frühere DKP-Reformer (Erneuerer), dann wieder die »Mehrheit« des geschrumpften, 1991 aufgelösten Kommunistischen Bundes (KB)⁵,

5 Hierzu sehr lesenswert, auch wenn vor allem die Geschichte des KB in den siebziger Jahren beschrieben wird: Michael Steffen: *Geschichten vom Trüffel-schwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*. Berlin – Hamburg – Göttingen 2002. Siehe dazu auch die Besprechung des Buches von Florian Weis in »UTOPIE kreativ«, Heft 152 (Juni 2003), S. 571 f.

und schließlich ganz andere Akteure und Akteursgruppen dominierend. Später kamen Teile des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK, Anfang der achtziger Jahre aus einem Spaltungsprozess des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands/KBW hervorgegangen), der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) und anderer linker Kleingruppen hinzu.

Es gelang aber nur in wenigen Fällen, aktive Einzelpersonen oder gar Netzwerke aus dem grün-alternativen, dem linkssozialdemokratisch-gewerkschaftlichen und den locker organisierten undogmatisch-linksradikalen Spektren für die PDS zu interessieren. So stießen im Jahre 1990, das vielleicht als das zentrale Wendejahr der Grünen bezeichnet werden kann,⁶ nur wenige Linke, die die Partei verließen, zur PDS – und noch viel weniger blieben dort. Als sich 1999, einem weiteren Krisenjahr der Grünen, nach ersten Problemen mit der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene und vor allem dem Kosovo-Krieg weitere, diesmal kleinere linksgrüne Gruppen von der Partei entfernten, profitierte die PDS nur wenig bei Wahlen und noch weniger auf der Ebene von Parteieintritten. Eigenen linksgrünen Organisationsversuchen wie denen des »Regenbogen« in Hamburg blieb letztlich ebenfalls wenig Erfolg beschieden.⁷ Dem steht übrigens nicht unbedingt entgegen, dass die PDS in den westdeutschen Großstädten ihre (relativen) Hochburgen meistens dort hat, wo auch die Grünen sehr stark sind. Der Versuch, die PDS im Westen auch als breite linke Sammlungsbewegung (dabei mit einem eindeutig reformerischen Profil) auszuprägen, gelang jedenfalls nicht, konnte vielleicht in einer Situation der nationalen und internationalen Umwälzungen auch nur schwer gelingen.

Natürlich sind im Laufe der Jahre viele Jüngere bzw. politische NeueinsteigerInnen zur PDS gekommen, aber leider sind auch viele wieder gegangen.⁸ Linke Parteien im Allgemeinen, die PDS und die PDS-West im Speziellen, haben eine zu geringe Bindekraft und Attraktion und können, salopp formuliert, ganz schön abschreckend wirken.

Als Zwischenfazit kann man festhalten, dass die PDS heute sehr wohl ein Faktor in der westdeutschen Linken ist, aber nur einer unter und neben vielen anderen. Das ist, nebenbei bemerkt, der zentrale Grund dafür, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung als sowohl PDS-nahe Stiftung wie als Stiftung einer (breiteren) demokratisch-sozialistischen Grundströmung in ihrer Bildungsarbeit in den alten Bundesländern einen breiten linkspluralen Ansatz verfolgt – verfolgen muss, denn anders als im Osten Deutschlands, wo das PDS-Umfeld groß ist und andere linke Milieus sowie linke Bildungsträger kaum existieren, wäre eine Beschränkung auf das engere PDS-Umfeld im Westen viel zu eng. In diesem weitergefassten Zusammenhang ist auch die Frage des Umgangs mit der »Wahlalternative« (WASG bzw. seit dem 23. Januar: »Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative«, kurz: ASG) zu sehen.⁹

Beispiele inhaltlich-thematischer Ost-West-Differenzen in der PDS
 Programmatisch ist das Einigende unter den PDS-Aktiven und, in vagerer Form, auch den WählerInnen in kurz- und mittelfristigen Fragen größer, als dies in parteiinternen Kontroversen meistens

6 Zur fünfundzwanzig-jährigen Geschichte der Grünen ist im Januar 2005 eine Fülle an Beiträgen erschienen. Hier sei nur auf zwei verwiesen: Jochen Weichold: Die Grünen – Aufbruch in die Anpassung, in: UTOPIE kreativ, Heft 171 (Januar 2005), S. 34-41; Interview mit Jürgen Reents (»Nicht alle haben gestrickt«) in: Jungle World, 19. Januar 2005 (www.jungle-world.com/seiten/2005/03/4736.php).

7 Der »Regenbogen« erreichte in Hamburg 2001 1,7 %, als sich Teile der Hamburger PDS und auch der Bundespartei – so z. B. Gregor Gysi – für »Regenbogen« und nicht für die umstrittene PDS-Eigenkandidatur aussprachen. Die (Rumpf-)PDS Hamburg kam damals auf 0,4 %. 2004 kandidierten Linke verschiedener Organisationen (auch der PDS) und InitiativvertreterInnen auf einer Offenen Liste von »Regenbogen«, die jedoch nur auf 1,1 % der Stimmen kam. Siehe hierzu: Michael Hartwig: Die Linke und die Bürgerschaftswahl 2004 in Hamburg, in: PDS-Landesinfo Hamburg, Nr. 1, 13. März 2004, S. 8ff. (auch unter www.pds-hamburg.de zu finden); Christiane Schneider, Am Wahlergebnis gibt es nichts zu beschönigen, ebd., S. 4 f.; Florian Weis: Uruguay, Österreich und andere Vergleiche. Anmerkungen zu den Hamburger Wahlen, ebd., S. 5-8 (siehe auch www.rosalux.de). »Regenbogen – für eine neue Linke« ist das einzige, zumindest zeitweilig halbwegs erfolgreiche linksgrüne Projekt auf Landesebene nach 1999 gewesen, daher lohnt sich die nähere Be-

trachtung. Sie zeigt, dass nicht nur die PDS, sondern auch andere linke Gruppierungen in Westdeutschland zumindest auf wahlpolitischer Ebene stagnieren oder weiter an Boden verlieren. Dies ist nicht als Trost oder Häme misszuverstehen, sondern unterstreicht, dass einfache, schnelle Lösungswege für eine auch bei Wahlen erfolgreiche linke Gruppierung im Westen nicht vorhanden sind.

8 Siehe dazu u. a.: Claudia Gohde: Den Tiger reiten. Vom Umgang mit den Organisationsdilemmata in der PDS, in: UTOPIE kreativ, Heft 170 (Dezember 2004), S. 1106.

9 Das Thema »Wahlalternative« kann hier nicht ausgeführt werden. Siehe dazu: Ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung die »Schaltstelle der neuen Linksfront«? Pressekonferenz vom 18. August 2004, www.rosalux.de/cms/index.php?id=3866&type=0. Ferner: Florian Weis: »Wahlalternative« nur im Westen?, Neues Deutschland, 5. November 2004; Ders.: Linker Aufbruch oder »the same procedure«, RLS-Standpunkte 10/2004, <http://www.rosalux.de/cms/index.php?linkeraufbruch>.

10 Im westdeutschen Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung lösten die Studien von Ronald Lötzsich und, in geringerem Maße, Erhard Crome zu »Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat« eine ähnliche Reaktion von Irritationen hinsichtlich der Absicht und Motive, von Zweifeln an der Relevanz und von Ablehnung aus. (Die Texte siehe in: www.rosalux.de/cms/index.php?id=3075).

deutlich wird. Auch sind viele inhaltliche Meinungsverschiedenheiten in der PDS schon lange nicht mehr in erster Linie Ost-West-Konflikte. Zur Verdeutlichung möchte ich jedoch auf Punkte hinweisen, an denen sich Ost-West-Differenzen in der Linken festmachen lassen, wobei natürlich weder die Ost- und noch weniger die West-Linke homogen ist und die PDS, wie dargestellt, nur einen Ausschnitt der westdeutschen Linken darstellt. Tiefverwurzelte Unterschiede lassen sich mit diesen Beispielen illustrieren:

Das Staatsverständnis. Ein Teil der westdeutschen Linken, darunter auch solche in der PDS, hat eine prinzipiellere Staats- und Staatlichkeitskritik als die übergroße Mehrheit der ostdeutschen PDS (dort meines Erachtens unabhängig von einer Ablehnung oder Befürwortung von PDS-Regierungsbeteiligungen, auch wenn dies paradox erscheinen mag). Damit verbunden sind Fragen nach dem Ausmaß eines grundlegenden Oppositionsverständnisses, das unter Westlinken ausgeprägter ist. Auch ist unter West-Linken innerhalb und außerhalb der PDS ein Verständnis von Formen und Inhalt von Politik verbreiteter als im Osten, das von der Vertretung unterschiedlicher Interessen und Gruppen und weniger von einem übergeordneten Gesamtinteresse, z. B. als Staats- oder Gesellschaftsinteresse, ausgeht. Unterschiede zeigen sich auch in der Bewertung von Polizei, Ordnung, innerer Sicherheit, kurz: in Fragen von *Law & Order*.

Rolle von Nation und »Heimat«. Es mag hier genügen, einfach auf die »Zimmer-Kontroverse« im Herbst 2000 hinzuweisen. Auch solche westdeutschen Linken, die wenig bis nichts mit den Positionen der »Antideutschen« zu tun haben, reagierten völlig konsterniert auf die »Ich liebe Deutschland«-Aussage der damals frisch gewählten Parteivorsitzenden Gabi Zimmer. Vielleicht reflektierte diese Äußerung das Suchen mancher ehemaliger DDR-BürgerInnen nach einer neuen überindividuellen Identität nach dem Ende der DDR. Auf westdeutsche Linke sehr unterschiedlicher Couleur wirkte und wirkt diese Form der kollektiven Neubestimmung von Identitäten höchst befremdlich. Als Mittel zur Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von Rechtsextremismus – dies kann als ein Motiv vermutet werden – erscheint es für die allermeisten westdeutschen Linken untauglich.¹⁰

Zwei weitere Politikfelder seien hier genannt, die zwar weniger auf tief sitzende Konfliktpotenziale zwischen Ost und West in der Linken verweisen, wohl aber praktisch eine deutlich stärkere Bedeutung für die PDS und andere Linke im Westen haben, was wiederum zum Teil unterschiedliche Positionen nach sich zieht:

Migration/Antirassismus ist allein deshalb schon weit eher ein West- als ein Ostthema, weil die meisten Migrantinnen und Migranten nun einmal in großstädtischen Räumen des Westens (und in Berlin) wohnen und sich hier über lange Zeit stabile Selbstorganisationsweisen geschaffen haben. Im Bereich antirassistischer Arbeit, vor allem in der Flüchtlings- und Asylpolitik, existiert seit etwa 20 Jahren eine ausgeprägte linke Unterstützerszene. Im Bereich Antifaschismus hingegen scheinen mir die Unterschiede zwischen Ost- und West-PDS bzw. Linken in Ost und West nicht so gravierend zu sein, zumindest was die jüngeren Antifa-Aktiven anbelangt. Histori-

sche Interpretationen im Antifaschismus differieren durchaus, was sich etwa in unterschiedlich starken Betonungen des Zusammenhangs von Faschismus und Kapitalismus, der Rolle des Antisemitismus innerhalb des Nationalsozialismus, dem Grad der Verstrickung auch der Arbeiterschaft in das NS-Regime und nicht zuletzt der Terminologie (Nationalsozialismus? Hitler-Faschismus?) zeigt. Hier verlaufen die Trennlinien aber im Wesentlichen innerhalb der westdeutschen Linken.

Aus politischen und, ja, auch wenn es in der deutschen (und vor allem westdeutschen) Linken ein verpönte Wort ist, aus moralischen Gründen eines umfassenden Emanzipationsverständnisses, das mehrere Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse sieht und nicht nur in Kategorien von Haupt- und Nebenwiderspruch denkt, ist eine antirassistische, demokratische Migrationspolitik ein Schlüsselthema für jede linke Organisation. Aber nicht »nur« deshalb müssen Migrationsfragen eine größere Bedeutung für die PDS bekommen, auch zur Gewinnung neuer Akteure und schließlich aus wahlarithmetischen Gründen wird die Migrationsfrage für die PDS in den westdeutschen Großstädten und in Berlin eine Schlüsselfrage werden. 2002 erklärte die überparteilich, gleichwohl faktisch mehrheitlich sozialdemokratisch ausgerichtete Türkische Gemeinde Deutschlands (TGD), aus programmatischen Gründen müsse sie eigentlich zur Wahl der PDS aufrufen, da diese aber scheitern werde, sollten die Deutschland-Türken SPD und Grüne wählen. Schätzungsweise 80 % haben dann auch so gewählt, etwa 3 % die PDS. Der Akzeptanz der PDS in vielen migrantischen Communities steht einerseits ihr Image als Ostpartei im Wege, egal, ob das fair ist oder nicht, andererseits im Bereich der Deutschland-Türken auch ihre Wahrnehmung als einseitig pro-kurdisch, obwohl dieser Punkt an Bedeutung zu verlieren scheint. Bestimmte innerstädtische Wahlkreise in Frankfurt a. M., Köln, Stuttgart, München, Hamburg oder Berlin (darunter Friedrichshain-Kreuzberg) werden perspektivisch ohne eingebürgerte Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund nicht gewinnbar sein, jedenfalls nicht für linke Parteien. In Schweden und im Ansatz auch in den Niederlanden werden Parteien links von Sozialdemokraten und Grünen von Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell überproportional gewählt, in Deutschland (noch?) nicht.

Gewerkschaften und Betriebsarbeit waren lange Zeit eher ein Feld der West-PDS, auch wenn sich hier die Unterschiede verringert haben. Die AG Betrieb und Gewerkschaft war in den neunziger Jahren eine der wenigen Arbeitsgemeinschaften der PDS, die im Westen stärker als im Osten war. Das hat viele Gründe, etwa die weitgehend fehlende Tradition linker, apparatkritischer Arbeit in Gewerkschaften im Osten, die überwiegende Distanz der Gewerkschaftsführungen gegenüber der PDS, die Vernachlässigung ostdeutscher Anliegen durch die Gewerkschaften Anfang der neunziger Jahre, Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverluste sowie die andere, abhängigere Rolle von Gewerkschaften und Betriebsvertretungen in der DDR. Diese Unterschiede wirken fort und finden in so unterschiedlichen Bereichen wie der Debatte um die Gründung der »Wahlalternative« oder Kontroversen um arbeitsrechtliche Locke-

rungen, wie sie auch von PDS-nahen Kleinunternehmern artikuliert werden, ihren Niederschlag.

Grundlegende Orientierungen im Bereich des Erhalts bzw. der modernen Weiterentwicklung von Sozialstaatlichkeit oder der Ablehnung einer Militarisierung von Außenpolitik sind hingegen in Ost- und West-PDS im Wesentlichen konsensual, genauer gesagt: Die bestehenden Unterschiede lassen sich hier nicht in erster Linie auf »Ost« und »West« zurückführen.

Ebenen der westdeutschen PDS-Arbeit

Die westdeutsche PDS hat ihren Platz zumeist in Nischen, und daran wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Das ist solange auch als realistische Gegebenheit akzeptabel, sofern sich die PDS in diesen Nischen nicht allzu dauerhaft einrichtet und wohl fühlt, sondern durchaus den Anspruch hat, eine zumindest Nischen verbindende und vergrößernde Politik zu betreiben. Ihr Platz in der westdeutschen Linken wird sich auf absehbare Zeit jedoch nicht vorrangig über die Landespolitik definieren lassen, vor allem nicht über ihre Vertretung in Landesparlamenten. Die drei Wahlbeteiligungen in Bremen 1995, 1999 und 2003 (mit knapp 3 % 1995/99 und nur noch 1,7 % im Mai 2003, auf dem Höhepunkt der PDS-Krise) waren schon das beste Ergebnis auf Landesebene, sieht man von dem vergleichsweise erfreulichen Resultat im Saarland im September 2004 (2,3 %) ab. Die Landtagswahlbeteiligung in NRW im Mai 2005 wird an dieser Einschätzung nichts ändern.

Eine punktuelle kommunalpolitische Gremienverankerung hat hingegen durchaus Sinn, weil die PDS hier begrenzte Erfolge erzielen und eine örtliche Funktion für Wählerinnen und Wähler wahrnehmen kann. Der Wegfall der 5-Prozent-Hürde auf kommunaler Ebene in den meisten westdeutschen Ländern hat es der PDS ermöglicht, insbesondere in Nordrhein-Westfalen rund 120 kommunale Mandate zu erringen, mit »Hochburgen« in Oberhausen (6,0 %) und Duisburg (5,2 %) sowie einigen kleineren Städten, in denen breite linke Listen unter Einschluss der PDS Erfolge errangen (etwa Wülfrath, Verlbert).

Aber auch für den vielfach beschworenen »Aufbau von unten, aus den Kommunen« gilt, dass die lokale Gremienpolitik nicht alleine das Ziel sein kann. Dort, wo die PDS kommunale Mandate wahrnimmt, ist diese Arbeit ernsthaft zu betreiben; als reine Bühne sind Kommunalvertretungen weitgehend wirkungslos und zudem reichlich unglamourös. Die Beteiligung macht nur Sinn, wenn sie Ausfluss einer Verankerung in lokalen Initiativen, Betrieben, Vereinen, in örtlichen Auseinandersetzungen – oder pathetischer: Kämpfen – ist, wenn daraus glaubwürdige Personen hervorgehen, die authentisch sowohl für diese Politikfelder und Auseinandersetzungen als auch für die PDS stehen. Weder PDS-Gremienpolitik als reiner Organisationsausdruck und Selbstzweck noch eine gesichtslose Unterordnung einer Partei unter »die Bewegung« sind glaubwürdig. Kommunalpolitik muss zudem um die Spielraumerweiterung der Kommunen in sozialer und demokratischer Hinsicht kämpfen, um so konkrete Kommunalpolitik mit übergeordneten Fragen (Privatisierung etc.) verbinden zu können.

Entscheidend für die PDS im Westen ist und bleibt die Bundespolitik. Ohne Verankerung im Bundestag und im Europaparlament ist die PDS als Wahlpartei im Westen kaum relevant. Deshalb ist der Wiedereinzug in Fraktionsstärke in den Bundestag 2006 für die PDS im Westen auch unerlässlich für ihre Zukunftsperspektive.

Ein Thema für nur eine kleine Minderheit von Intellektuellen und AktivistInnen, das aber langfristig an Bedeutung gewinnen kann, ist die Europäische Linke (EL). Sie hat eine gewisse Ausstrahlung auch auf Linke im Westen, die der PDS distanziert gegenüberstehen. Die Möglichkeit der individuellen Mitgliedschaft und die Option, dass die EL etwas wirklich Neues wird, mehr als ein bloß lockerer Zusammenschluss nationaler Parteien werden könnte, bietet gerade für die heterogene westdeutsche Linke Anknüpfungspunkte. Die EL kann keine Probleme der PDS im Westen auch nur mittelfristig lösen, aber als langfristige Ergänzung ist sie nicht zu unterschätzen. Dies verlangt aber perspektivisch eine gewisse Eigenständigkeit der EL gegenüber der PDS.

Die PDS, andere Linke im Westen und die Wahlalternative

Dass es in der alten Bundesrepublik nicht gelungen ist, neben der SPD bzw. später auch den Grünen eine linke Partei mit einer auch parlamentarischen Verankerung auf Bundesebene zu schaffen, kann nun ausnahmsweise nicht der PDS angelastet werden. Zahlreiche Versuche blieben, von Verankerungen in einigen Kommunen, Betrieben und Bewegungen abgesehen, weitgehend erfolglos. Als einzige Ausnahme könnten die Grünen in den achtziger Jahren gesehen werden, die damals eine unorthodoxe, de facto linke Partei waren, heute aber allenfalls eine linksliberale Partei mit Nischenplätzen für einige versprengte Linke sind. Es handelt sich um ein Defizit der westdeutschen Linken selbst bzw. derjenigen unter ihnen, die eine parlamentarisch-reformerische Perspektive haben. Allerdings hat auch die PDS dieses Defizit, das sie nicht verursacht hat, nicht ausgleichen können. Vor diesem Hintergrund wird seit knapp einem Jahr über die »Wahlalternative ASG« diskutiert. Diese ASG stellt nicht *die* Sammlungsbewegung *der* westdeutschen Linken da, und es ist zu Anfang des Jahres 2005 fraglich, ob sie zumindest einen Teil früherer linker SPD- und NichtwählerInnen mit Sozialstaatsausrichtung auffangen kann. Viele linke Akteure im intellektuellen Bereich sowie in Initiativen und Bewegungen stehen im übrigen PDS wie »Wahlalternative« gleichermaßen distanziert gegenüber.

Die »Wahlalternative«, egal, wie bzw. ob sie sich entwickelt, unterstreicht die fortbestehende Schwäche der PDS im Westen – dies ist festzustellen, ohne die Aktivitäten und Leistungen der vielen PDS-Akteure herabwürdigen zu wollen. Programmatisch und im alltäglichen Politikverständnis liegen große Teile von ASG und PDS gar nicht so weit auseinander, die Unterschiede in den Konzepten wären überwindbar. Angesichts der übergroßen Koalition der herrschenden Politik, die wir verkürzt als »neoliberal« bezeichnen, ist es meines Erachtens nicht ratsam, das Trennende zwischen PDS und ASG zu sehr in den Vordergrund zu rücken. In einem Konkurrenzwahlkampf wie dem, den es zu den Landtagswahlen im Mai 2005 in NRW geben wird, lässt sich eine Abgrenzungspolitik freilich nur

schwer vermeiden. Die Suche nach gemeinsamem Widerstand und, in streitiger Weise, einer modernen emanzipatorischen Gegenagenda, sollte aber nicht aufgegeben werden. Je nach Ausgang der NRW-Wahlen mag auch die Frage einer Kooperation mit Blick auf 2006 wieder auftauchen. Dabei geht es nicht darum, die PDS-West preiszugeben, und auch nicht darum, die ASG zu überschätzen, sondern nach einer Stärkung linker Akteure zu suchen, von denen die ASG ein kleiner Teil ist – nicht mehr, auch nicht weniger.

Ob die ASG eine Konkurrenz wird, bleibt abzuwarten. DKP, MLPD, SAV, Linksruck und andere linkstraditionelle Gruppen werden dagegen – abgesehen von einigen Kommunen, einigen sozialen Bewegungen und Foren – auch weiterhin keine Größe und keine nennenswerte Konkurrenz für die PDS darstellen. Das schließt punktuelle Kooperationen in Bewegungen, Kommunen und mit Einzelpersonen nicht aus. Für die PDS sind diese eher traditionell und parteiförmig ausgerichteten Gruppen der radikaleren Linken aber nicht die entscheidende Herausforderung oder Konkurrenz.

State of the Party: Stand und Grundprobleme der West-PDS

Die PDS hat im Westen in den letzten 14 Jahren keinen Durchbruch geschafft. Als Durchbruch wird dabei hier verstanden, die größte linke Gruppierung unter den im weitesten Sinne Linken (links der Sozialdemokratie und der Grünen) im Westen zu sein; eine Einrichtung zu werden, auf die sich, wie kritisch auch immer, linke Intellektuelle, Diskussionskreise und -kulturen, Zeitschriften, Organisationen, Initiativen und soziale Bewegungen beziehen; schließlich als Wahl-Partei im Westen auch parlamentarisch annähernd aus eigener Kraft existieren zu können. Eine solche Partei zu werden, die eine verlässliche Ansprechpartnerin für sozialen Protest und für ehrliche, nicht-fundamentalistische Kapitalismuskritik und radikaldemokratische Reformalternativen ist, muss Aufgabe der PDS sein.

Im Westen ist die PDS nur ein linker Akteur unter mehreren, sie ist aber auch nicht untergegangen. Zur positiven Beantwortung der oben genannten Erfolgskriterien ist es jedenfalls noch ein weiter Weg.

Das grundlegende Dilemma der PDS im Westen besteht fort: *Einerseits* wird sie als Ostpartei wahrgenommen, was ihre kulturelle Akzeptanz erschwert. Eine Abschleifung dieser trennenden Image-Probleme braucht sehr viel Zeit und ist durch eine Organisation positiv kaum beeinflussbar – wenn, dann eher negativ, durch eine Bestätigung von (Vor-)Urteilen durch das Auftreten der PDS. *Andererseits* macht die Stärke der PDS im Osten, ihre Vertretung im Europaparlament und 2006 auch hoffentlich wieder im Bundestag die PDS wiederum wichtiger, als sie es als 1%-Partei im Westen sonst wäre.

Für die PDS als Ost- und als Bundespartei gilt aber auch: Ohne eine, noch so kleine, Verankerung im Westen ist sie auch nicht wirklich zukunftsfähig. Dies gilt in doppelter Hinsicht:

Aus *arithmetischen* Gründen, denn nur in einer Ausnahmesituation wie im August 2004 schien es möglich, dass die PDS im Osten die 26-27% bei Bundestagswahlen schaffen könnte, die sie alleine über 5% im Bundesgebiet bringen würden. Wahrscheinlich wird die PDS 2006 ein Ergebnis im Westen von 1,5-2%, mindestens aber wieder jene gut 1% benötigen, um die bundesweite 5%-Hürde zu nehmen. Selbst

eine schwache »Wahlalternative«, die der PDS im Osten fast keine und im Westen nur wenige Stimmen abnimmt, könnte vor diesem Hintergrund die entscheidenden Zehntelprozentpunkte kosten.

Aus *inhaltlichen* Gründen und solchen des Akteursbezuges braucht die PDS »den« Westen, denn eine ausschließlich regionalistische Anlage einer Partei ist für eine linke Kraft, anders als für diffuse oder rechte Gruppen, nicht überzeugend zu vertreten. Eine solche Regionalpartei wäre, wenn sie nicht ein offensiv separatistisches Ziel hätte, defensiv, zöge zu wenige Akteure aus großstädtischen, kulturell vielfältigen Milieus an und würde sich programmatisch verengen. Außerdem ist es auf Dauer kaum möglich, Bundes- und Europapolitik, also die machtpolitisch entscheidenden Ebenen von Politik, zu beeinflussen, wenn eine nur regionale, letztlich vergangenheitsbezogene Orientierung dominiert.

Ich kann also nur mit einer unbefriedigenden Einschätzung schließen: Einen Königsweg für die Entwicklung der PDS im Westen gibt es nicht, dafür aber genügend Fallgruben.

Die PDS-West ist nicht auf dem »Großen Sprung«, aber sie ist immerhin vorhanden und unverzichtbar für die Zukunft der PDS. Die PDS im Westen könnte aus der Not ihrer Schwäche eine Tugend machen, wenn sie offen bleibt (oder wird) für fließende, projektbezogene, experimentierfreudige Arbeitsweisen, wenn sie offen ist, Veränderungen im Verhältnis von Menschen zu traditionellen Organisationsweisen zur Kenntnis zu nehmen und aufzugreifen.¹¹ Erinnert sei hier etwa an die Überlegungen zu »PDS plus« von Michael Brie¹² aus dem Jahre 2003, die aus Sicht von Linken außerhalb der PDS freilich noch nicht weitgehend genug erscheinen und die Option eines langfristigen Aufgehens in einem neuen linken Projekt offen halten sollten. Allerdings: Kooperieren kann nur, wer eine eigene Substanz, wer etwas zu bieten hat und interessant ist. Eine Aufgabe der PDS-West kann mit Kooperationen gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht gemeint sein. Für neue Konstellationen und Kooperationen muss aber gerade die PDS im Westen offen sein. Offene Listen, punktuelle Mitarbeit in der Partei und Wahlbündnisse auf kommunaler oder Länderebene sind einige mehr oder weniger erprobte Instrumente, eine zu enge Parteiförmigkeit zu verhindern.

Wenn die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahre 2014 »25 Jahre PDS« (oder PDS plus oder was auch immer) zum Gegenstand einer Tagung macht und wenn deren Gegenstand dann nicht ausschließlich in der historischen Analyse eines mehr oder weniger abgeschlossenen Projektes besteht, sondern in der kritisch-verbundenen Annäherung an ein lebendiges Phänomen, dann wird eine Untersuchung zur PDS im Westen eine noch größere Rolle als in der Konferenz im Dezember 2004 spielen. Spielen müssen, denn dann wird die PDS im Westen deutlich stärker als heute sein. Sein müssen, denn sonst wird sie als ausstrahlungs- und handlungsfähige Partei mit Wirkung in der Bundespolitik und auf internationaler Ebene nicht mehr existieren. An dieser Aussage hat sich also in 15 Jahren PDS nichts geändert: Eine Partei des demokratischen Sozialismus kann in Deutschland auf die Dauer nur sinnvoll und Erfolg versprechend bestehen, wenn sie auch im Westen der Republik eine Funktion und einen Platz hat, dort, wo über 80 % der Menschen dieses Landes leben.

11 Zu verweisen ist hier z. B. auf die zahlreichen Vorschläge von Michael Chrapa (1950-2003) in der Debatte zur PDS-Parteireform und im Rahmen seiner Arbeiten für die Rosa-Luxemburg-Stiftung (z. B. »Spartakuspartei«). Siehe auch: André Brie: Michael Chrapa als Parteiforscher, www.rosalux.de/cms/index.php?id=4876&type=0&ftu=ceb16e59e1.

12 Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven. RLS-Standpunkte 3/2003 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte0303.pdf).

JURI HÄLKER, CLAUDIUS VELLAY

Wirtschaftsdemokratie in schwerer See

Gemeinsame Konferenz der europäischen Netzwerke EURED, Transform! sowie der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament

Am 7./8. Dezember 2004 trafen sich im Brüsseler EU-Parlament rund 40 Teilnehmer aus der wissenschaftlichen und politischen Linken zur Konferenz »Economic Democracy«. Vorausgegangen war dieser Tagung eine dem gleichen Thema gewidmete Konferenz im Juni 2003 in Stockholm.¹

Nach einer Begrüßung der Konferenzteilnehmer durch Helmut Markov (MdEP GUE/NGL [PDS]) referierte Heinz Bierbaum (Info Institut Saarbrücken, Deutschland) zum Stand der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland. Bierbaum unterstrich die Bedeutung dessen, dass sich die Tagung mit ihrem Thema Wirtschaftsdemokratie gegen den vorherrschenden gesellschaftlichen Trend stelle.² Dabei sei es wichtig, gerade in Zeiten, in denen die Mitbestimmung in der BRD massiv infrage gestellt würde, wirtschaftsdemokratische Vorstellungen zu diskutieren. Im Einsatz moderner Management-Konzepte würden »spezifische Partizipationstrends« sichtbar. Diese Konzepte setzten den Schwerpunkt auf Prozess- und Marktorientierungen sowie gezielte Verhaltenssteuerungen der Beschäftigten. Während die individuelle Partizipation von abhängig Beschäftigten gefördert würde, sehe sich die kollektive Interessenvertretung unter Druck. Punktuell könnten kollektive Strukturen der Interessenvertretung allerdings auch eine Stärkung erfahren – so etwa, wenn sich Betriebsräte als Co-Manager betätigten. Dabei konstituiere sich die Stabilisierung dieser Betriebsräte allerdings aus ihrer Orientierung auf die Nutzbarmachung der Interessenvertretung für Unternehmensziele. Die Dominanz des Kapitalinteresses werde sichtbar. Bei diesem Co-Management dominiere der »technokratische Charakter« der Mitbestimmung, die sich so in einen Prozess der »Entpolitisierung« begeben. Damit reduziere sich Mitbestimmung auf die Ausgestaltung unternehmerischer Entscheidungen, die nicht mehr infrage gestellt würden. Bierbaum forderte in diesem Zusammenhang eine Repolitisierung der Mitbestimmung und warnte davor, bei der Verteidigung der Mitbestimmung diese über ihre ökonomische Nützlichkeit zu legitimieren.³

Tony Andreani (Espace Marx/Universität Paris 8, Frankreich) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit Problemen und Chancen von selbstverwalteten Betrieben. Genossenschaftlich organisierte Betriebe scheinen ihm in Abgrenzung sowohl zum privatkapitalistischen als auch zum staatlichen Betrieb vom Demokratiegesichtspunkt aus (pro Beschäftigten eine Stimme) als alleinige Träger einer wirklich alternativen Wirtschaftslogik. Zumindest zwei Probleme erschwerten im kapitalistischen Umfeld die Entwicklung selbstverwalteter Genossen-

Juri Hälker – Jg. 1966, gelernter Maschinen-schlosser, Kommunikations-wissenschaftler und Industriesoziologe, promoviert zum Thema »Erfolgsbilanzen von gewerkschaftlichem Co-Management«, arbeitet als Fernsehjournalist bei einem öffentlich-rechtlichen Sender, lebt in Duisburg. Kontakt: Jurihalker@aol.com

EURED – European Union for the Research in Economic Democracy (Europäische Vereinigung für Forschungen zur Wirtschaftsdemokratie), www.econ-pol.unisi.it/econdem/.

Das Netzwerk Transform! für alternatives Denken und politischen Dialog wurde im Zuge des Weltsozialforums in Porto Alegre im Jahre 2001 gegründet. Träger sind das französische *Espace Marx*, die *Rosa-Luxemburg-*

schaften: Defizite bei der Betriebsgröße und bei der Finanzierung. Für letzteres schlägt Andreani eine massive Finanzierung über Bankkredite vor, während er im ersten Fall für die Vereinbarung von Demokratie und Effizienz in einer Netzwerkorganisation plädierte. Andreani führte die baskische Genossenschaftsgruppe Mondragon⁴ als Beispiel an. Mondragon kann auf eine außerordentliche Erfolgsgeschichte verweisen. Heute arbeiten fast 70 000 Menschen in der genossenschaftlichen Unternehmensgruppe. Im Baskenland sind 3,8 Prozent aller Beschäftigten in der Genossenschaft tätig. In einigen Bereichen gehören Mondragonunternehmen zu den spanischen Marktführern. Insbesondere die spanischen Teilnehmer der Konferenz äußerten sich hier jedoch ausgesprochen kritisch. Gerade Mondragon zeige exemplarisch, wie sich auch genossenschaftliche Unternehmen den Zwängen der kapitalistischen Konkurrenz nicht entziehen könnten.⁵ So hat Mondragon Teilproduktionen entwickelt, in denen keine Genossenschaftsmitarbeiter tätig sind, sondern abhängige Lohnarbeit geleistet wird. Mittlerweile verfügt Mondragon über Dutzende Produktionsstandorte in ausländischen Niedriglohngebieten. Eine solche Genossenschaft, so ein Einwand aus dem Publikum, hätte den Charakter einer »semi-kapitalistischen Organisation«.⁶

Richard Minns (PERC/Universität Sheffield, Großbritannien) untersuchte die Chancen dafür, mittels kollektiver Kapitalfonds Einfluss auf ökonomische Entscheidungsprozesse erlangen zu können. Minns plädierte für die Nutzung sozial kontrollierter Kapitalfonds. Durch diese würden sich Möglichkeiten für ethisch und sozial motivierte Einflussnahme auf wirtschaftliche Entscheidungen ergeben. Das Investmentverhalten von Pensionsfonds könne so beispielsweise neben den Renditeinteressen auch die Förderung von regionaler Infrastruktur oder die Schaffung von Arbeitsplätzen berücksichtigen.

Luigi Cerri (EURED/Universität Siena, Italien) widersprach in seinem Beitrag auch den nur vorsichtig formulierten Hoffnungen von Richard Minns. Über die soziale Kontrolle von Kapitalfonds sei kaum eine Hoffnungsperspektive erkennbar, die zu wirtschaftsdemokratischen Einflussmöglichkeiten führen könnte. Auch Pensionsfonds unterlägen den Systemzwängen. Beispiele aus den USA zeigten, dass diese sich nicht anders als jeder andere »normale« Investor verhalten würden.

Stefan Sjöberg (CMS Marx, Stockholm, Schweden) betonte dagegen den Nutzen von gewerkschaftlich verwalteten Pensionsfonds. Mit ihnen könne demokratisch bestimmter Markteinfluss gewonnen werden. So stellte er das Konzept der schwedischen Linkspartei vor, welches mit Hilfe von Sozialfonds den Einfluss von privatem Eigentum in Großunternehmen zurückdrängen will.

Ob Ulla Plener (Redaktion der Zeitschrift UTOPIE kreativ, Berlin, Deutschland) Sjöbergs Wegvorstellungen teilt, blieb offen. Allerdings ging es ihr ebenfalls um Wirtschaftsdemokratie als gesamtgesellschaftliche Perspektive, da die soziale Exklusion in der Massenarbeitslosigkeit die menschliche Würde untergrabe. Die Historikerin mahnte die Gewerkschaften, die Demokratisierung der Wirtschaft als Hebel zur Erlangung sozialer Gerechtigkeit wiederzuentdecken.⁷

Hilary Wainwright (TNI-Instituut Amsterdam/Zeitschrift Red Pepper, London, Großbritannien) diskutierte im Anschluss an lateiname-

Stiftung, die Hamburger Zeitschrift *Sozialismus*, die griechischen *Fondation Nicolas Poulentzas*, die spanischen *Fundacion de Investigaciones Marxistas*, *Transform Italia*, *Transform Austria* und das schwedische *Centrum för marxistiska samhällsstudier*, www.transform-network.org.

Claudius Vellay – Volkswirt, arbeitet an einer deutsch-französischen Dissertation zur Zukunft der Arbeit mit Bezug auf Georg Lukács' Ontologie, angebunden an der Freien Universität Berlin und der Sorbonne, lebt in Paris.
Kontakt: Cvellay@aol.com.

1 Zu den Ergebnissen der Stockholmer Konferenz siehe Alessandra Pelloni: Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke, in: UTOPIE kreativ, Heft 159 (Januar 2004), S. 68-72.

2 So scheint sich bis heute wenig an der schon vor rund 20 Jahren von Heinrich Potthoff gemachten Feststellung geändert zu haben, nach der »das Thema Wirtschaftsdemokratie in den letzten Jahrzehnten kaum eine Rolle« gespielt habe und als Programm fast nir-

gendwo mehr auftauche (Heinrich Potthoff: Wirtschaftsdemokratie – Grundlagen und Konsequenzen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/1985).

3 Vgl. Juri Hälker: Betriebsräte in Rollenkonflikten – Betriebspolitisches Denken zwischen Co-Management und Gegenmacht, Rainer Hampp Verlag 2004, S. 83 ff.

4 Siehe unter www.mondragon.mcc.es/ale/index.asp.

5 »Wir haben in dieser Hinsicht keinerlei Ambitionen. Wir glauben lediglich, eine menschlichere Unternehmensform entwickelt zu haben, die mehr direkte Beteiligung zulässt« (www.mondragon.mcc.es/ale/contacto/faqs11.html).

6 Zu diesem Themenkomplex sei der Aufsatz »Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus« von Michael R. Krätke (in: Kritische Interventionen, 2003) empfohlen (www.praxisphilosophie.de/kraetkewd.pdf).

7 Siehe dazu ausführlich die dreiteilige Serie »Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie« von Ulla Plener in: UTOPIE kreativ, Heft 120 (Oktober 2000), 123 (Januar 2001) u. 127 (Mai 2001).

8 Vgl. Horst Klein: Wirtschaftsdemokratische Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 41. Jg., Heft 1/1999.

9 Heinrich Potthoff, a. a. O.

rikanische Erfahrungen (z. B. mit dem Partizipationshaushalt in Brasilien) Radikaldemokratie als Ergebnis des Drucks von sozialen Bewegungen. Nur Gestaltung von unten garantiere tatsächlichen demokratischen Fortschritt.

Joachim Bischoff (Zeitschrift Sozialismus, Hamburg, Deutschland) schließlich plädierte für ein Zurück auf den Boden der real existierenden neoliberalen Tatsachen. Demokratisierung der Wirtschaft bedeute heute zuerst einmal Abwehr der verschärften Umverteilung mittels Sozialabbaus, welche die Spielräume demokratischer Einflussnahme beschneide. Sozialfondsbildung nach dem Beispiel der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gehöre in die keynesianische Epoche der 70er Jahre, während es heute um die Verhinderung von Privatisierungen insbesondere im Bereich der Alters- und Gesundheitsvorsorge ginge.

Zusammenfassend korrelierte die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Referenten aus dem nördlichen, mittleren und südlichen (West-) Europa auffällig mit den jeweiligen gesellschaftspolitischen Ausgangslagen. Den Vorschlägen aus Großbritannien (Minns) und Schweden (Sjöberg) zur Demokratisierung von Pensionsfonds wurde umso heftiger widersprochen, je südlicher die Herkunft des Redners (Frankreich und insbesondere Cerri aus Italien). So ist es folgerichtig, dass die Auslotung noch vorhandener Spielräume von Mitbestimmung auf Betriebsebene von einem deutschen Vertreter (Bierbaum) vorgenommen wurde, während die nur schriftlich vorliegenden spanischen Beiträge (Sánchez) sich mit Qualitätsmanagement als Disziplinierungsmittel auseinandersetzen. Die britische Vertreterin (Wainwright) knüpfte Demokratiefortschritte an den Druck der sozialen Bewegungen, und aus Frankreich (Andreani) wurden Überlegungen zur kooperativen Solidarökonomie vorgetragen. Angesichts solcher geografischer Spezifika wäre es sicher wünschenswert, wenn auf der geplanten Folgetagung am Rande des europäischen Sozialforums in Athen Anfang 2006 auch osteuropäische Referenten eingebunden würden.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass es der Veranstaltung nicht gelungen ist, deutlich zu machen, woher gerade in der heutigen Situation der nach wie vor anhaltenden und sich weiter verstärkenden neoliberalen Hegemonie die Ansätze für eine Offensive im Sinne wirtschaftsdemokratischer Überlegungen kommen sollen. Wirtschaftsdemokratie konnte als sozialdemokratisches Theorieprodukt⁸ immer dann realpolitische Wirkungskraft entfalten, wenn in »revolutionären Umbruchzeiten«⁹ die Gefahr von grundsätzlichem und tiefgehendem Eigentumsverlust die Bourgeoise zu taktischen Zugeständnissen zwang. Achtstundentag statt Räterepublik, Montanmitbestimmung statt Sozialisierung der Schlüsselindustrien – um nur zwei Stichworte zu nennen. Vergleichbare Drohpotenziale sind heute nicht in Sicht. Offensichtlich ist das genaue Gegenteil der Fall. Während das Kapital auf einen aggressiven Konfrontationskurs gegenüber der Arbeiterbewegung und ihren Errungenschaften setzt, kann angesichts dieser Bedingungen für die Durchsetzung wirtschaftsdemokratischer Reformvorstellungen, dies war auch auf der Tagung spürbar, zumindest vorerst nur wenig Optimismus aufkommen.

Diskurs

Heft 17: Unabgegoltenes im Kommunismus. Der Funken Hoffnung im Vergangenen.
Hrsg. Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Leipzig 2004. 102 S.
ISBN 3-89819-197-4. – 2. erweiterte und korrigierte Auflage Leipzig 2005. 113 S.
Kostenbeitrag: 6 €, Mitglieder 4,50 €

Enthält: Vorwort des Herausgebers. S. 5. – Helmut Seidel: Unabgegoltenes im Kommunismus. S. 7-16. – Michael Brie: Der Funken der Hoffnung im Vergangenen. S. 17-36. – Volker Caysa: Das Unabgegoltenes in der Philosophie Ernst Blochs – Ernst Bloch, der Existentialutopist: Erneuter Versuch, die Mystik Müntzers zu erinnern. S. 37–52. – Rüdiger Dannemann: Kann ein bedeutender Philosoph Kommunist sein? Das Unabgegoltenes bei Georg Lukács. S. 53-72. – Gerhard Zwerenz: Elf Bemerkungen zu Sklavensprache und Revolte. S. 73-80. – Helmut Seidel: Was heißt »Konkrete Utopie«? Erläuterungen zur Philosophie von Ernst Bloch. S. 81-88. – Klaus Kinner: Abgegoltenes und Unabgegoltenes im kommunistischen antifaschistischen Widerstand. S. 89-100. Volker Külöw: Der kommunistische Widerstand in Leipzig. Im Gedenken an die Ermordung von Georg Schumann, Otto Engert, Kurt Kresse, Georg Schwarz und Genossen vor 60 Jahren. S. 101-109 – Zu den Autoren. S. 111-113.

Aus dem Vorwort des Herausgebers:

»Die vorliegende Publikation faßt die Ergebnisse des III. Ständigen Kolloquiums zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung zusammen, das am 4. Juni 2004 in Berlin [...] durchgeführt wurde. Hinzugefügt wurde der Text eines Vortrages, den Michael Brie [...] in Leipzig am 6. November 2004 im Zeitgeschichtlichen Forum gehalten hat, ein zweiter Text von Helmut Seidel, der auf einem Konferenz-Beitrag in der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 2. November 2004 in Berlin fußt, sowie (ab 2. Aufl.) die Rede Volker Külöws auf der Gedenkveranstaltung anläßlich der Ermordung von Georg Schumann und Genossen am 12. Januar 2005 in Leipzig.

Nach Schwarzbüchern des Kommunismus, dem Verweis des Kommunismus in das Reich des Bösen und nach der eigenen schmerzhaften Analyse des Scheiterns des Staatssozialismus durch die entschiedene Linke, die beileibe nicht abgeschlossen ist, schien es dem Herausgeber an der Zeit, die Frage nach dem Unabgegoltenen, dem Noch-nicht-Erfüllten, dem Aufgabe Bleibenden zu stellen. Reduktion des Kommunismus auf Stalinismus ist nicht nur antikommunistisches Kalkül, sie greift vor allem zu kurz, übersieht mutwillig oder unwissend, daß Kommunismus als Idee und Bewegung die Geschichte der Menschheit seit langem begleitet und unverzichtbarer Bestandteil der Utopie für ein menschenwürdiges Leben ist. Die Autoren nähern sich auf sehr unterschiedliche Weise dieser Problematik. Neben übergreifenden geschichtsphilosophischen Analysen stehen konkret-historische Untersuchungen.

Der Herausgeber ist sich der Tatsache bewußt, daß mit dieser kleinen Publikation das große Thema, das wir mit der Blochschen Metapher vom Unabgegoltenen umrissen haben, beileibe nicht »abgegolten ist«. Mit ihm sind Jahrhundertfragen aufgerufen, die auch künftige Generationen umtreiben werden.«

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Es ist ja nicht so, daß ein Innenminister aller Welt Buhmann darstellen muß, obwohl diese Funktion vermutlich in jedweder Regierung (und wahrscheinlich auch in jedwedem Land ...) ein Posten ist, den nur solche Leute innehaben können, denen die Meinung ihrer Mitmenschen einigermaßen egal ist. Kurz: denen es nichts ausmacht, auch unpopulär zu sein. Zwar wissen wir alle zum Beispiel, daß ein Land ohne Polizisten und ohne Gefängnisse nur mühsam funktioniert; aber müssen wir sie und ihren zuständigen Minister dafür deshalb lieben? Selbstverständlich nicht. Und das Schöne daran dürfte sein, daß so ein Innenminister auch gar nicht erwartet, geliebt zu werden.

Das alles aber bedeutet ja nicht, daß so ein Polizei-Gefängnis-Straßenverkehr-Terrorismus-Abschiebehaft-Ausländerbehörde-Minister (was vergessen?) nicht doch auch Freunde hat oder anderen ein verlässlicher Freund ist. Wär' ja noch schöner. So denn lesen wir erleichtert einen Tag nach Weiberfastnacht: *Schily – der »treue Freund« der USA*. Und dazu mußte er nicht einmal aus der SPD austreten. Otto Schily weilte gerade und hatte, so ward vermeldet, im Weißen Haus ein Gespräch mit Sicherheitsberater Stephen Hadley. Da kam ein Wanderer des Wegs. Er hieß Georg W. Bush und (lobte) »den Gast als treuen Freund Amerikas, der in schwierigen Zeiten den Kontakt gesucht habe« (ddp/AFP). Schily, schrieben die Blätter, habe sich von der Audienz beeindruckt gezeigt: »Das ist eine Ehre, die nicht jedem Innenminister zuteil wird.« Ja.

Nicht jeder, die Natur hat es so eingerichtet (wahlweise: der liebe Gott oder Allah), eignet sich zum Minister. Unser deutscher Wirtschaftsminister eignet sich. Er heißt Wolfgang Clement und gerät nie in Verlegenheit (was eine der wichtigsten Eigenschaften von Mini-

stern ist): Egal, ob er (wie vergangenen Herbst geschehen) absolut erfolglos durch Mecklenburg-Vorpommern tourt, um Lehrstellen aufzureißen, oder ob er (wie in der ersten Februarwoche 2005) vor die Presse tritt, und ohne auch nur ansatzweise zu stocken (auch das ein absolutes Muß für Minister-Aspiranten!), der Öffentlichkeit mitteilt, jetzt sei man in Deutschland bei fünf Millionen Arbeitslosen angelangt. Aber eigentlich seien das nicht mehr als vorher, jetzt aber stimme die Statistik. Und das sei doch ein Erfolg!

Da bei derartigen Anlässen wünscht man sich gelegentlich, man würde von einer gnädigen Form der Vergeßlichkeit heimgesucht: Als hätten sich nicht schon lange vor Clements nunmehriger Erfolgsfanfare vielerorts Leute die Finger wundgeschrieben, darauf verweisend, daß die Arbeitslosenstatistik geschönt sei, da sie weder – wie nun neuerdings – Sozialhilfeempfänger noch Umschüler, ABM-Kräfte und dergleichen berücksichtigt.

Der Bundespräsident Horst Köhler, Gerhard Schröders und unser aller Supernanny, war in Israel. Dort redete er vor dem Parlament. Das war nicht nur eine Geste, sondern eine Leistung, eine philologische und diplomatische zudem. Doch unproblematisch war sein Auftritt dennoch nicht. Beispielsweise sagte Horst Köhler vor den israelischen Parlamentariern: »Die Verantwortung für die Schoa ist Teil der deutschen Identität.« Da wird man doch nachfragen und um Präzisierung ersuchen dürfen. Die Mit-Verantwortung dafür, daß es niemals mehr eine Schoa gibt, sollte von jedem Deutschen, auch von den Nachgeborenen, geschultert werden. Und zwar ohne Punkt und ohne Komma und auch ohne den leisesten Anflug einer Relativierung. Aber es gab schließlich Leute, die – zu der Zeit, als Familie Köhler (aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes aus Bessarabien vertrieben) im Tiefpolnischen einen Bauernhof zu übernehmen hatten – als deutsche Antifaschisten im Lager saßen. Die sollen ihre deutsche Identität mit den Tätern und Wegsehern teilen?

Da werden Sie, Herr Bundespräsident, wohl Ihrem Redenschreiber einige Hinweise zu geben haben. Für spätere Gelegenheiten.

Ach, ja, »Studiengebühren«. Ach, ja, »Fußball-Wettskandal«. Gemessen am Publikumsinteresse stimmt die Reihenfolge natürlich nicht, satte Skandale haben eine größere Leserlobby. Zumal die ins Auge gefaßte Erhebung von Studiengebühren nicht einmal bei einem Teil der derjenigen, die davon künftig betroffen sein könnten, Erregungszustände auslöst. Falls man entsprechende Äußerungen in der Presse für bare Münze nehmen darf. Bei näherer Überlegung erweist sich, daß die Gelassenheit mancher Studiosi gar nicht so unplausibel ist, selbst wenn es sich um solche handelt, die nicht aus der Oberklasse kommen (wie sagt man eigentlich heute dazu?): Schließlich sind es die Alten, die sich krumm machen müssen, wenn das BaFög-Amt nicht will. Die Sozialdemokraten der Regierungsliga haben sich definitiv gegen Studiengebühren ausgesprochen. Mal sehen, wie lange der Vorrat reicht. An Versprechungen. Brandenburgs SPD-Ministerpräsident Platzek jedenfalls hat sich schon dafür ausgesprochen. Nein, nicht für die »Parteilinie«, sondern für Gebühren.

Nein, zum Fußball-Wettskandal fällt mir nichts ein. Denn wenn dieses Heft hier erscheint, wird schon längst wieder ein anderer Skandal in den Zeitungen beredet werden. Wetten, daß?

Joachim Becker, Andrea Komlosy
(Hrsg.): Grenzen weltweit.
Zonen, Linien, Mauern im
historischen Vergleich.
(Beiträge zur Historischen
Sozialkunde/Internationalen
Entwicklung des Vereins
für Geschichte und Sozialkunde.
Bd. 23) Promedia Verlag &
Südwind. Wien 2004, 235 S.,
(24,90 €)

Sozial- und Wirtschaftshistoriker legen hier eine bemerkenswerte Analyse zu einem der bedeutendsten Phänomene vor, das das Leben der Menschen beeinflusst. Sicher kann um den Rang und die Bedeutung von »Grenze« als historisch-soziologische Kategorie, etwa im Verhältnis zum Nationalstaat, gestritten werden. Nicht zu übersehen ist, daß die Grenze erst den modernen Nationalstaat möglich machte, in dem sie Steuern, innere Sicherheit, Wehrverfassung und zunehmend auch wirtschaftliche Entwicklung in der Lage war abzusichern, so der jeweilige Staat die Stärke besaß, dieses Grenzregime durchzusetzen.

Richtig ist, daß Grenzen in der jüngsten Geschichte wesentlich die Auseinandersetzungen des Kalten Kriegs bestimmt haben. Es ging darum, sie durchlässig zu machen, gar um ihre mögliche Öffnung. Das war die bestimmende politische Losung, seitdem das Bild vom »Eisernen Vorhang«, der zwischen den kommunistischen Staaten und dem Rest der Welt niedergegangen sei, vor allem von Winston Churchill in seiner Fulton-Rede strapaziert worden war. Es war immer eine reale, oft genug auch mit Blut gesetzte und festgesetzte Grenze zwischen zwei Blöcken, Systemen, Wirtschafts- und Lebensweisen, die Angriff und Spionage der jeweils anderen Seite ebenso verhindern sollte wie – zumindest aus östlicher Sicht – das Eindringen subversiver Ideen oder die Flucht des einzelnen. Freizügigkeit, Reisemöglichkeiten waren deshalb schon früh im Osten eine Forderung, die aber bereits zu Zeiten der Existenz von Mauer und Stacheldraht seltsam kontrastierte mit dem westlichen Wunsch nach Limitierung und Auswahl der-

jenigen, die einreisen durften. Schon früh zeigte sich, daß es offensichtlich nicht um jedermanns Reisefreiheit gehen sollte. Folgerichtig konstatieren die Herausgeber, zwei jüngere Professoren an Wiener Universitäten: »Zwar gibt es keinen Eisernen Vorhang und keine Berliner Mauer mehr, ›Schengen‹ und die Befestigungslinie zwischen den USA und Mexiko grenzen indes Zentralräume und Randgebiete ab« (S. 7).

Ebenso sehen sie solche Grenzen zwischen religiösen und ethnischen Gruppierungen, zur Abwehr von Schmugglern, Waffenschleppern und immer wieder von Flüchtlingen. Für den vorliegenden Band fassen die Herausgeber »Grenze in vielfältiger Form: als Staatsgrenzen, als innerstaatliche Grenzen und als Regionalblockgrenzen; als ökonomische Grenzen zwischen unterschiedlichen regionalen Wirtschafts- und Integrationsräumen sowie als regionale Wohlstandsgefälle, und schließlich als Grenzen in sozio-kultureller, ethnischer oder religiöser Hinsicht« (S. 9).

Becker/Komlosy ziehen eine geschichtliche Linie von den Stadtmauern bis zum »Eisernen Vorhang«. Tatsächlich haben Grenzen offensichtlich eine doppelte Funktion: Sie grenzen das zu schützende Territorium, die zu schützende politische, geistige und wirtschaftliche Ordnung von als bedrohlich empfundenen Einflüssen, gar Angriffen ab. Und sie grenzen zwangsläufig auch jene aus, die von ihrem Reichtum, ihrer Eigenart partizipieren wollen. Dieses Ab- und Ausgrenzen bzw. der Versuch, Grenzen zu überwinden, sind ebenso wie die genannten Felder der Grenzziehungen Gegenstand der Untersuchung und naturgemäß unscharf, schwer unter eine Definition, eine historische Erfahrung zu bringen. Den naheliegenderen Versuch, sich allein dem Phänomen der Grenze als Gebiet, Raum, als Grenzsaum zuzuwenden, genügt den meisten Autoren nicht. Aber ebenso muß die Spezifik der Nationalstaaten, der Blöcke, der sich abgrenzenden Lebens-, Wirtschafts-, wohl auch Denkweisen hinter dem gewählten Untersuchungsbereich zurücktreten.

Wenn der Leser diese Einschränkung akzeptiert, dann eröffnet sich ihm allerdings tatsächlich ein breites Spektrum von Grenzen, Geschichtszusammenhängen, aber auch von Einsichten jenseits der aktuell-politischen Pro-

paganda, die den Fall der Grenzen zwischen Ost und West 1989/91 als großen Triumph preist und sich meist der Tatsache verweigert, daß nach der allzulang dominierenden Blockgrenze nun andere Grenzbeziehungen oft weit wirkungsvoller hervortreten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben moderne Kommunikation und Transport und die rasche Verbreitung von Informationen (und Desinformationen) weltweite Wanderungsbewegungen hervorgebracht. Der Arbeitskräftebedarf wächst massiv. Ganze nationale Wirtschaften, angefangen mit den USA, erblühen dank kostensparenden *brain drains*. Die alte Bundesrepublik hat bis 1961 ihre ostdeutschen Landsleute in solchem Sinne ausgenutzt, und heute besetzen russische Intellektuelle Ingenieurs- und Musikerstellen weltweit, ganz zu schweigen von den Fach- und angelernten Arbeitern und den Servicekräften, die aus aller Welt in die Metropolen gezogen werden und ziehen. Die »Festung Europa« zum Schutz von »Schengen-Land«, die nur partielle, aber zweitrangige Eingrenzung Osteuropas bei Ausgrenzung Rußlands, analoge Prozesse in anderen Weltregionen weisen auf eine neue Konstellation alter Kolonialstrukturen des Imperialismus des 19./20. Jahrhunderts hin. Ob dies, wie im Band geschehen, vor allem im Sinne von Zentrum und Peripherie zu betrachten ist, sei dahin gestellt.

Und ein zweiter Effekt scheint wesentlich, obschon er nur tangiert wird: Die realen Wohlstandsgrenzen stellen sich eben nicht nur zwischen Ländern und Regionen dar, sondern auch innerhalb der Länder, wie am Beispiel des Mezzogiorno, der Black Counties oder eben auch Ostdeutschlands sichtbar wird. Es sind faktische Grenzbeziehungen, die zwar jederzeit überwindbar sind, wenn Arbeitsmigranten erwünscht sind, Warenströme fließen sollen, aber die Zustände in diesen Regionen doch mehr oder minder dauerhaft festgeschrieben haben. Und es sind die Einigelungen jener Wohngebiete und Viertel der »Reichen und Schönen«, die schon heute nicht nur in Pretoria oder São Paulo durch Privatarmeen und Hubschrauber-Taxis von Slums und »normalen« Wohngebieten abgegrenzt werden. Das ist ein Trend, den die neoliberale Umverteilung mehr und mehr vorantreiben wird – und zwar auch in den westlichen Metropolen.

Die Beiträge im Buch verweisen auf unterschiedliche Geschichtserfahrungen. Hans-Heinrich Nolte zeigt an deutscher Ostgrenze (und Ostexpansion), russischer (Militär-)Südgrenze und (US-)amerikanischer Westgrenze die vorimperialistische Ausweitung und Kolonialisierung, verbunden mit Unterwerfung, gelegentlich auch Ausrottung der ursprünglichen Bevölkerungen. Hervorzuheben sind jene Untersuchungen, die die Auflösung von Habsburger und Osmanischem Reich vergleichen (Becker/Asli Odman), wo sich Parallelen zum Crash des Ostblocks geradezu anbieten. Der Zerfall dieser Reiche, aber auch die Restriktionen gegen das Deutsche Reich nach 1918 mit ihren Grenz- und Menschenverschiebungen wurden wohl für alle Veränderungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg wie auch für die jüngste Gegenwart ebenso gefährliche wie nachdrückliche Blaupause.

Andrea Komlosy vertieft dies, indem sie die Probleme von Migration und Freizügigkeit im k.u.k.-Reich mit der EU in Beziehung setzt, wobei letztere durchaus nicht vorteilhaft abschneidet. In diesen Kontext paßt Hannes Hofbauers Untersuchung zum Zerfall Jugoslawiens mit dem Neuentstehen von Staaten wie Grenzen und den Interessenlagen der EU. Einzeluntersuchungen verweisen auf interessante Beispiele, so die Entwicklung der Grenzen von Namibia aus der kolonialen Deutsch-Südwest-Vergangenheit (Henning Melber) oder die im Wortsinne brandaktuelle Studie zur Wechselwirkung Israel-Palästina (Viktoria Waltz). Helga Schultz hat ihre unmittelbare Erfahrung an der Viadrina der Doppelstadt Frankfurt/Oder-Słubice verallgemeinert und nach dem Schicksal geteilter oder gegeneinander errichteter Städte gefragt. Ein besonderes Feld stellt der Zerfall nationaler Ökonomien unter dem Druck neoliberaler Wirtschaftspolitik in den abhängigen Ländern dar, wie es am Beispiel Argentinens und dem Zerfall der nationalen Währung, der Rolle des Dollars, aber auch der Herausbildung von regionalem und lokalem Ersatzgeld vorgeführt wird (Becker/Paola Visca). Schließlich rundet ein Beitrag zur gesteuerten Migration bzw. Migrationsabwehr seitens der USA gegenüber NAFTA und speziell Mexiko das Buch ab.

Heute bedarf es keiner soliden Mauern – ob alter Stadtmauern oder moderner DDR-Grenz-

sicherungsanlagen – mehr, ist der naive Beobachter geneigt zu vermuten. Allein, die Praxis des wirtschaftlichen und vor allem Wohlstandsgefälles sowie die verzweifelte Suche nach Arbeitsplätzen geben heute manch abgelegter Erinnerung Aktualität. Nicht zuletzt der Umgang mit den Grenzen und jenen, die sie in friedlicher Absicht, aber auch mit ihren eigenen Interessen zu überwinden suchen, dürfte auch künftig Maßstab für die Bewertung von Politik und großen Ideen sein. Die Wissenschaftler bleiben nüchtern: »Raum, Grenzbeziehungen und Grenzregime sind weder im Fall der Staaten noch der transnationalen Verflechtungsräume ein für alle Mal fixiert, sondern veränderlich. Gesellschaftliche Akteure suchen Grenzbeziehungen und Integrationsintensität politisch zu beeinflussen, da dies auf die Machtbeziehungen, ihre wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten Einfluss hat« (S. 46).

STEFAN BOLLINGER

**Ingrid und Gerhard Zwerenz:
Sklavensprache und Revolte.
Der Bloch-Kreis und seine Feinde
in Ost und West, Schwarzkopf
Buchwerke, Hamburg-Berlin 2004,
554 S. (29,90 €)**

Der Text ist geistreich und anregend. Wer aber vorrangig auf Information aus ist, kann Schwierigkeiten bekommen. Zwerenz/Zwerenz folgen oft nicht den Gesetzen der Chronologie. Sie legen an beliebiger Stelle dar, was und wozu ihnen etwas einfällt. Hinzu kommen Vor- und Rückblenden, Vergleiche zwischen damals und heute. Der rote Faden des Erinnerungswerkes besteht darin, »die unterdrückte, zerschlagene und zerstreute Leipziger Schule fortzusetzen« und so »das Erbe Blochs ... anzutreten« (S. 347). Wer sich bei unzureichender Sachkenntnis ein Bild machen will, muss die verstreut verzeichneten Einzelteile des Fadens zusammenknöten.

Ausgangspunkt der Würdigung Ernst Blochs ist die Ansicht des Philosophen zu Marx' elfter Feuerbach-These, dass nicht nur die Welt verändert werden muss, sondern dazu auch die

Menschen sich ändern müssen. Sie bräuchten Hoffnung auf eine ihnen gemäße Gesellschaft, Trotz gegenüber deren Widersachern und den aufrechten Gang. Als »Revolutionär des Subjekts« sei Bloch der »Trotzki der Philosophie« (S. 361 und 364). Doch unterscheide ihn von diesem die Sklavensprache, die der Gelehrte wegen stalinistischer politisch-gesellschaftlicher Zustände und seiner eigenen Verstricktheit darin zu DDR-Zeiten anzuwenden gezwungen war – ausgenommen die Monate von März 1956 bis zur Unterdrückung des Ungarnaufstands im Oktober desselben Jahres. Bloch als »Alternative zur ... Sowjetphilosophie« (S. 515) habe nicht ins politbürokratisch beherrschte Gefilde gepasst, als Verfechter der Revolte auch nicht in den Bonner Nachfolgestaat des Dritten Reiches, in dem er – trotz für ihn erniedrigender »Selbstkritik« von der Universität Leipzig ausgeschlossen – 1961 nach dem Mauerbau Quartier nahm.

Zwerenz/Zwerenz sehen in Blochs Philosophie weiter ein Mittel, zur Revolte anzustacheln. Sie stellen ihn, seine Standpunkte und Schüler, deren Schicksale und wichtige Widersacher in Ost und West vor – von den Letzteren auf DDR-Seite u. a. den Philosophen Rugard Otto Gropp und den Kulturbürokraten Siegfried Wagner, auf westdeutscher den Tübinger Theologieprofessor Joseph Ratzinger, heute erzkonservativer Sittenwächter im Vatikan. Die Autoren legen Wert darauf, dass die Rebellion im zweiten deutschen Staat der von 1968 im ersten um zwölf Jahre vorherging. Sie verweisen auch auf die Kreise um Erich Loest in Leipzig und Wolfgang Harich in Berlin, zu denen Gerhard Zwerenz Kontakt hatte. Die überwiegend studentischen damaligen Regimekritiker in Berlin und Jena sind ihm offenbar entgangen. Bei einer Gesamtdarstellung der Vorgänge vor fast 50 Jahren, die noch aussteht, müssten auch deren Aktivitäten berücksichtigt werden. Die Folgen der Unterdrückung dieser Revolte (später auch des »Prager Frühlings«) schätzen die Verfasser als katastrophal ein: »Der ungarische Aufstand mit seinen idiotischen Exzessen, den Gelynchten und blindwütig Erschossenen war es, der die SED-Politbüro-Hierarchie rettete. Die Unterlassung der Zweiten Revolution war der Anfang vom Ende. Als der Parteistaat 1989 abgewirtschaftet hatte, verflüchtigte sich die

traditionslose sozialistische Revolution im Handumdrehen, es siegten die bloßen Überläufer, und fertig war das alte bürgerlich-kapitalistische Deutschland« (S. 71).

Auf kleinerem Raum behandeln Zwerenz/Zwerenz Blochs Wirken an der Universität Tübingen, in der BRD-Bewegung gegen Restaurationsfolgen, verschärfte Repression und US-Vietnamkrieg. Bloch habe dort Anhänger bei linksstehenden Studenten und Wissenschaftlern gefunden, aber auch einflussreiche reaktionäre Gegner. Die Gegnerschaft habe auch daher gerührt, dass seine Lehre neben anderem das Ziel verfolgte, das Christentum »vom Kopf auf die Füße zu stellen«, dessen seit Thomas Müntzer rebellische Traditionen für den gegenwärtigen Kampf nutzbar zu machen (S. 326). Gleich Gropp & Co. in Leipzig habe auch hier manche Geistes- und Politgröße in Bloch einen »Verführer der Jugend« gesehen.

Der BRD-Rebellion von 1968 gegenüber geben die Autoren der 1956er in der DDR den Vorrang. Mit der Feststellung, 68er besäßen im Übergang zum dritten Jahrtausend »nichts mehr als ihre Vergangenheit, die von weiblichen und männlichen Karrieristen zahlreich dementiert wird« (S. 391), überziehen sie. Nicht alle wurden in solchem Maße systemtreu wie Joseph Fischer, der Auschwitz mit Milosevičs Jugoslawien auf eine Stufe stellte, um Hitlers Nachfolgestaat in den Balkankrieg hineinzutreiben. Andererseits hat es auch unter 56ern Überläufer gegeben. Vor allem waren es, wie die Verfasser selbst konstatieren, viel zu wenige, die damals die Chance einer zweiten, politischen Revolution zwecks Übergangs zum Sozialismus, zu einer Reformation im Blochschen Sinne, wahrzunehmen versuchten (S. 395).

Neben oftmals treffenden Charakteristika historischer wie aktueller Vorgänge und Persönlichkeiten enthält der Band Be- und Erkenntnisse wie diese: »Gegen Stalins Getreue trete ich ebenso gern als Antikommunist auf, wie ich sofort Kommunist werde, sehe ich mich mit Faschisten konfrontiert« (S. 243). »Die heutige Berliner Republik verdrängt die 56er ebenso wie anderthalb Jahrhunderte Arbeiterbewegung ... Das Land ohne Alternative will nicht an die DDR-Revolution von 1956 erinnert werden, als eine sozialistische Alternative

möglich schien ...« (S. 503 f.). »Es ist an der Zeit, ein Kerngesetz gegen die Willkür der Postmoderne zu formulieren. Hegels Triade ... erscheint bei Bloch transformiert als die Triade Philosophie-Sklavensprache-Revolution ... Kann sein, der Revolteur unterliegt ... Aber lieber verbrannt sein, denn als lebender Leichnam weiter zu vegetieren« (S. 464). Und: »Die organisierte Rest-Linker der Berliner Republik hat heute die Wahl, eine durch Bloch erneuerte marxistische Philosophie zu realisieren oder sang- und klanglos wie die fehlerhaft konstruierte DDR, wenn nicht gewaltsam wie die Weimarer Republik abzutreten« (S. 514).

Das Buch zu lesen war ein Lernprozess, war trotz in Details bestehender Meinungsunterschiede mit den Autoren ein politischer und der Stilistik wegen auch ästhetischer Genuss.

MANFRED BEHREND

J. Magnus Ryner:
Capitalist Restructuring,
Globalisation and the Third Way.
Lessons from the Swedish Model
(Kapitalistische Umstrukturierung,
Globalisierung und der Dritte Weg.
Lehren aus dem schwedischen
Modell), Routledge London
and New York 2002,
272 S. (\$ 114.95)

Der Verfasser des hier rezensierten Buchs ist dem einschlägig interessierten deutschen Publikum vermutlich nicht unbekannt: Er hat ein Kapitel zu dem im Jahre 2000 im Verlag Westfälisches Dampfboot von H. J. Bieling und J. Steinhilber herausgegebenen Band über »Die Konfiguration Europas« beigesteuert. Diese Veröffentlichung bildet die Substanz von Kapitel 1 (»Recent Discourse on the Third Way«) des Buchs, das ansonsten eine für den Druck überarbeitete und aktualisierte Fassung seiner Dissertation darstellt. Das Einstiegskapitel erfüllt in diesem Zusammenhang die Funktion, in die seinerzeit hochaktuelle Diskussion über den dritten Weg einzugreifen und die Relevanz einer Analyse des schwedischen Modells in diesem Zusammenhang zu belegen. Dieser

Analyse sind dann die Kapitel 2-7 gewidmet, die durch zusammenfassendes Schlusskapitel und eine Anlage zu den theoretischen Prämissen und zur Methode ergänzt werden.

Kern des Buchs ist der Versuch, mit einer Analyse, die stark durch die an Gramsci anschließende Variante der »internationalen politischen Ökonomie« beeinflusst ist, nachzuweisen, dass das schwedische Modell nicht nur nicht an seinen inneren Widersprüchen gescheitert ist, sondern weiterhin das Potenzial für eine emanzipatorische Politik in sich birgt. Mehr noch: Die Analyse des schwedischen Modells soll belegen, dass die als Sachzwang dargestellte Modernisierung mit ihren Reformen letztlich nichts anderes ist als das Ergebnis der von den sozialdemokratischen Eliten gewählten politischen Praxis.

In der Auseinandersetzung mit Giddens arbeitet Ryner heraus, dass dieser in einem zentralen Punkt die neoliberale Argumentation ohne Einschränkungen übernimmt, und zwar in Bezug auf die mikroökonomischen Aspekte. Sozialstaatliche Errungenschaften werden abgelehnt, weil sie zu suboptimalem Verhalten des *homo oeconomicus* führen. Die von Giddens befürwortete Ausweitung der »Warenlogik des kapitalistischen Wirtschaftssystems« (S. 20) ist aber nicht mit der vom selben Autor geforderten Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu vereinbaren. Diese Partizipation ist laut Ryner viel eher auf der Grundlage eines universellen Wohlfahrtsstaats, sozialer Bürgerrechte und eines der Warenlogik entzogenen, »dekommodifizierten« Bereichs denkbar. Insofern sei das schwedische Modell auch für eine Politik relevant, die »die Legitimationsprobleme der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft ernst nimmt« (S. 27).

In einem zweiten Schritt beschäftigt sich Ryner dann mit den von Giddens u. a. behaupteten Mängeln des traditionellen sozialdemokratischen Modells. Er versucht in Anlehnung an die Regulationsschule nachzuweisen, dass der schwedische Wohlfahrtsstaat das Potenzial für eine wirtschaftlich lebensfähige Form des Postfordismus bietet, der auf einer verhandlungsbasierten Einbeziehung beruht. Die schwedische Wirtschaftskrise der neunziger Jahre war in dieser Sicht keine unausweichliche Folge einer Art technischen Wandels, son-

dern das Ergebnis der Unfähigkeit, ein Modell der verhandlungsbasierten Einbeziehung zu institutionalisieren. Diese Unfähigkeit wiederum findet ihre Erklärung in einer politischen Wende hin zu einer neoliberalen Akkumulationsstrategie und einem entsprechenden hegemonialen Projekt.

Im Anschluss daran versucht Ryner, in zwei Kapiteln die besonderen Merkmale des schwedischen Modells unter Rückgriff auf seine Entstehung herauszuarbeiten. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung des (auf wenige Branchen konzentrierten) Exportsektors, der in einigen wenigen um Banken gruppierten »Sphären« organisiert war und den Kern eines »disartikulierten« Fordismus darstellte. Innerhalb dieses Modells wurde der Begriff der »Rationalisierung« zum gemeinsamen Nenner – und selbstverständlich zum Gegenstand von Auseinandersetzungen um seinen Gehalt.

In diesen Rahmen kann auch das Rehn/Meidner-Modell eingeordnet werden, das als Grundlage der wirtschaftspolitischen Strategie der Nachkriegszeit diente. In seinem Mittelpunkt stand die Überlegung, dass das Lohnniveau so angesetzt werden sollte, dass Unternehmen mit hoher Produktivität quasi einen Bonus erhalten, während für Firmen mit unterdurchschnittlicher Produktivität die Pleite vorprogrammiert war. Die Regierung hatte dann dafür zu sorgen, dass a) trotz Vollbeschäftigung die Inflation nicht zu hoch wurde, b) die Arbeitsmarktpolitik gewährleistete, dass Arbeitskräfte aus stagnierenden in boomende Sektoren (und Regionen!) wechselten, ohne dass Engpässe entstanden, und c) genügend Mittel – auch aus öffentlichen Quellen! – für Investitionen zur Verfügung standen.

Ryner behauptet nun keineswegs, dass seit der Blütezeit dieses Modells keine Veränderungen eingetreten seien. Von einem Verständnis der neoliberalen Globalisierung als der Herausbildung eines grenzüberschreitenden historischen Blocks ausgehend, bestreitet er aber die Naturgesetzlichkeit ihrer Entstehung und betont die Formbarkeit sozialer Praxis – auch für Schweden, wo die Transnationalisierung der Produktion seit Ende der 80er Jahre rasch fortgeschritten ist und die Geldpolitik ihre traditionellen Instrumente nicht mehr einsetzen kann. Das entstehende

Regime des »Neo-Konstitutionalismus« forme »politisch gewollt die Grenzen von Markt und Staat so um, dass Staaten möglichst weitgehend dem Wirken der internationalen Kapitalmärkte ausgesetzt sind. (...) Angestrebt werden die Schaffung eines Puffers gegen Bestrebungen, die auf einen Schutz vor der Wirkung des Markts abstellen, sowie die Disziplinierung der sozialen Akteure, so dass sie sich den Zwängen und Kriterien des Markts unterwerfen« (S. 111). Ryner schließt nicht aus, dass dieses Regime zukunftsfähig ist, und weist im Zusammenhang mit dem Rückzug Lafontaines darauf hin, dass eine Alternative zum Neoliberalismus nur erfolgreich sein kann, wenn sie sich auf eine kohärente Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten stützt.

Dieser generellen Darstellung schließt sich ein Überblick über die Entwicklung Schwedens in den letzten ca. 20 Jahren an, dessen Kernsatz wie folgt lautet: »Seit Mitte der achtziger Jahre ist es (...) nicht mehr gerechtfertigt, von einer »traditionellen« Sozialdemokratie zu sprechen, weil die makroökonomische Politik der Regierung eine Politik des kompensatorischen Neoliberalismus wurde« (S. 126). Vorher waren – in den siebziger Jahren – in einer Phase, in der das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit für letztere günstig war, mehrere Reformen und Reformversuche unternommen worden, mit denen es letztlich aber nicht gelang, die Grenze zwischen Markt und Staat zu verschieben. Den mit dem Vorschlag zur Schaffung von Arbeitnehmerfonds unternommenen Versuch, dies zu tun, beantwortete dann die Rechte unter Führung des Unternehmerverbands SAF mit einer Gegenoffensive. Diese konnte schon Mitte der achtziger Jahre mit der Deregulierung der Kapital- und Devisenmärkte einen beachtlichen Erfolg erzielen, der vor allem eines deutlich machte: die Attraktivität neoliberaler Modelle für hochrangige sozialdemokratische Politiker, die auch nicht durch die Wirtschaftskrise Anfang der 90er geschmälert wurde. Ende der 90er Jahre ließ sich eine in erster Linie exportinduzierte Stabilisierung mit Anstieg der durchschnittlichen Reallöhne, aber größerer Ungleichheit feststellen, die u. a. dazu geführt hat, dass die neoliberale Rhetorik weniger dominant ist als zu Beginn des Jahrzehnts.

Im abschließenden Kapitel geht Ryner dann der Frage nach, wie es dazu gekommen ist,

dass aus Sozialdemokraten Neoliberale wurden. In diesem Zusammenhang verweist er mehrmals auf die Bedeutung, die dem Scheitern der Vorschläge für Arbeitnehmerfonds in den 70er und frühen 80er Jahren zukommt. Ein wichtiger Faktor hierfür war die umfangreiche Mobilisierung des Unternehmerverbands, der praktisch keine Mobilisierung der Arbeiterbewegung gegenüberstand. Hierfür benennt Ryner drei Gründe: das nicht optimale Timing, die mangelnde Vorbereitung auf die Mobilisierung der Gegenseite und – dies hält er für entscheidend – die durch die Rollenverteilung innerhalb der Arbeiterbewegung begründete Unfähigkeit, eine sowohl Partei als auch Gewerkschaftsbewegung übergreifende Strategie zu konzipieren und energisch umzusetzen.

Auf diesem Hintergrund habe sich dann neoliberales Gedankengut durchsetzen können, das zunächst einen Brückenkopf bei den »sozialdemokratischen Staatsmanagern im Finanzministerium« (S. 174) gebildet habe. Auch hier bestehe eine Verbindung zu der Strategie des Unternehmerverbands: Hochschuleinrichtungen hätten bedeutende Summen von unternehmensnahen Stiftungen erhalten, und das Gewicht der dort ausgebildeten Ökonomen im Finanzministerium habe deutlich zugenommen. Letztlich aber, so Ryner, bedarf eine ausreichende Erklärung einer weiteren Dimension. Diese sieht er in der Wahlverwandtschaft des antizyklischen Keynesianismus, der die traditionelle sozialdemokratische Sichtweise der Wirtschaft geprägt hatte, mit monetaristischen Theoremen. In einem globalisierten Kontext erhielten die traditionellen Zielvorstellungen und Begründungen einen neuen, mit Bestrebungen einer weitergehenden Dekkomodifizierung nicht zu vereinbarenden Inhalt.

Ryners Buch stellt vermutlich nicht die geeignetste Einführung in Geschichte und Gegenwart des »schwedischen Modells« dar. Das ist aber auch nicht die Absicht des Autors. Zu einer Zeit, in der der schwedische Regierungschef der deutschen Sozialdemokratie, der wegen Hartz IV der Wind ins Gesicht bläst, im deutschen Fernsehen den Rücken stärkt, ist es nicht zuletzt wegen der nicht zu übersehenden Parallelen bei der Entwicklung der Sozialdemokratie eine anregende Lektüre auch für weniger an diesem kleinen skandinavischen Land

interessierte Leserinnen und Leser. Die Kehrseite der Medaille besteht darin, dass die weiterhin vorhandenen Unterschiede nicht hinreichend deutlich werden. Eine Einbeziehung der von Esping-Andersen entwickelten Typologie von Wohlfahrtsstaaten wäre hier wohl hilfreich gewesen. Dennoch: Ein Buch, mit dem es sich zu beschäftigen lohnt – trotz einiger formaler Mängel (Tippfehler) und dissertationstypischer Bezugnahmen, die es eher erschweren dürften, die Zielgruppe der linken Gewerkschafter und Parteimitglieder (S. xii) zu erreichen.

RAIMUND FELD

Jan Hoff:
Kritik der klassischen politischen Ökonomie. Zur Rezeption der werttheoretischen Ansätze ökonomischer Klassiker durch Karl Marx, PapyRossa-Verlag, Köln 2004, 134 S. (14 €)

Schon die 43 blauen Bände der Marx-Engels-Werke, ja bereits die drei Bücher des ›Kapital‹ haben noch jedem Respekt eingeflößt, der sich daran machen wollte, aus ihnen zu lernen, was es mit der ganzen »ökonomischen Scheiße« (Marx) der kapitalistischen Produktionsweise auf sich hat. Mit der 1975 in der DDR begonnenen und noch immer stetig anwachsenden (zweiten) Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) wird die Angelegenheit nicht nur für Laien durchaus unübersichtlich. Jan Hoff begibt sich mit seinem Beitrag zu Marx' Kritik der ökonomischen Klassik mit beeindruckender Text- und Sachkenntnis in das Labyrinth der MEGA mit seinen Exzerpten, Fragmenten, unveröffentlichten Manuskripten und verschiedenen Versionen veröffentlichter Texte und nutzt sie als eigenständige Quellen für eine Rekonstruktion der Genesis zentraler Gehalte der Marx'schen wissenschaftlichen Revolution. Im Zuge der philologisch detailgetreuen Nachzeichnung von Stadien der Marx'schen Rezeption von Aristoteles, Petty, Smith und Ricardo stellt Hoff die Frage nach Marx' Aneignung dieser Klassiker im Lichte seiner monetären Werttheorie.

Eine solche Frage ist in der marxistischen Diskussion schon deshalb selten gestellt worden, weil diese das revolutionäre wissenschaftliche Potenzial des Marx'schen Ansatzes, seine *monetäre Konstitutionstheorie* des Werts, bis in die späten 1960er Jahre hinein vollständig ignorierte. Hoff weist dagegen in seinem Einleitungskapitel auf einige Grundlinien einer *neuen Marx-Lektüre* hin, einen Forschungsprozess, der vor allem in der Bundesrepublik, aber auch vereinzelt in der DDR und der Sowjetunion, Ende der 60er Jahre in Gang gesetzt wurde und der ein dem marxistischen Traditionsbestand radikal widersprechendes Bild von ›Marx'scher Theorie‹ zutage förderte. Vor allem die mit Engels beginnende empiristisch-historizistische »Fehlinterpretation« (19) der Darstellungsweise und die ›prämonetäre‹ Deutung der Werttheorie des ›Kapital‹, aber auch Ambivalenzen im Marx'schen Werk selbst und die Popularisierung seiner Methode, die »den Verzicht auf eine systematische Ausarbeitung werttheoretischer und methodologischer Grundgedanken« (24) bedeutet habe, wurden Gegenstand der Kritik. Engels und der marxistische Traditionalismus deuteten verschiedene Abstraktionsebenen der Darstellung der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise im ›Kapital‹ als empirisch gleichrangige Ebenen eines Modells historisch unterschiedlicher Produktionsweisen. Damit waren Kategorien wie abstrakte Arbeit, Wert und einfache Wertform empiristisch umgedeutet und der von Marx als notwendig erachtete Zusammenhang von Ware, Geld und Kapital in einen historisch-kontingenten verwandelt. Damit bewegte sich der Marxismus aber auch auf einem methodologischen und werttheoretischen Terrain, das Marx gerade an der ökonomischen Klassik kritisierte.

Hoff arbeitet insbesondere an der Marx'schen Auseinandersetzung mit Smith und Ricardo zwei wesentliche Aspekte heraus, die dessen *Kritik* der politischen Ökonomie von einer alternativen Politökonomie unterscheiden: Zunächst ist es nicht erst die Mehrwerttheorie, sondern die Formtheorie der Arbeit, die Marx von der Klassik unterscheidet. Marx kritisiert, dass die Form Wert von der politischen Ökonomie reflexionslos vorausgesetzt, nicht nach deren Genese gefragt und die sich im Wert darstellende Arbeit nicht als histo-

risch-spezifische, gesellschaftliche Form begriffen wird (es wird nicht die Frage gestellt, »warum sich die Arbeit im Wert darstellt« [Marx]). Damit bewegt sich politische Ökonomie grundlegend auf dem Feld fetischisierter Formen. Zudem wird der prämonetäre Charakter ihrer Werttheorie kritisiert, denn sie »behandelt die Wertform als etwas ganz Gleichgültiges oder der Natur der Ware selbst Äußerliches« (Marx), d. h., sie unterscheidet nicht zwischen innerem und äußerem Wertmaß als zwei auf unterschiedlichen theoretischen Abstraktionsebenen liegenden Kategorien und begreift nicht die Notwendigkeit der Geldform für den Austausch von Waren. Geld wird als rein technisches Instrument gefasst, das aus Bequemlichkeitsgründen den Austausch mittels Arbeitszeitmengen-Rechnungen ersetzt. Bei Marx dagegen wird Geld als »notwendiges Moment des valoren Austauschprozesses entwickelt« (58). Ohne eine *allgemeine* Wertform könnten sich die Waren nicht füreinander als Werte darstellen und wären auf den Status von Produkten zurückgeworfen. Hoff spricht in Anlehnung an Helmut Brentel von einer ›gleichursprünglichen‹ Konstitution von abstrakter Arbeit als *logisch* vorgeordnetem immanentem und Geld als äußerem Wertmaß. In diesem Sinne spreche Marx von der Werts substanz als im Austausch ›werdendem Resultat‹ (81), das zudem erst als Kapital ›intertemporale Existenz‹ gewinne (22, 39).

Im Gegensatz zum Empirismus und Ahistorismus der politischen Ökonomie stellt sich Marx' Ansatz damit als Wesenserkenntnis im Sinne der Rekonstruktion eines empirisch nicht unmittelbar erfassbaren gesellschaftlichen Struktur- und Handlungszusammenhangs dar – mittels der Erarbeitung einer nichtempirischen Theorieebene, die die Erklärung empirischer Erscheinungsformen, wie des Geldes, allererst ermöglicht. Marx verfolge, so Hoff, ein ›Prinzip der Entwicklung der ökonomischen Kategorien bei Differenzierung unterschiedlicher Abstraktionsebenen‹ (78). Kategorien wie abstrakte Arbeit oder Wert haben dabei keine unmittelbaren empirischen Referenten, die Aufeinanderfolge der Kategorien Ware und Geld ist nicht als ein historisch jeweils für sich existierender Sachverhalt, sondern als begriffliche Analyse zu verstehen.

Allerdings zeigt Hoff, dass Marx dem monetären Charakter seiner Werttheorie in der Auseinandersetzung mit der Klassik nicht immer den ihr gebührenden Stellenwert einräumt (60 f.) und die Äußerungen der Ökonomen gelegentlich produktiv missversteht (59).

Hoff bietet einen thematisch klar fokussierten Einblick in die aus der MEGA zu extrahierende Marxsche Werkentwicklung, dessen Nachteil (für MEW-Marxisten wie mich) einzig darin besteht, dass die Seitenkonkordanz zur MEW hinsichtlich der in beiden Werkausgaben veröffentlichten Texte fehlt. Aber vielleicht müssen wir ja alle MEGA-Marxisten werden.

INGO ELBE

Cris Mögelin:

Die Transformation von Unrechtsstaaten in demokratische Rechtsstaaten. Rechtlicher und politischer Wandel in Mittel- und Osteuropa am Beispiel Russlands, Duncker & Humblot Berlin 2003, 451 S., Tab., Abb. (92 €)

Die Systemtransformation der einstmalig sozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas weist viele Facetten auf, darunter auch die des Rechts. So beschäftigt sich das vorliegende Buch mit der Etablierung demokratischer Rechtsstaaten unter den spezifischen Bedingungen der Transformation, mit den Voraussetzungen dafür und mit den historischen Gegebenheiten, aber auch mit der besonderen Kompliziertheit dieser politischen Aufgabe in einem Land wie Russland. Ausgehend von der These, dass die sozialistischen Staaten, da sie »das formal-material qualifizierte prozedurale Legitimationsmodell« durchweg nicht erfüllten, der gewählten Definition nach »Unrechtsstaaten« waren (S. 154 ff.), zeichnet der Autor ihren schwierigen Weg zu demokratischen Rechtsstaaten nach.

Dabei gelangt er zu dem paradox anmutenden Ergebnis, dass eine solche Transformation nicht auf der Grundlage der Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates möglich sei, son-

dern nur über einen langwierigen, widersprüchlichen Prozess auf der Basis entsprechender ökonomischer, politischer und soziokultureller Voraussetzungen erreicht werden könne. Folglich sei Recht in der Transformation »Recht im Übergang vom sozialistischen zum demokratisch-rechtsstaatlichen Recht. Es ist folglich transitorisches Recht« (S. 355). So wie Marktwirtschaft und Privateigentum unverzichtbare Bedingungen für einen Rechtsstaat seien, so sei dies auch die Kultur: »Der demokratische Rechtsstaat kann ... nicht auf der Grundlage einer ihm widersprechenden politischen und rechtlichen Kultur etabliert werden« (S. 359). Damit erteilt der Autor Vorstellungen eines komplikationslosen, schematischen Institutionentransfers, wie er in den ersten Jahren nach 1989/1990 propagiert wurde, eine eindeutige Abfuhr, nicht aber der diesem Ansatz adäquaten Terminologie, deren Kern das Begriffspaar Rechtsstaat – Unrechtsstaat bildet.

Auch wenn es stimmt, dass diese begriffliche Gegenüberstellung nur im Deutschen Unbehagen auslöst (S. 27 f.), im Englischen dagegen nicht, so scheint sie doch keine sehr glückliche Wahl. Zumal der Begriff »Unrechtsstaat« streng genommen falsch ist, denn gemeint ist hier nicht ein Staat ohne Recht, sondern ein Staat, dem es an Gerechtigkeit mangelt. »Der Terminus ›Unrecht‹«, so der Autor, »bringt ... eher den Gegensatz zur Gerechtigkeit als den Widerspruch zur Rechtsordnung zum Ausdruck« (S. 60). Für den weiteren Gang seiner Untersuchung legt Mögelin hypothetisch fest, einen Staat nicht darum als »Unrechtsstaat« zu klassifizieren, weil er faktisch Unrecht begeht (denn das tun Rechtsstaaten unter Umständen auch), sondern deshalb, weil er die Begehung von Unrecht »aufgrund seiner Strukturen« wahrscheinlicher macht als jeder andere Staat (S. 69). Als strukturbildende »Möglichkeitsbedingungen« dafür sieht er das Fehlen zweier Voraussetzungen an, der *Legitimität* und der *Legalität*. Das heißt, wo Legitimität und Legalität fehlen, ist die Begehung von staatlichem Unrecht sehr wahrscheinlich, wo sie vorhanden sind, ist sie dagegen eher unwahrscheinlich. »Legitimität und Legalität sind demnach negative Möglichkeitsbedingungen für staatliches Unrecht« (S. 352), woraus folgt, dass jeder Staat, der

diese Bedingungen nicht erfüllt, als »Unrechtsstaat« bezeichnet werden kann. Spätestens hier wird die ganze abstrakte Begriffskonstruktion fraglich, denn die Termini Legitimität, Legalität, Recht und Staat existieren nicht historisch unabhängig und im luftleeren Raum. Was bringt es, wenn man die Volksstaaten der griechischen Polis beispielsweise als »illegal« klassifiziert, als »Nichtrechtsstaaten« (S. 73) und dem preußischen Staat unter Friedrich-Wilhelm III. die »Legitimität« abspricht, wo doch dieser Begriff gerade hier zum ersten Mal Furore gemacht hat?

Auch wenn der Autor im Weiteren dann durchaus verschiedene Legitimitätskonzepte unterscheidet und den Begriff der Legalität präzisiert, so bedient er mit seinem Begriffsinstrumentarium letztlich doch ahistorische Muster wie die Totalitätstheorie und den Demokratie-Diktatur-Gegensatz, welche letztlich alles in Frage stellen und verdächtigen, was nicht den Vorgaben der »europäisch-atlantischen Rechtskulturtradition« entspricht. Egal, ob es sich dabei um Staaten der Gegenwart handelt, die an anderen Traditionen (zum Beispiel dem Islam) festhalten, oder um historische, längst vergangene Gebilde wie Sparta und Athen. In jedem Fall verkürzt die hier Anwendung findende Methodologie die Geschichte in unzulässiger Art und Weise auf ein »Schon-« oder »Noch-nicht-Angekommensein« in der Welt des demokratischen Rechtsstaates westeuropäisch-nordamerikanischen Zuschnitts. In Bezug auf Russland wird diese Problematik dann sehr aktuell, denn weder das alte Russland der Zaren noch das Russland zwischen 1917 und 1991 noch das heutige Russland passen in das gängige Schema der »Transformationstheorie«. So ist denn auch die Feststellung des Autors, Russland erfülle »zu keinem Zeitpunkt auch nur die formalen Kriterien eines Rechtsstaates« (S. 103), faktisch eine Bankrotterklärung an eine allgemeine Theorie der rechtlichen Transformation, ebenso wie es eine solche bereits in Bezug auf die Marktwirtschaft gegeben hat.

Trotzdem bietet das Russland-Kapitel eine Fülle interessanter Einsichten und Überlegungen. So zum Beispiel, wenn die »normativen Mängel« der gegenwärtigen Rechtsordnung aufgelistet und bewertet werden oder wenn der Autor auf die Praxis des Auseinanderfal-

lens von Recht und Rechtswirksamkeit insbesondere auf föderaler und regionaler Ebene hinweist. So ist zum Beispiel bis heute »ein Fortwirken der sozialistischen Rechtskultur festzustellen« (S. 358) sowie die verbreitete Praxis des »Rechtsbruchs«, womit die nach 1991 an die Macht gelangten Eliten durchaus »positive« Erfahrungen gemacht haben. Insgesamt schätzt Mögelin ein, »dass Russland den Wandel zum demokratischen Rechtsstaat (noch?) nicht geschafft hat« (S. 356). Ob es ihn jemals schaffen wird, bleibt Spekulation und wird hier nicht weiter untersucht. Dafür aber werden einige Ursachen für den derzeit unbefriedigenden Stand herausgearbeitet.

Das Buch ist an Akribie, Sorgfalt und Fleiß im Umgang mit den Quellen kaum zu überbieten. Auch sein Stil und seine Form sind tadellos. Besonders hervorzuheben ist das 65 Seiten umfassende Literaturverzeichnis sowie das Sach- und Personenregister, welche es ermöglichen, das Werk umfassend für Forschungszwecke einzusetzen und auch als Nachschlagewerk zu nutzen.

ULRICH BUSCH

Eberhard Fromm:
Meister der deutschen Sprache –
Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts.
Die deutschsprachigen
Literaturnobelpreisträger
von Mommsen bis Grass
(Studien zur Anatomie
des deutschen Intellektuellen),
Edition Luisenstadt Berlin 2004,
380 S.

Das Buch bildet den Einstieg in ein Projekt über die Entwicklung und Struktur des deutschen Intellektuellen. Der Autor unternimmt den Versuch, im Unterschied zu mancher bereits vorhandenen Darstellung zu einer sachlichen, unpolemischen Wertung zu gelangen. Für seine Analyse boten sich die deutschen Literaturnobelpreisträger vor allem deshalb an, weil deren Leben und Schaffen über das ganze 20. Jahrhundert reicht und sie nicht nur sehr unterschiedlichen Charakters sind, sondern

auch verschiedene Bereiche des geistigen Lebens repräsentieren. Es interessieren den Autor nun in erster Linie die Denkmuster und Handlungsweisen der Ausgezeichneten; aus ihren Werken – darunter insbesondere auch aus ihren Briefen und Tagebüchern –, aus ihren Haltungen und Handlungen sucht er nach Antworten darauf, wodurch der Intellektuelle im Wandel der Zeiten charakterisiert ist.

Der erste deutsche Literaturnobelpreisträger (1902) war ein professioneller Historiker: Theodor Mommsen, der – so der Autor – stets darum bemüht gewesen sei, bei der Analyse geschichtlicher Vorgänge die handelnden Persönlichkeiten zu charakterisieren. Als Historiker und Schriftsteller habe er sich den Idealen der Aufklärung verpflichtet gefühlt. Auf Mommsen folgte 1908 der Philosoph Rudolf Eucken. Dessen Gedankengebäude habe seinen Ausgangspunkt in der der weltgeschichtlichen Lage entspringenden geistigen Krise gehabt. Im Ersten Weltkrieg habe er indes eine ausgesprochen blinde Parteilichkeit für den deutschen Imperialismus entwickelt.

Literaturnobelpreisträger 1910 wurde der Dichter, Übersetzer, Talenteförderer und Briefeschreiber Paul Heyse, der die Auffassung vertrat, dass der gemeine Menschenverstand nicht zur Erkenntnis der Welt beitragen könne – zu solchem bedürfe es eines gewissen Menschenadels. Zwei Jahre später – 1912 – war es Gerhart Hauptmann, der den Nobelpreis erhielt. Hauptmann – so Fromm – habe immer wieder seine geistige Unabhängigkeit betont. Reden habe er nur durch seine Werke gewollt, sonst nicht. Verbunden gefühlt habe er sich allein dem deutschen Volk, nicht einer Gruppe, einer Partei oder einem Dogma. Damit habe er seine Haltung als begeisterter Krieger im Ersten Weltkrieg entschuldigt und sei auch nach 1918 nicht zum Umdenken bereit gewesen. Unumstritten sei sein literarisches Werk, wengleich er selbst es nicht als Gesellschaftskritik verstanden wissen wollte. Höchst umstritten jedoch sein »Verständnis« für die nationalsozialistische Bewegung. Sich dazu nach Kriegsende zu positionieren, sei ihm durch seinen Tod im Juni 1946 nicht mehr vergönnt gewesen.

Im Jahre 1919 erhielt den Nobelpreis der Dichter Carl Spitteler – ein Schweizer Bürger, der in deutscher Sprache schrieb. Fromm ver-

weist hier darauf, dass Spitteler zu den wenigen Geistesschaffenden gehört habe, die sich klar gegen den Krieg aussprachen. Seine Persönlichkeitsauffassung sei von dem Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt geprägt gewesen und habe einen elitären Zug getragen. Nobelpreisträger des Jahres 1929 war dann Thomas Mann. Der Autor zeichnet dessen Entwicklung vom Verteidiger der deutschen Kriegführung im Ersten Weltkrieg bis zum konsequenten Gegner des Faschismus. Bereits in den zwanziger Jahren habe er sich mit rechten, reaktionären Tendenzen auseinandergesetzt, im März 1933 mit dem Austritt aus der Sektion Dichtkunst der Berliner Akademie der Künste unumstößlich Stellung gegen den Nationalsozialismus bezogen. In den Nachkriegsjahren habe er für die geistige Bewältigung der jüngsten deutschen Vergangenheit plädiert. Die inhaltlich bestimmenden Themen seines Schaffens seien immer wieder die Fragen nach dem Menschen, nach der Menschlichkeit, nach dem Leben überhaupt gewesen. So habe er die apolitische Haltung von Intellektuellen als antidemokratisch kritisiert.

Wie im Kriegsjahr 1918 wurde auch in den Kriegsjahren 1940-1943 der Literaturnobelpreis nicht verliehen. Der erste deutschsprachige Schriftsteller, der ihn danach wieder erhielt, war der Schweizer Hermann Hesse. Stark vom Kulturpessimismus Jacob Burckhardts beeinflusst, habe er die Fortschrittsidee abgelehnt. Wenngleich direktes politisches Wirken für ihn nicht in Frage gekommen sei – Hesse habe eine Vermischung von Politik und Kunst für völlig abwegig gehalten –, so habe er doch zu politischen Grundfragen Stellung genommen. Hesse sei für den Frieden eingetreten, habe Nationalismus und Nationalsozialismus abgelehnt und für die Opfer des Regimes Partei ergriffen. In den fünfziger Jahren habe er die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus verurteilt.

Eine besondere Stellung unter den deutschsprachigen Literaturnobelpreisträgern nimmt aus der Sicht Fromms Nelly Sachs (1966) ein. Sie war in Berlin aufgewachsen, ihre Hinwendung zum jüdischen Leben durch den Antisemitismus der Nazis erzwungen. Anfang 1940 zur Emigration gezwungen, wurde sie 1966 schwedische Staatsbürgerin. 1965 hatte sie den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

erhalten. Zwei Jahre danach zeichnete die Stadt Berlin sie als Ehrenbürgerin aus. Fromm würdigt insbesondere ihr Plädoyer für eine »deutsch-jüdische Verschwisterung im Geist« (S. 269). Nelly Sachs sei im wahrsten Sinn des Wortes »zur Dichterin des jüdischen Schicksals« geworden (S. 274).

Als Preisträger folgte ihr im Jahre 1972 der Schriftsteller Heinrich Böll. Der Autor zeichnet ihn als konsequenten Gegner von Faschismus und Krieg, erinnert daran, wie er auf Wahlveranstaltungen für Willy Brandt geworben habe, gleichfalls an den Austritt aus der katholischen Kirche und an die Ablehnung der Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz im Jahre 1979. Mit all dem erkläre sich, dass Böll ständig Verleumdungen und Angriffen ausgesetzt gewesen sei. Böll habe die Denkleistung von Karl Marx bewundert, sei aber gegenüber Theorien und Doktrinen äußerst skeptisch gewesen. Großen Wert habe er auf das Wissen um die Vergangenheit gelegt, typisch für ihn sei ein ausgeprägtes Gefühl für die Mängel und Fehler der demokratischen Entwicklung – besonders auf geistigem Gebiet – gewesen.

Literaturnobelpreisträger des Jahres 1981 wurde Elias Canetti. Auch er habe stets den Menschen – und nicht Gesetze, Prozesse, Systeme – gesucht. Canettis Menschenbild sei zu tiefst pessimistisch gewesen. Die Menschheit – so sein Bedauern – habe nichts gelernt, denn wie sonst könnten sich Kriege wiederholen? Canetti hatte sich zwar entschieden, in deutscher Sprache zu schreiben, war aber kein Deutscher. In Bulgarien geboren, aus einer Spaniolenfamilie stammend, verbrachte er sein Leben in England, Österreich, der Schweiz und zeitweise auch in Deutschland – war also wohl das, was man einen Europäer nennt. Der Autor empfiehlt zu gründlicherer Befassung Canettis Buch »Masse und Macht«. Hier habe der Schriftsteller dem Massentrieb den Persönlichkeitstrieb gegenübergestellt. Aus dem Widerstreit beider würde sich die Menschheitsgeschichte erklären lassen. Das Phänomen der Masse sei für Canetti eine Grundfrage – am Gegenstand des 20. Jahrhunderts habe er diese aber, so Fromm weiter, nur unbefriedigend behandelt.

Und dann schließlich Günter Grass, Preisträger 1999. Der Autor beschreibt ihn als einen typischen deutschen Intellektuellen, der sich

öffentlich einmische und auch im politischen Leben engagiere. Grass zufolge dürfe ein Schriftsteller nicht schweigen, sei aber auch nicht das Gewissen der Nation. Zwei geistige Quellen seien für ihn bezeichnend: die europäische Aufklärung und der Revisionismus des Eduard Bernstein.

In einem besonderen Abschnitt geht Fromm dem Gedanken nach, inwieweit von einem Staffeltabwechsel unter den Preisträgern gesprochen werden könne, und wirft dann resümierend die Frage auf, ob es sich bei den Ausgezeichneten um Eichmeister geistiger Maße oder Narren in einer maßlosen Zeit handele. Seine Antwort ist angesichts seines erklärten Vorhabens, weiter zur Anatomie des deutschen Intellektuellen zu arbeiten, absichtlich nur eine vorläufige: Sie seien bemüht gewesen, als Eichmeister zu wirken; die Gesellschaft jedoch honoriere diese Rolle des Intellektuellen immer weniger, so dass die Gefahr bestehe, ihn zum Narren der Gesellschaft werden zu lassen.

Zweifelsohne handelt es sich bei der vorliegenden Publikation um eine höchst informative und zum Nachdenken anregende Arbeit. Sie vermittelt ein eindrucksvolles Bild des deutschsprachigen Schriftstellers im 20. Jahrhundert. Bleiben jedoch einige Fragen, die weiterer Diskussion bedürfen: Wie kommt es, dass am Beginn des 20. Jahrhunderts relativ viele deutsche Schriftsteller den Nobelpreis erhalten haben und in den späteren Jahren diese Entwicklung abbricht? Liegt die Ursache in der fehlenden Akzeptanz des Deutschen – oder gab es keine zu würdigenden literarischen Leistungen? Ist es korrekt, Spitteler, Hesse und Canetti unter der Kategorie »deutsche Intellektuelle« zu subsumieren? Und weiter: Muss nicht vorrangiger Maßstab der Bewertung eines Schriftstellers sein Werk sein – und weniger seine Haltung zu politischen Problemen? Es bleibt zu hoffen, dass Fromm sein Vorhaben, die Anatomie des Intellektuellen zu vertiefen, mit der gleichen Gründlichkeit und Anschaulichkeit wie im vorliegenden Buch realisiert.

ALFRED LOESDAU

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 135 bis 158 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 134 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

ANDREAS HEYER

Utopian Profiles

Richard Saage, political scientist, considers utopian thought to be an important part of European cultural and social history. In this article, Andreas Heyer's discusses the 4th part of Richard Saage's history of utopian thought in Europe from the antiquity to the present. This part concentrates on works from science and literature such as Huxleys »Brave New World«, which in part, represent a negative as opposed to a positive utopia, as well as discussing feminist and ecological utopias, and the utopias and anti-utopias of the totalitarian regimes of Germany and Russia.

JOACHIM BISCHOFF

The end of neoliberalism and the future of economic democracy

The epoch of labour society has been and gone. The western world is confronted with fundamental changes in the fabric of society, its institutions and structures. Social security, wage bargaining, the regulation of the labour market, the role of public utilities and services, redistribution and taxation are all under pressure. To stop this process of the capitalisation of the whole of social life, a new approach to economic democracy is needed. Democratic control of capitalist production and markets is no antiquated relic of the history of the working class movement. Economic democracy entails a double reform: on the one hand introducing democracy to the core of capitalist corporations; on the other developing the means of regulating financial markets and institutions and implementing forms of planning and controlling economic developments.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

No budget is neutral to gender. Gender budgeting as a way to more democracy in society.

The article begins with a description of the various consequences of two new German laws (one in the field of unemployment and another one in health care) on men and women. As a result of such experiences, demands have been made internationally for a strategy of gender budgeting to be practiced. In some countries this political strategy is already being implemented. The article describes the assumptions, the steps and the instruments of this strategy. It then gives an overview of existing initiatives in Germany. Finally, it analyses how this strategy may influence the democratisation of society in general.

MARIO KESSLER

The KPD and Anti-Semitism in the Weimar Republic

Some recent books offer a vivid examination of the relations between the Nazi regime and medical experts at German universities and research centres.

Ernst Klee's work, *German Medicine in the Third Reich*, demonstrates that scholars who are originally dedicated to human integrity can betray it just as profoundly as anybody. Werner Schmidt's memoirs show how a young student of medicine who is labelled as »half-Jewish« manages to survive in an inhuman world. Like Victor Klemperer's diaries, Schmidt's book should be read by anyone who wants to know more about life and death in Nazi Germany.

PETER ULLRICH

Antisemitism etc. Conditions and limits of solidarity (of the left) with Palestine/Israel

In his article, Ullrich traces the difficult, changeable history and development of the German left's attitudes to Israel and the conflict in the Middle East in general, to Zionism and Palestinian nationalism. He points out that often this has little to do with positions in view of the conflict itself, but rather with personal unconscious and collective identities. He emphasises that viewpoints within the left on this matter are often very contradictory, while at the same time attempting to pinpoint some of the basic, dominant tendencies within the West German left since 1949 and in Germany as a whole after 1989.

KLAUS HÖPCKE

Three programmes – one Party?

This article is based on a speech given by Klaus Höpcke at the conference organised by the RLS in November to mark the 15th anniversary of the PDS. The aims, values and methods of the party during the 15 years since its clear departure from Stalinism are investigated. The author looks back on the three party political programmes of 1990, 1993 and 2003. He discusses the identity, origins and future of the party and the emerging question of whether it is one and the same party pursuing these aims, as well as the values and methods underlying them, in all three programmes.

FLORIAN WEIS

The PDS in the western Länder

This contribution deals with the PDS' present situation in the former Federal Republic of Germany. It points out differences between East and West on matters such as the perception of the state or the relevance of migration issues. In the West, the PDS is part of a much larger, yet splintered West German left and has established itself on an extremely low level. Without prospects in the West, which could in the long term include a move away from the present form of the PDS as political party, the PDS has no future as emancipatory party for the whole of Germany.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €